

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Sonntags-Beilage in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 4704.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgetragene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Berichts- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Interessant für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 4 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Ant I. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 25. November 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Dezember eröffnen wir ein neues Monats-Abonnement auf den

„Vorwärts“
Berliner Volksblatt
mit der illustrierten Sonntagsbeilage
„Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure, sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus,

wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 Mark für das Quartal

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 4708.) Wir ersuchen unsere Postabonnenten höflich, das Abonnement rechtzeitig aufzugeben, damit die regelmäßige Zustellung des Blattes keine Unterbrechung erleidet.

Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienene Teil der

Skizzen aus der sozialistischen Bewegung in Russland

auf Verlangen gratis nachgeliefert.

Die Redaktion und Expedition des **„Vorwärts“ Berliner Volksblatt.**

Die Börsensteuer.

Statt des Wortes „Wir leben im Zeichen der Verlehrs“ kann man füglicherweise sagen: „Wir leben im Zeichen der Verlehrs- und Verzehrssteuern“. Die Deckungsmittel für die neueste Heeresvermehrung sollen beschafft werden. Die „Liebesgabe“ von 40 Millionen Mark ist ein „Nähr mich nicht an“ für die Regierung, weil die neuen Freunde unserer kommunistischen Finanzregeln den „Schutz der Landwirtschaft“, d. h. die Versorgung einiger Tausend verschuldeter Großgrundbesitzer als die Pflicht und Aufgabe des Deutschen Reiches betrachten.

Der Liebling der Agrarier, Herr Dr. Miquel, mußte gegen den bösen Reichskanzler ins Feld rücken und Einnahmen schaffen, welche den Deuten, die sich nicht wie Graf Caprivi rühmen können „keinen Ar und keinen Palm“ ihr Eigen zu nennen, keine Steuerermerzen verursachen. Von allen Blüthen, welche das den „patriotischen“ Bewilligern der Heeresvermehrung präsentirte — oder richtiger durch

sie dem deutschen Volk präsentirte — Steuerbouquet zieren, ist die Börsensteuer am populärsten.

Wenn einmal geblutet werden soll, so mag der Börse ein tüchtiger Ueberlaß appliziert werden — so löst es aus den Spalten eines großen Theils der bürgerlichen Presse und aus den Reihen der Gesetzgeber.

Die öffentliche Meinung hält, gewiß nicht mit Unrecht, Börse und Schwindel für ziemlich gleichwertige Begriffe. Von konservativer Seite wird der Ausruf zum Kampfe gegen das moderne Sodom und Gomorcha noch mit dem bekannten Tropfen antimilitärischen Del's gesalbt, und die Arbeiterpresse fordert sogar, daß der gesammte Steuerbedarf des Reiches aus den Börsensälen herausgeholt wird. Wie die Dinge nun einmal liegen, wird die Börsensteuer vom Reichstage angenommen werden, wobei wir nur wünschen, daß der vielgefragte nimmerfette Militärmoloch gleichzeitig den Mammonstempel in der Burgstraße mit verschlingen möchte.

Unsere Parole: Nieder mit dem Militarismus! weist uns unsere Stellung gegenüber der Börsensteuer an. Wir sind gegen die Bewilligung der Vorlage, weil wir dem herrschenden Militarismus alle Mittel verweigern, gleichviel aus welcher Quelle dieselben entnommen werden. Aber auch aus anderen Gesichtspunkten sind wir Gegner der Börsensteuer-Vorlage.

Das Publikum, das an der Börse gewinnt und „verdient“ — d. h. diejenigen Leute, welche an dem Steigen und Fallen der Kurse ein Spekulationsinteresse haben — besitzt in unseren Augen ungefähr dieselbe moralische Qualität, wie die Helben des hannoverschen Spielerprozesses. So sicher Herr v. Meyerind, dessen Sarg seine Freunde mit einem „Schleppfädel“ geschmückt haben sollen, und „der olle ebrliche Seemann“ den Stempel für Spielarten in jeder Höhe gezahlt haben würden, so gern zahlen die „Börsenbaie“ erhöhte Abgaben, wenn sie nur ihrer Spiel- und Spekulationswuth frohnen können.

Von diesem Theil der Börsengeschäfte reden wir überhaupt nicht; sie sind durch Steuern nicht genirt und können nur durch Gesetze beseitigt werden, durch welche die Börse selbst mit all' ihrem Schwindel beseitigt wird.

Hieran denkt aber befanntlich die Regierung nicht, und ebenso wenig haben die tonangebenden Parteien des Reichstages diese Absicht.

Was die Börsenquote der letzten Jahre in dieser Hinsicht für Resultate zeitigen wird, bleibt abzuwarten. Eine sehr drastische Illustration zu dem Verlangen, den Pflüch des Lasters auszubaggeren, würde die Offenlegung der Kundenregister der Bankiers und Banken ergeben.

Wer die Dinge einigermaßen kennt, weiß, in welcher wahnsinniger Weise die „Edelsten der Nation“, vorzugsweise auch die „nothleidenden Agrarier“, in Getreide und Fonds spekulieren, und wie die geschicktesten oder tonjurirten Stellvertreter Gottes der Stätte des Spiels ein sehr irdisches Interesse bezeugen.

Daß der Papst sein Vermögen durch Rothschild in Paris verwalten läßt, spricht nicht für die übermäßige Solidität des vatikanischen Geldverkehrs, und weil die gekrönten Häupter Europas an dem Börsengetriebe interessiert sind,

weiß man auch, daß die tollsten Spekulationen Gegenstand ganz besonderer Aufmerksamkeit der betreffenden Schatzkassenverwaltungen sind.

Die übergroße Majorität des Volkes hat mit der Börse nichts zu thun. Was an der Börse ge- und verhandelt wird, das ist der durch die Ausbeutung der Arbeiterklasse erzeugte Mehrwerth, um den sich die Kapitalistenklasse in wilder Spekulationswuth untereinander an der Börse rauf. Die Vorgänge an der Börse haben für uns nur insofern Interesse, als dieselbe ein Spiegelbild der herrschenden Zustände ist, in welchem sich die ganze Fäulniß und Korruption der bürgerlichen Gesellschaft darstellt.

Von diesem Standpunkt aus können wir der Börsensteuer, ganz abgesehen von unserer sonstigen Gegnerschaft, nicht das Wort reden. Die Spekulations- und Spielgeschäfte der Großen werden durch die in Aussicht genommene Steuererhöhung nicht verhindert. Wer mit Hunderttausenden und Millionen spielt, läßt sich nicht durch eine Steuer hiervon abschrecken. Der Zweck, den die Vertheidiger der Börsensteuer im Auge haben, nämlich das Kapital dem unsoliden Börsengeschäft zu entziehen und dem Handel und der Industrie zuzuführen, wird nicht erreicht, weil, wie gesagt, sich die Spekulation an keine Steuerhürden bindet.

Dazu kommt, daß die deutschen Spekulanten vermöge des Telegraphen sich mit großer Bequemlichkeit der ausländischen Börsen bedienen können, wo der deutsche Steuerfiskus nichts zu sagen und auch nichts zu holen hat.

Will man die an den Börsen erfolgende Ausraubung mit einiger Aussicht auf Erfolg besteuern, so ist die Voraussetzung hierfür eine internationale Vereinbarung darüber, auf welche Weise die Börse dem Militarismus tributpflichtig gemacht werden soll.

So lange dies nicht geschieht, wird sich das eigentliche Spiel- und Spekulationsgeschäft der Besteuerung in Deutschland entziehen, und wo das nicht der Fall ist, sich durch die Steuer in keiner Weise seiner Thätigkeit einbäumen lassen. Als willkommenes Steuergebiet bleibt nun noch das kleine Anlage- und Umtauschgeschäft an der Börse. Diese Finanzoperationen zu besteuern, liegt keine Veranlassung vor, weil hier die Steuer als eine Erschwerung und Behinderung des Verkehrs wirkt. Es ist schlechterdings unmöglich, das Spekulationsgeschäft durch die Steuer zu treffen, ohne zugleich auch das sogenannte solide Geschäft heranzuziehen. Während nun aber nicht ein einziges Spiel- und Spekulationsgeschäft infolge der Börsensteuer unterbleiben wird, ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Besteuerung auf den Kleinverkehr im Effektengeschäft lähmend und hindernd einwirken wird. Dazu kommt noch, daß die Steuer natürlich auf das laufende oder verkaufende Publikum abgewälzt wird und weder die Bankiers noch die Banken trifft.

Soweit im Börsenverkehr von kleinen Geschäftsleuten die Rede sein kann, werden diese vorzugsweise von der Börsensteuer getroffen, weil jede Transaktion, die sie durch ihren Bankier vornehmen lassen, besteuert wird und dadurch die Kosten auf das vorgenommene Kauf- oder Verkaufsgeschäft erhöht werden.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

16

Skizzen aus der sozialistischen Bewegung in Russland.

(Aus dem Russischen überseht)

„Es ist traurig, an einem solchen Morgen sterben zu müssen“, sagte unwillkürlich Anton's Kamerad; die Lust zum Leben, hervorgerufen durch die Pracht der Natur, ließ sein Herz heftig schlagen.

Anton blickte ihn an und sagte:

„Was thut es... wir sterben nicht umsonst!... Es ist uns nicht gelungen, mit unserem Leben der Sache viel Nutzen zu bringen, üben wir ihr mit unserem Tode. Hoffen wir, daß unser Tod uns einige Nachfolger aus der Menge, die unserer Hinrichtung zusieht, verschafft.“

Nach kurzem Schweigen fuhr er fort:

„Wir wollen tapfer sterben!... Zeigen wir, wie Sozialisten sterben. Das ist unsere Pflicht.“

Der Wagen setzte seine Fahrt fort. Die Stadt war nicht mehr zu sehen, hinten den Bäumen wurden Willen sichtbar; an den Seiten des Weges gingen Leute, die sich verspätet hatten.

Pföhllich machte der Wagen eine Biegung nach einem großen Feld. Anton drehte sich um und erblickte viele Reihen von Rutschen und tausende von Köpfen, überragt von hohen Balken, von denen zwei Schlingen herabhingen. Diese Masse stummen, slavischen Volkes erweckte in Anton's Herzen ein quälendes Gefühl. Es ist schrecklich zu sehen, wie das Volk, welches man so geliebt hat, für das man sein Leben läßt, so gleichgültig der Hinrichtung zusieht.

Anton's Kamerad sah sich auch um, und bei dem Anblicke der Stricke zitterte er — widerwärtig und schrecklich waren diese tödtlichen Schlingen anzusehen, die sich im Winde bewegten.

Anton bemerkte die Angst seines Kameraden und nahm sich vor, ihn zu unterstützen, damit er mit Ehren sterbe.

„Höre“, flüsterte Anton ihm zu, „sei tapfer. Wir wollen unseren Feinden nicht das Recht geben zu sagen, daß wir Feiglinge sind.“

Der Wagen fuhr durch eine breite Straße, die durch zwei Reihen Soldaten gebildet wurde, hinter denen sich das Volk drängte. Die eine Reihe, welche vor dem Schaffot stand, öffnete sich.

„Es lebe das Volk!“ rief Anton mit voller Stimme, und hieß seinen Kameraden an. Dieser wiederholte mit seiner jungen hellklingenden Stimme diesen Ausruf, dadurch ermutigt sagte er zu Anton:

„Ich werde mit diesen Worten sterben.“

Der Wagen hielt an. Die schrille Stimme des alten Generals kommandirte: „Präsentirt das Gewehr“; ein junger Adjutant verlas eilig mit aufgeregter Stimme das Urtheil.

Anton umarmte kräftig seinen Kameraden, küßte ihn dreimal und sagte:

„Wir sterben nicht umsonst, mein Töubchen. Alles ist Unfuss, und das ganze Leben ist ein Unfuss... nur unsere Sache ist groß.“

„Es lebe das Volk!“... rief der Jüngling kräftig aus.

Der Trommelwirbel rollte an allen Seiten des Biercks; die weißen Kapuzen verdeckten das Gesicht Anton's und seines Kameraden. Ihre Augen erblickten nicht mehr den blauen Himmel — nur ein trübes Licht dringt durch die starke Leinwand; in ihren Ohren sauste es von der lauten Musik der Trommelschläger und der Hornisten; die Lippen flüstern unhörbar die letzten Worte. Und plötzlich — noch der letzte physischen Schmerz... die Köpfe neigten sich auf die Brust, auf ewig erlosch in ihnen der ehrenvolle Gedanke, ewige Finsterniß trat ein.

Die Trommeln ertönten immer fort. Stumpf glogte das Volk die in der Luft hängenden Körper seiner Freunde an. Ein gebildeter Gutsbesitzer bat den Staatsanwalt um ein Stück von dem Strick — weil es glückbringend im Kartenspiel sei.

Die Terroristin.

Wie sehr wird sich jener Leser täuschen, welcher infolge der Ueberschrift dieser Skizze glaubt, daß ihm das Bild einer Frau mit einem Furiengeschicht, mit blutdürstigen Augen, ohne Verstand und Herz vorgeführt werden wird.

Um sofort einen solchen Leser angenehm zu enttäuschen, beginnen wir gleich mit der Beschreibung Raja's.

Da wo also die Börse ihre Aufgabe als Zentral-Austauschsstelle wirklich vorhandener, zu liefernder oder abzunehmender Werte erfüllt, sollte ihr diese Aufgabe vernünftigerweise nicht durch steuerfiskalische Maßregeln erschwert werden.

Braucht die bürgerliche Presse für die Abwicklung bestimmter Geschäfte Institutionen wie die Börse, so hat es keinen Sinn, Schranken aufzurichten, welche dem Schwindelgeschäft nicht beikommen können, aber den soliden Verkehr, soweit solcher überhaupt noch an der Börse in die Erscheinung tritt, beengen.

Nach unserem Dafürhalten ist die Börsensteuer nur dazu bestimmt, dem Reichstage das andere Steuermasse schmächter zu machen. Der geschäftliche und börsengewandte ehemalige Leiter eines der größten Finanzinstitute, Herr Miquel, weiß nur zu gut, daß die Verdoppelung der Steuerföhe noch lange keine Verdoppelung der Steuereinnahmen zur Folge hat. Die Börsensteuer wird der Reichskasse nicht die veranschlagten Einnahmen bringen, dafür aber die deutschen Börsen mehr noch wie bisher vom Auslande abhängig machen. Die Thatsache, daß in dem internationalen Verkehr — und Deutschland ist kein Agrarstaat mehr, sondern in hohem Grade auf die Ausfuhr seiner Erzeugnisse angewiesen — das Arbitragegeschäft eine sehr bedeutende Rolle spielt, jedoch durch die Verdoppelung der Börsensteuer stark gefährdet ist, hätte schon genügen müssen, um die Regierung davon zurückzuhalten, den Agrariern zu Liebe dieses Experiment zu machen.

Die Börsen von Wien, London und Paris können sich gratuliren zu der Fülle von soliden und guten Geschäften, die sich neben den zweifel- und schwindelhaften Unternehmungen an ihren Markt drängen werden, wenn in Deutschland der Austausch von Wechseln und Effekten durch die Börsensteuer künstlich vertheuert und dadurch zum großen Theil verhindert ist.

Die von den Befürwortern der Börsensteuer ausgesprochene Ansicht, daß durch die Steuer die Spekulationsgeschäfte eingeschränkt, der Spielwuth das Handwerk gelegt, mit einem Wort die Börsenzustände sanirt werden, ist vollständig irrig. Wenn das im Plan läge, müßten ganz andere Maßregeln ergriffen werden; Maßregeln, mit denen die bürgerliche Gesellschaft sich ihre eigene Fleisch schneiden würde, denn es kann nicht oft genug wiederholt werden. Die Börse, mit all ihren unsittlichen Begleiterscheinungen, ist ein unentbehrliches, ein nothwendiges Produkt der heutigen Gesellschaft, sie steht und fällt mit ihrer Erzeugerin, der kapitalistischen Produktionsweise. Handelt es sich also bei der Börsensteuer nur um eine Ergänzung der übrigen Steuerprojekte zur Deckung der Kosten der Herrschaftsverwaltung — so ist die Stellung der Sozialdemokratie von selbst gegeben.

Wir erklären uns gegen die Börsensteuer, weil wir für den Militärmoloch keinen Pfennig bewilligen, und wenn wir bezüglich der Börsensteuer auch zugeben, daß sie nicht diejenige verheerende und volksverwüstende Wirkung an sich hat, wie z. B. die Tabakfabriksteuer, so sind wir doch der Meinung, daß bei dem gegenwärtigen System von einer neuen Steuer überhaupt nicht die Rede sein kann.

Auch die scheinbare Popularität der Börsensteuer veranlaßt uns nicht, für dieselbe einzutreten. Die Arbeiterklasse hat — das wiederholen wir — kein unmittelbares Interesse an der Börsensteuer, denn die Inhaber von Staatspapieren oder Aktien aus Arbeiterkreisen dürften noch seltener als die weihen haben sein. Der An- und Verkauf von Werthpapieren gehört nicht zu den Gewohnheiten und Beschäftigungen der Arbeiterklasse. Eine Vertheuerung der Lebensbedürfnisse der Arbeiter würde also durch die Erhöhung der Börsensteuer nicht eintreten — trotzdem müssen die Vertreter der Arbeiter im Reichstage gegen die Börsensteuer stimmen, weil dieselbe für einen Zweck gefordert wird, der in direktem Widerspruch mit der Kultur steht.

Fassen wir die Gründe noch einmal zusammen. Die Börsensteuer kann die von vielen erwartete Wirkung nicht haben. So wenig wie die bestehende Steuer die Unsolidität im Börsengeschäft beseitigt hat, so wenig kann dies eine Folge der Verdoppelung der Steuer sein. Die auf Spekulation eingegangenen und zu bestimmten Terminen abgeschlossenen Geschäfte würden von der Steuererhöhung nicht abgesehen: der Börsenspieler zahlt jede Steuer, wenn er sein Gewerbe ungestört betreiben kann. Große Börsentransaktionen, deren Solidität und Reclität, soweit dieser Begriff bei der Börse überhaupt zutrifft, unantastbar ist, werden sich infolge der Steuererhöhung aus Deutschland zurückziehen; ein nicht unwichtiger Zweig des allgemeinen Handelsverkehrs, das Arbitragegeschäft, wird zerstört werden.

Die Steuer auf die Börsenumsätze wird von den Bankiers auf ihre Komittenten abgewälzt, sie belastet somit nicht die

Stellen Sie sich ein junges, gebildetes Mädchen vor, mit schönen Gesichtszügen und wunderschönen blauen Augen, die ein zartes, weiches Gemüth erkennen lassen; die kleinen, hübschen Hände verrathen ihre aristokratische Abkunft. Dieses Mädchen, gekleidet in einem modischen Sommeranzug, ist eine Terroristin.

Sie sitzt im ruhigen Meer und betrachtet nachdenklich die sich im ruhigen Meer wiederpiegelnden Farben. Ihre schlank Figur, von mittlerer Größe, macht einen so liebenswürdigen und wohlthuenden Eindruck, ihre Augen blicken so friedlich, daß man unwillkürlich ausrufen möchte: „Das ist nicht möglich!“

Und dennoch ist Raja eine Terroristin.

Um diese merkwürdige Mischung von Liebe und Haß, Liebe zu den Menschen und dabei wilden Haß gegen die Unterdrücker zu begreifen, muß man sich daran erinnern, daß es in der Geschichte Momente giebt, wo die unglaublichsten Veränderungen in den Charakteren vor sich gehen, wo die friedliebendsten Menschen in leidenschaftliche Revolutionäre sich umwandeln, die Gutmüthigen zu Mördern, und Leute von idealer Ehrlichkeit zu Jesuiten werden. Das geschieht dann, wenn die Regierungen, die Lehren der Geschichte verachtend, es versuchen, jede freie Bewegung zu unterdrücken, und wenn die Gesellschaft anstatt dagegen zu protestiren, sich dem unterwirft; dann fällt die ganze Last des Kampfes, welchen die ganze Gesellschaft führen müßte, auf die Schultern der edelsten Jugend und zwingt die vorwärtsstrebenden Menschen zu einem schrankenlosen Partisanenkrieg mit der Regierung. Solche Kollision verwandelt die große Liebe der besten Männer zum Volke in grenzenlosen Haß gegen die Feinde desselben, und in den friebliebenden, ehelichen

Börse, sondern das Publikum und kennzeichnet sich daher als eine Erziehung und Einigung des Verkehrs. Deshalb aus prinzipiellen und praktischen Gründen, wegen des Zweckes und der Wirkung — sind wir gegen die Börsensteuer.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 24. November.

Aus dem Reichstage. In der Fortsetzung der Handelsvertrags-Debatte fiel heute dem nationalliberalen Professor Paasche die Aufgabe zu, die zwei Meinungen, welche auch über diese Frage in der nationalliberalen Partei vorhanden sind, zu vertreten. Bei der vollständigen Abwirthschaftung der nationalliberalen Grundsätze haben deren Anhänger nur dadurch Mandate erhalten können, daß sie den Wählern versprochen, was diese wünschten. Diese Herren traten für Herabminderung der Getreidezölle ein, wenn sie in Industriebezirken kandidirten, und sie lehrten den Agrarier heraus, sobald sie vor Bauern sprachen.

Ein Hauptvertreter dieser Agitation ist der Herr Professor Paasche selbst; in Magdeburg, wo er für den Ordnungsbreiter Durchfallsandidat war, wettete er gegen die „agrarische Begehrlichkeit“, im Meinungsachen aber, wo er schließlich auch gewählt wurde, stellte er sich auf den Boden des Programms des Bundes der Landwirthe. Auch heute brüstete sich der Herr Professor mit seinem „warmen“ Herzen für die Landwirtschaft, zum Ende aber plädierte er doch für die Annahme der Handelsverträge.

Als entschiedener Gegner der Vertragspolitik trat Herr von Plöz, der Führer des Bundes der Landwirthe auf. Wer jedoch erwartete, aus dem Munde des Herrn von Plöz eine Rede im Tone der Flugblätter des Bundes zu hören zu bekommen, der ist arg enttäuscht worden. Die Rede war herzlich unbedeutend und ohne jede aggressive Spitze.

Eine sich ausschließlich gegen die konservativ-agrarischen Quertreiber richtende Rede hielt hierauf der Reichskanzler, dem dann unser Genosse Schönlanke folgte. Derselbe geißelte das unter Bismarck eingeführte Hochschutzzoll-System, das er treffend als Subsidienverträge zu gunsten einzelner Großindustrieller und Großgrundbesitzer auf Kosten der Konsumenten und speziell der arbeitenden Bevölkerung nannte. In seinen weiteren Ausführungen zeigte der Redner dann an einzelnen Beispielen, was es mit den „armen Bauern aus dem Osten“ des Grafen Kanitz auf sich hat. Nicht um die Rettung der Landwirtschaft handele es sich, sondern um die Konservirung der Junkerprivilegien. Das preussische Junkerthum aber, für dessen Erhaltung den Steuerzahlern viele Millionen in Gestalt von Liebesgaben, Extrapremien zc. aufgebürdet werden, ist für das deutsche Volk keinen Pfifferling werth. Was würden die Herren, welche Staatshilfe für die Hypothekenschuldner verlangen, sagen, wenn für die armen Arbeiter Zahlung des Miethzinses aus der Staatskasse verlangt würde? Redner machte auch darauf aufmerksam, daß an der Noth der Landwirtschaft die subjektive Seite sehr mitspreche. Es klagt so mancher Vater über den Nothstand, dessen Söhne ein Vermögen beim Malao und Roulette zusehen.

Die Unzufriedenheit greife allerdings auch unter der ländlichen Bevölkerung immer mehr um sich, der beste Beweis dafür sei das Wachstum des Antisemitismus. Diese Unzufriedenheit werde aber mit der Hochschutzzoll-Politik nicht beseitigt, sondern nur gefördert. Diese Unzufriedenheit werde sich steigern und im politischen ABC folge auf Ahlwardt Bebel.

Zu Namen der Fraktion erklärte sich Schoenlanke für die Verträge und gegen Kommissionsberathung.

Nach unserem Genossen sprachen noch Stumm und Richter für die Verträge.

Die Verhandlungen kommen auch heute noch nicht zum Abschluß und werden dieselben morgen fortgesetzt.

Bundesrath. In der am 23. d. Mts. unter dem Vorsitz des Vize-Präsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde dem Entwurf eines Gesetzes über die Abzahlungsgeäfte die Zustimmung erteilt. Die Vorlage, betreffend die Entwürfe von Vereinbarungen über erleichternde Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands, der Niederlande, Oesterreich-Ungarns und der Schweiz, sowie eine Denkschrift über die Ausführung der seit 1875 erlassenen Anleihegesetze wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Endlich wurde über die Eingabe einer Aktiengesellschaft, betreffend die Ausgabe von Aktien, die auf Namen lauten, zum Nennwerth von 200 M., sowie über

Herzen entflammt jene „heilige Flamme“, welche Wunder an Energie und Ausopferung hervorbringt, und von welcher die Chronik der Kämpfe der russischen Terroristen zu erzählen weiß.

Raja erwartete am Meeresufer ihren Bräutigam. Sie liebte ihn nicht wie einen Bräutigam, und auch er liebte sie nicht wie eine Braut. Raja denkt nicht an ihr persönliches Glück. Sie muß sich verheirathen, um vereint mit ihm die Thätigkeit beginnen zu können.

Raja hatte sich beeilt, um sich nicht zu verspäten und war eine halbe Stunde vor der angepöhten Zeit angelangt. Sie setzte sich hin, um sich anzurufen und nachzudenken; der sauste Wind wirkte auf sie einschläfernd.

In solchen Minuten der physischen Ermüdung zieht zuweilen die ganze Vergangenheit in rasch wechselnden Bildern vor unserm geistigen Auge vorüber.

Raja sah deutlich das Dorf in der Ebene am Flusse. Bis hart an das Ufer dehnt sich der herrschaftliche Garten aus. Die kleine Raja, mit lockigem Haar, im blauen Kleidchen, läuft in den Alleen des Gartens herum, besieht sich die Blumen, die am Morgen aufgeblüht waren, reißt einen Zweig von duftendem Jasmin ab, und läuft bis an das Flußufer hin. Der Feldweg verlockt sie nach dem Roggenfeld zu gehen, um sich Kornblumen für einen Kranz zu pflücken, und sich aus der Nähe das tiefgrüne Leinwandfeld anzusehen, welches sich so schön vom den goldgelben Roggenfeldern abhebt. Das Mädchen kletterte über den Baum hinüber, reißt dabei ein Stückchen ihres Kleides ab, wofür sie wohl ausgescholten werden wird und läuft davon.

(Fortsetzung folgt.)

den Sr. Majestät dem Kaiser zu unterbreitenden Vorschlag wegen Besetzung einer Mitgliedsstelle beim Reichsbank-Direktorium Beschluß gefaßt.

Die Gewerkschaftsdebatte, die jetzt in der sozialdemokratischen Presse geführt wird, giebt unseren Gegnern, wie wir schon früher bemerkt, einen eifrig benutzten Anlaß, ihre Unfähigkeit des Verständnisses unserer Bewegung zu bekunden. Heute finden wir z. B. in der Bourgeoispresse folgenden Waschzettel:

Berlin, 23. November. Wenn es für uns noch eines Beweises bedurft hätte, daß der „fouerrine“ sozialdemokratische Parteitag nichts weiter als ein willenloses Mamelukenparlament der Parteihäupter sei, so wäre er durch den Verlauf des Kampfes über die Gewerkschaftsorganisation erbracht. Auf dem Parteitage in Köln trägt der Vortführer der Gewerkschaftsbewegung eine vollständige Niederlage davon. Er wird niedergeschrien, und nur wenige wagen, gegen die Form, in der dem „Genossen“ begegnet wird, Verwahrung einzulegen. Bei der Abstimmung sind auch diese auf der Seite der Parteiregierung, die zuletzt einstimmig wiedergewählt wird. Der Eindruck ist: der Gewerkschaftler Regien ist ein isolirter Sänter, sachlich und persönlich ist in der Partei alles in Ordnung. Wie verschieden aber ist das Bild, daß sich nach dem Parteitag in Presse und Versammlungen entrollt! Die Freunde der Gewerkschaften werden mit jedem Tage entschiedener, in der Form wie in der Sache, die Parteihäupter gerathen immer ärger ins Gedränge und was die Hauptsache ist, es stellt sich heraus, daß ihre Autorität unheilbaren Schaden genommen hat, ihre Wiederwahl in Köln also nur das Ergebnis einer Machenschaft gewesen ist.

Zum Beweis dafür, wie sehr die Autorität der „Führer“ zu Schaden gekommen sei, zitiert der Waschzettelfabrikant dann noch einige Auszüge aus der von uns veröffentlichten Einsendung Elm's.

Also der Führer der Gewerkschaftsbewegung erlitt auf dem Kölner Parteitag eine totale Niederlage — und in der Presse erleiden nach dem Parteitag die Parteiführer eine vollständige Niederlage — das ist der Inhalt des Waschzettels — und aus diesen zwei Thatsachen wird geschlossen, daß der Kongreß „ein willenloses Mamelukenparlament“ war, und daß die „Führer“ mit den armen Parteigenossen machen, was sie — die Führer — nur wollen. Beide Thatsachen, aus denen dieses vernichtende Urtheil beruht, sind falsch. Der Führer der Gewerkschaftsbewegung hat auf dem Parteitag ebensowenig eine Niederlage erlitten, wie nach dem Parteitag die Führer in der Presse. Daß Regien in Köln die Sache der Gewerkschaften nicht glücklich vertreten hat, ist wohl richtig, allein als Führer der Gewerkschaftsbewegung hat er, ebensowenig wie die Sache der Gewerkschaften, eine Niederlage erlitten. Und ist es etwa eine Niederlage der Parteiführer, daß einige derselben an der jetzigen Debatte über die Gewerkschaften Theil nehmen? Bis dato hat keiner der zwei debattirenden Theile eine Niederlage erlitten, und keine von beiden wird eine erleiden, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil beide das Gleiche erstreben und, wie das bei jeder ehrlichen Debatte der Fall, von einander lernen und sich schließlich verständigen werden.

Dieselben Gewerkschaftler, die nach unserem Waschzettelmann jetzt in der Presse den „Parteiführern“ eine so vernichtende Niederlage bereiten, würden, wenn der Parteitag morgen wäre, ohne Groll für diese selbe Parteileitung stimmen. Pressenden Groll kennen wir nicht, gerade weil wir alle streitigen Punkte offen und ehrlich ansprechen.

Und nun noch eine Frage an den Waschzettelfabrikanten und die Blätter, die seine Salbaderel abdrucken:

Wie erklären es sich die Pfiffkuffe, daß die allmächtige Parteileitung, welche auf dem Parteitag jede Opposition unterdrückt, der Opposition die Parteipresse zur Verfügung stellt, und sich darin eine vernichtende Niederlage beibringen läßt, die „ihrer Autorität unheilbaren Schaden“ zufügt?

„Erkläre mir, Graf Derindur, diesen Zwiespalt der Natur!“

Und in welcher anderen Partei, so fragen wir weiter, ist es möglich, daß eine Debatte unter Parteigenossen mit dieser jedes Aliquienwesen ausschließenden Freiheit und Rückhaltlosigkeit geführt werden kann, wie das bei uns Sozialdemokraten unverbrüchliche Regel ist? —

Aus der bayerischen Kammer der Abgeordneten. Bei der heutigen Schlußberathung des Antrages v. Vollmar betreffend die neuen Reichssteuern wurde die von Geiger und v. Stauffenberg beantragte motivirte Tagesordnung mit allen gegen die Stimmen der Sozialisten und Bauernbündler angenommen.

Die Verzinsung der Reichsschuld bildet ein von Jahr zu Jahr erheblich an Bedeutung steigendes Kapitel des Reichshaushalts-Etats. Man ersieht aus nachstehender Zusammenstellung, welche die für die Verzinsung verausgabten und in den Etat gestellten Beträge angeht, und zwar für die Jahre 1877/78 bis 1889/90 auf grund der endgiltigen Rechnungen, für 1890/91 und 1891/92 auf grund der vorläufigen Uebersicht der Ausgaben und für 1892/93 bis 1894/95 auf grund des Etats.

Jahr	Betrag
1877/78	2 353 800 Mark
1878/79	2 869 400 „
1879/80	5 685 900 „
1880/81	8 894 900 „
1881/82	11 116 500 „
1882/83	12 939 800 „
1883/84	14 172 800 „
1884/85	15 781 800 „
1885/86	17 358 700 „
1886/87	18 581 000 „
1887/88	21 059 600 „
1888/89	28 750 000 „
1889/90	34 528 700 „
1890/91	48 053 200 „
1891/92	55 604 000 „
1892/93	60 607 500 „
1893/94	66 675 000 „
1894/95	71 996 000 „

Hieraus ist die Summe, die zur Verzinsung der Reichsschuld gehört, in den letzten Jahren stets um 5,7 Millionen Mark gestiegen. Während sie vor zehn Jahren 2,8 pCt. und vor fünf Jahren 3,9 pCt. der gesammten fortdauernden Ausgaben des Reichs ausmachte, ist sie allmählig bis auf 6,7 pCt. in Voranschlag des nächsten Etatsjahrs gestiegen. Diese Schulden sind fast ausnahmslos dem Militarismus zu danken, der nicht nur uns schwer drückt, sondern in Form der Staatsschulden auch eine Last kommender Generationen bildet, so lange bis eben dem Volke die Schuld reißt. —

Die Erträge der neuen Steuern werden in den
Beizentwürfen wie folgt veranschlagt:

Tabaksteuer mehr als bisher	45 000 000 M.
Weinsteuer: a) Naturwein	12 788 730 "
b) Schaumwein	4 544 838 "
Stempelsteuer mehr:	
a) für Aktien etc.	4 400 000 "
b) Kauf- und Anschaffungsgehalte	11 000 000 "
c) Lotterielose	5 400 000 "
d) Quittungen	6 500 000 "
e) Ghesz	650 000 "
f) Frachtpapiere	8 500 000 "
Zusammen 98 788 576 M.	

Die Landtagswahl in Mannheim. Gegenüber dem von den Sozialdemokraten gegen die Wahl des Nationalliberalen Ladenberg erhobenen Protest erklärte, wie dem Berliner Tageblatt telegraphiert wird, die Kammer in ihrer heutigen Sitzung mit einer Stimme Mehrheit die Wahl desselben für gültig.

Bismarck'sche Geschichtredaktion. Der Fälscher der Kaiser Depesche läßt jetzt verbreiten, sein Nachfolger habe die russische Regierung durch allerhand ungeschickte Maßregeln gegen Deutschland gereizt — er habe den „Drakt zwischen Berlin und Petersburg nie abreißen lassen.“ Wahr ist, daß er zum Erbdecker speichelbedeckt vor dem Zar „Vetterskrochen“ hat, wahr ist aber auch, daß er trotzdem den Bund mit Oesterreich abzuschließen genötigt war. Oder richtete sich dieser Bund etwa nicht gegen Rußland? Oder hat ihn gar ein Auerer, irgend ein Subalternbeamter, hinter des Hansmeiers Rücken in Szene gesetzt, wie weiland den Kulturkampf? —

Die südbavischen Konservativen sind aus dem konservativen Klub des österreichischen Abgeordnetenhauses ausgetreten, weil sie die Politik des Ministeriums Windischgrätz nicht unterstützen wollen, sie haben einen besonderen Klub gegründet. —

Ministerkrise in Frankreich. Einer Meldung des „Gantois“ zufolge überreichte der Finanzminister Begral gestern sein Entlassungsgesuch, schob jedoch auf den Wunsch des Präsidenten Carnot seine Entscheidung bis nach der Abstimmung der Kammer auf. Auch die Minister Biette und Terrier würden dann zurücktreten.

Das Gastpflichtgesetz nahm das englische Unterhaus nach achtstündiger Debatte in dritter Lesung an. —

Das Ministerium Giolitti ist durch den Bericht der Bankkommission sehr bloßgestellt. Außer früheren Ministern sind auch jegliche bemakelt, vor allem aber ist festgestellt, daß das Ministerium den Berichten Alton vorbehalten hat, so daß der Kombination über Bemakelung von „hohen“ und „höchsten“ Personen volle Freiheit gelassen ist.

Die Telegramme des offiziellen Wolff'schen Bureaus melden das Folgende über die erste Sitzung der italienischen Kammer nach dem Zusammenritte:

Bei der Erörterung über die Veröffentlichung des Berichtes der Bank-Enquete-Kommission entspann sich eine Debatte, in welcher beantragt wurde, den Bericht sofort zu verlesen. Ministerpräsident Giolitti erklärte, daß die Regierung nicht in die Debatte eingreifen werde, persönlich als Deputierter wünsche er die Verlesung. Diese wurde hierauf beschlossen und unter großer Aufmerksamkeit begonnen.

Der Bericht besagt, daß sich keinerlei Beweis für eine politische Simonie in dem Verkehr zwischen der Regierung und den Banken ergeben habe und erwähnt, daß eine schematische Sorglosigkeit in dem Benehmen der Regierung gegenüber den Banken von 1880 bis jetzt gewaltet hätte. Die Kommission mißbilligt, daß man den wesentlichen Theil des Berichtes Biagini über die Banca Romana verheimlicht habe und erklärt, daß nicht alle bei Bernardo Lanzongo beschlagnahmten Papiere den Behörden zurückgegeben worden seien. Der Bericht schließt mit der Erklärung, daß Italien eine schwierige Periode durchlebt habe aber unerschrocken und ruhmvoll aus derselben hervorgegangen sei.

Nach Verlesung des Berichtes der parlamentarischen Bank-Enquete entband große Bewegung. Viele Deputierte der äußersten Linken verlangten das Wort. Der Präsident hob unter großem Lärm und Pfeifen um 9 Uhr 20 Min. die Sitzung auf. Die Aufregung dauerte noch einige Zeit fort.

Die Anlagen zu dem Bericht der Bank-Enquete-Kommission, welche gleichfalls in der Kammer verlesen wurden, behandeln einige Aste der Deputierten Amadei, Delvecchio, Sandonato, Cia, Ruffini, Montagna, Mazzino, Simonetti und Ricci. Von Grimaldi wird gesagt, derselbe habe nur für gerichtliche Angelegenheiten als Advokat eine Summe Geldes erhalten; die Kommission erachtet es für ausgeschlossen, daß er noch eine andere Summe Geldes empfangen habe. In bezug auf Nicotera wird erklärt, es habe sich nicht herausgestellt, daß derselbe irgend eine Summe erhalten hätte, welche er für sich verwendete. Der Bericht beklagt die Intervention des Unterstaatssekretärs San Giuliano in der Angelegenheit Faro. Die Kommission tadelt ferner die Beziehungen von einigen Journalisten und sechs Staatsbeamten zu der Banca Romana. Sie erachtet die Beschuldigung, daß Giolitti im November 1892 von der Banca Romana einen Betrag für Wahlzwecke erhalten hätte, für nicht erwiesen. Die Kommission hält es für ausgeschlossen, daß der Minister Vacava Geld für die Wahlen empfangen hätte, bedauerte jedoch, daß Vacava die Escomptierung zu Gunsten eines Privaten befragt hätte. Bezüglich der Hausfuchungen bei Lanzongo sei es gewiß, daß nicht alle beschlagnahmten Dokumente den Gerichtsbehörden zugestellt seien, allein es habe sich nicht ergeben, daß öffentliche Beamte die Dokumente besichtigt hätten. Was die Ernennung Lanzongo zum Senator betrifft, so mißbilligt die Kommission, daß Giolitti vor der Ernennung nicht die Ergebnisse des Enquete-Berichtes Biagini's zu Rathe gezogen habe.

Der Ministerrath tritt heute Vormittag zu einer Besprechung über die Lage zusammen. Den Morgenblättern zufolge würden die Minister beschließen, zu demissioniren.

In den Abendstunden gehen uns die folgenden Depeschen zu:

Vor der heutigen Kammer Sitzung wird die äußerste Linke eine Zusammenkunft haben; es geht das Gerücht, sie werde über einen bei der Kammer einzubringenden Antrag, das Kabinett in Anklagezustand zu versetzen, beraten.

Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, beschloß der heute Vormittag zusammengetretene Ministerrath, dem Könige seine Entlassung zu überreichen. —

Das Bureau Herald versendet folgende Depeschen:

Rom, 24. November. Der König hat die Demission des Kabinetts Giolitti angenommen. Die Genehmigung ist damit begründet, daß jeder einzelne Minister die Verpflichtung hat, sich gegen die erhobene Anklage zu rechtfertigen.

Rom, 24. November. In politischen Kreisen herrscht große Erregung über die Kandidatenfrage für die Präsidentschaft im Ministerium. Von allen bisher Genannten scheint niemand die Bildung des Kabinetts übernehmen zu wollen. Während die Aussichten Zanardelli's immer mehr sinken, steigen diejenigen Crispi's fortwährend. Ueber den plötzlichen Zerbruch der Kräfte herrscht allenthalben eine völlige Rathlosigkeit und Verwirrung.

Da Crispi auch durch die Banklände auf's schwerste belastet ist, so wird er anständigen Menschen als ein sehr ungeeigneter Ministerpräsident erscheinen. Jedenfalls wird er sich nicht lange am Ruder erhalten können. Die Korruption der italienischen Bourgeoisie liegt offen zu Tage. Die alten Parteien werden bald im Volke das ihnen geschenkte Vertrauen ganz verloren haben. Hoffentlich erlangt bald der italienische Sozialismus so daß er als Erbe des im eigenen Schmutze verkommenen liberalen Bürgerthums Italiens auftreten kann. —

Anarchisten werden jetzt aus Spanien in großer Anzahl ausgewiesen. Wir sehen hierin bloß den Beweis, daß die spanische Regierung den Leuten gar nichts nachweisen kann, denn sonst würde sie dieselben von ihren wilsfähigen Richtern auf viele Jahre hinter Schloß und Riegel bringen lassen. —

Der afrikanische Krieg Spaniens scheint seinem Ende entgegenzugehen, da sich der Sultan von Marokko zu Zugeständnissen bereit erklärt hat. —

Aus Warschau wird geschrieben: In den letzten Tagen haben hier anfallend viel Hausfuchungen und Verhaftungen als politischen Gründen stattgefunden. Die Polizei wollte unter anderem auch die Urheber und Verbreiter der Zeitungsberichte herausbringen, welche in jüngster Zeit über das Befinden Gurko's in österreichischen und besonders in galizischen Blättern veröffentlicht worden sind. Selbst in den Pferdebahnen wurde eine Reihe vornehmer Damen verhaftet und auf die nächste Polizeistation gebracht, wo Frauen von Schulleuten an den verhafteten Körperliche Durchsuchungen nach verbotenen Schriften vornehmen mußten. Ferner verhaftete die Polizei eine Reihe Literaten und Studenten, von denen mehrere in Verwahrung nach Sibirien verschickt werden sollen. Auch ein Gröblicher Kindergarten ist in Warschau geschlossen worden, nachdem bei der Leiterin und den Lehrerinnen der Anstalt Hausfuchungen vorgenommen waren. Der Verleger eines Unterhaltungsblattes wurde zu 1500 Rubel Geldstrafe verurtheilt, weil er eine Novelle aus Polens Vergangenheit in seiner Wochenschrift veröffentlicht hatte. —

Der südafrikanische Krieg ist zu Gunsten Englands beendet. —

Aus Brasilien meldet eine Depesche der Regierung einen großen Sieg über die Rebellen. Danach müssen die Rebellen viel stärker sein, als die Regierung bisher zugegeben, denn über eine Handvoll von Leuten kann man einen „großen“ Sieg nicht erhechten. —

Sonderbare „Anarchisten.“ In Montreal (Canada) wurden zwei Attentäter entdeckt, welche die dortige Nelson-Säule in die Luft sprengen wollten. Die Attentäter waren sämtlich — Offiziere, und der eine davon ein Sohn des früheren Ministerchefs. Wenn das am grünen Holz vorkommt —

„Ein Typus.“ Unter dieser Epithete wendet sich der Berliner Briefschreiber in dem letzten Hefte der „Neuen Zeit“ gegen unseren Artikel „Sozialliberal“ in Nr. 246 vom 19. Oktober. Wir hatten es für überflüssig, hierauf näher einzugehen und wollen bloß feststellen, daß der Artikel des „Vorwärts“ bei aller Anerkennung der Jaikrow'schen Schrift die grundsätzliche Auffassung der Sozialdemokratie gegenüber dieser Erscheinung auf's schärfste gewahrt hat.

In dem gleichen Briefe wird gelegentlich der Besprechung der Notiz „Akademisches Demunziantenthum“ in Nr. 250 des „Vorwärts“ vom 24. Oktober uns unterzogen, daß wir gleich vor Enttäuden taumeln, wenn irgend ein deutscher Professor Lassalle, Marx oder Engels eine verstoßene Verbeugung macht. Der Berliner Briefschreiber der „Neuen Zeit“ mag das in die Notiz hineingelesen haben, herausgesehen hat dies sicherlich Niemand. Denn in der Notiz ist mit keiner Sylbe eine Genußnahme darüber geäußert worden, daß sich der eine oder andere akademische Lehrer sozialistischen Anschauungen nähert, es wurden bloß die Herren Schmöller und Oldenberg ob ihrer Demunziationen scharf zurechtgewiesen. Ein weiteres Eingehen auf den Artikel scheint uns nicht erforderlich. —

Parteinachrichten.

In Darmstadt lagte am 19. November eine Wahlkreis-Konferenz, die von 19 Delegirten besucht war. Dieselbe beschäftigte sich mit einer Partei-Angelegenheit, die schon lange Zeit viel Staub aufgewirbelt und der Agitation sehr hinderlich war. Es handelte sich um einige „Genossen“ in Bessungen, die unter Führung des aus dem Darmstädter Anarchistenprozeß bekannten Braun, jetzt Trifolagenfabrikant, alle mögliche Intrigen spielten, zu welchem Zwecke ein separater Wahlverein gegründet wurde. Die Beratungen der Konferenz führten zu dem Resultat, daß die sämtlich sogenannten Bessungen-Organisation einstimmig, mit Ausnahme der Stimmen der Bessungen-Delegirten, als sozialdemokratische Organisation nicht mehr anerkannt wurde. In den im Stadtbezirk Bessungen wohnenden Partei- und Gewinnungs-genossen liegt es nun, diesen von der Kreis-Konferenz nach rechtslicher Überlegung gefaßten Beschluß auch durchzuführen, namentlich, da jene Personen mit besonderer Vorliebe und mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, gerade bei unseren hiesigen Partei- und Gewinnungs-genossen ihre Vereinsmarken suchen an den Mann zu bringen, wobei denselben von einigen hier wohnenden sogenannten „Revolutionären“, nur um der Parteiorganisation zu schaden, Handlangerdienste geleistet wurden.

Die Landeskonferenz der Sozialdemokratie des Großherzogthums Hessen findet Sonntag, den 3. Dezember, Vormittags 10 Uhr, im Weischen Böschchen zu Mainz statt. Die Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt:

1. Die Organisation der Hessischen Sozialdemokratie. Referent: Landtags-Abgeordneter Müller-Darmstadt.
2. Die Sozialdemokratie und die Gemeinderaths-Wahlen. Referent Reichs- und Landtags-Abgeordneter Ulrich-Offenbach.
3. Die Stellung der Sozialdemokratie zu den Sozialkongressen der bürgerlichen Parteien. Referent Reichs- und Landtags-Abgeordneter Jost-Mainz.
4. Die Wahlen zum hessischen Landtag. Referent Landtags-Abgeordneter Gramer-Darmstadt.

Etwas für einen Seelenarzt. Ein holländischer Genosse schickt uns nachfolgende Korrespondenz, die wir unverkürzt aufnehmen, um unseren Lesern zu zeigen, wie Herr Nieuwenhuis zu Hause ausieht und spricht. Also:

Amsterdam, im 15. November Abends fand im hiesigen Versammlungslokal der Sozialisten eine Diskussion statt zwischen den Genossen Domela Nieuwenhuis und H. van Kol über das Thema: „Hat die deutsche sozialdemokratische Partei bei den letzten Wahlen (im Juni) ihren sozialdemokratischen Standpunkt verleugnet?“ Genosse van Kol verneinte dies, während Genosse Nieuwenhuis es bejahte. Beweiskräfte, welche der letztere für seine Behauptungen beibrachte, sind hauptsächlich die folgenden:

Im Distrikt Elberfeld hat der Kandidat Harm ein Wahlmanifest verbreitet, das von A bis Z von einem Radikalen, etwa G. Richter, unterschrieben hätte werden können. Derselbe Richter hätte mit diesem Programm ebenso gut als sozialdemokratischer Kandidat gewählt werden können.

Den gleichen Geist athmen mehrere Wahlmanifeste, so z. B. in Köln.

In Mecklenburg soll Dr. Hans Müller mehrere Versammlungen besucht haben und einmal einen Arbeiter gefragt: Was wollen denn noch die Sozialisten? Die Antwort lautete: Sie wollen, daß der Wein billiger wird. Von Sozialismus also keine Rede! Und dafür ist die Partei (oder Parteileitung) verantwortlich.

In einem andern Manifest hat man lesen können, daß Millionäre geächtet werden durch hohe indirekte Steuern, und nicht durch den Kapitalismus.

Speziell ist in vielen Distrikten den Wirthen geschmeichelt worden, spielen diese doch eine große Rolle in der deutschen Partei.

Mollenbühr hat seinen Wählern in Schleswig-Holstein in seinem Wahlprogramm kein Wort vom Sozialismus gesprochen. Ebenso ist man in Leipzig verfahren.

In Bremen hat man den Leuten vorgehalten, die Lösung der sozialen Frage wäre auf friedlichem, gesetzlichem Wege möglich. Ja, man hat sogar noch mit den laienhaften Wortschöpfungen geliebäugelt.

In Württemberg ist man rein demokratisch vorgegangen: da hat man den Arbeitern gesagt, daß sie die Aufgabe hätten, die letzten Reste der bürgerlichen Freiheiten zu verteidigen. —

Diese Beispiele könnten, nach Gen. Nieuwenhuis, leicht vermehrt werden. Und alles dies ist Fabrikmache aus Berlin. Man hat dort die Revolution abgeschworen. Die Partei ist völlig kleinbürgerlich geworden, hat ihren revolutionären Charakter verleugnet. Man hat den Wählern nur gesagt: die Sozialdemokraten werden gegen die Militärverlage, gegen jede Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts und gegen eine Vermehrung der Steuern stimmen. Das konnte jeder Radikale auch versprechen und war gar nicht sozialdemokratisch.

Und die sozialdemokratischen Abgeordneten waren inkonsequent gewesen, als sie gegen die Militärvorlage stimmten. Denn, hat Bebel selber nicht erklärt, für eine Ausgabe behufs Anschaffung dunkler Uniformen beim Militär zu stimmen? Warum sollte man da nicht für jede Ausgabe des Militarismus stimmen? Das wäre dann doch logisch! Nein, in Sachen des Militarismus hat die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion schon längst ihren alten Standpunkt: diesem System keinen Mann und keinen Groschen, aufgegeben, obwohl man es dann und wann wohl mal lesen kann!

Und diese Verfassung, diese Verwässerung ist eine natürliche Folge des Parlamentarismus. Das habe Singer selber mal zugegeben, wohl nicht mit diesen Worten, aber doch dem Sinne nach. Für den deutschen Sozialdemokraten ist der politische Kampf Ziel, für ihn (Domela Nieuwenhuis) nur Mittel, und der ökonomische Kampf die Hauptfrage.

Bis so weit die Argumentation des Genossen D. N. zu seiner Behauptung: die deutsche Sozialdemokratie ist kleinbürgerlich geworden, und hat speziell bei den letzten Wahlen auf die plumpe Weise „stimmen“ für ihre Kandidaten gefangen, durch Verzichtleistung auf ihren prinzipiell revolutionären Standpunkt.

Natürlich mußten die holländischen Genossen nochmals hören, daß die deutschen Delegirten auf dem Kongress in Zürich alle diejenigen herausgeworfen haben, die der ganzen Welt die jämmerliche Haltung der deutschen Partei in Deutschland zeigen konnten, um dann später den Ausländern zugurufen: Sie können unsere Verhältnisse gar nicht beurtheilen! Er (D. N.) meint dazu vollkommen im Stande zu sein, und von diesem seinem Recht wird er immer Gebrauch machen.

Nun, er hat seit Jahren „sein Recht“ benützt, um im „Recht vor Allen“ die Holländer „aufzuklären“ über die deutsche Partei.

So weit unser holländischer Genosse. Herr Nieuwenhuis hat leider vergessen, uns das Kunststück zu zeigen, wie man ein ehrlicher Mann und ein Lügner sein kann.

Im übrigen braucht unser holländischer Genosse sich mit dem Ueberfenden der Nieuwenhuis'schen — Wahrheiten nicht weiter zu bemühen — wir haben all diese „Wahrheiten“ und „Thatsachen“ schon längst vorher gehört und gelesen — Ihnen wir doch ganz nahe an der lauterer Quelle des Herrn Nieuwenhuis: an der deutschen Reaktionspresse und ihrem „unabhängigen“ Spudnapf.

Mit dem Original befaßen wir uns nicht — und der Kopie können wir nicht mit einer Widerlegung beehren — wir hängen sie bloß niedriger.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Genosse Mehger-Hamburg hat am 23. November seine fünfmonatliche Gefängnisstrafe angetreten. Bekanntlich hat derselbe sich diese Strafe zugezogen, weil er in einer öffentlichen Versammlung die Beisternschaft in hiesigen Regierungskreisen zur Sprache brachte und zu gleicher Zeit die Vermuthung auszusprechen wagte, daß, weil die lange projektirte Verbindungsbahn nach dem allgemeinen Begräbnisplatze in Ohlsdorf noch immer nicht in Angriff genommen wurde, das dazu nötige Grundeigentum sich noch nicht in den rechten Händen befände. Eigenthümlich berührt es nun fast die gesamte Bevölkerung Hamburgs, ausgenommen natürlich gewisse Kreise, daß jetzt vom Senat bei der Hamburger Bürgerchaft, zwecks Baues der Ohlsdorfer Bahn, beantragt wird, die Vändereien der Familie Sieveling anzukaufen. Die Familie Sieveling ist eine alte Patrizier- und Senatoren-Familie. Wahrscheinlich folgen noch andere Vändereinkäufe von Staatswegen nach. — Der Reichstags-Abgeordnete Wilhelm Mehger läßt nun von „rechts wegen“ seine fünf Monate Gefängnis ab. Wünschen wir, daß seine Gefangenschaft nicht darunter leide! Vielleicht kommt ihm während seiner jetzigen unfreiwilligen Ruhe die Erkenntnis, daß er sich geirrt hat und jetzt einseht, daß die betreffenden Vändereien sich doch schon in den rechten Händen befinden.

Für den Inhalt der Interzere übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 24. November.
Spernhaus. Bastien und Bastienne.
Die Entführung aus dem Serail.
Schauspielhaus. Ein Sommernachts-
traum.
Deutsches Theater. Der Weg zum
Herzen.
Berliner Theater. Dorf und Stadt.
Festung-Theater. Der Andere.
Friedrich-Wilhelmsbäd. Theater.
Der Vogelhändler.
Residenz-Theater. Die Dragoon.
Wallner-Theater. Monstre-Vor-
stellung.
Neues Theater. Jugend.
Central-Theater. Die eiserne Jung-
frau.
Adolph Ernst-Theater. Charley's
Zante. Vorher: Die Bajazi.
Viktoris-Theater. Die sieben Raben.
Alexanderplatz-Theater. Lehmann,
auf der Weltausstellung in Chicago.
National-Theater. Vor der Revo-
lution.
Theater Unter den Linden.
Die Gondoliere. Pierrot-Gavotte.
Wintergarten. Spezialitäten-Vor-
stellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-
Vorstellung.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 80.
Zum 18. Male:
Die eiserne Jungfrau.
Poffe mit Gesang in 3 Akten von
Charles Clairville.
Musik von Louis Varnay.
Sonntag, d. 26. Novbr. (Totensonntag):
Einmalige Aufführung von
Drei Paar Schuhe.
Schauspielhaus: Fr. Josephine Dora.

Wallner-Theater.

Nur noch wenige Tage Gastspiel-Cyclus
des
Eden-Theaters
Direktion: B. Schenk.
Größtes phant. Etablissement der Welt.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Mystische Vorstellung.
Persönl. Auftreten des hervorr. Sensat.-
Zauberers der Gegenwart **Direktor**
B. Schenk.
20 Nummern. Riesen-Programm.
5 Attraktionen.

Quirl des Calif. v. Bogdad, Haupt
Cagliostro, Die blüh. Camelenbäume,
Das Seelengeheimnis, Sic-Zac in der
Luft, Reise durch das Unmögliche,
Schwebende Kopf, Metamorphose im
Bagno, Die räthselhafte Luftwandlerin
Miss Edith, Schalkenbach's Geister-
Concert, Im Fluge durch die Welt,
Schönheitsgalerie.

Der Diamant-Palast.
hydr. Feerie, Galerie lebender Bilder
von 30 Damen, grandes Fontaines
lumineuses, Wasserfälle, Eisregen etc.
Nächsten u. letzten Sonntag:
Vorstellungen
Nachm. 4 Uhr, Abds. 7 1/2 Uhr.
Nachmittags kleine Preise.
Bei Parquet und Parterre-Plätzen
jeder Erwachsene
1 Kind frei!
Willet's schon jetzt an der Kasse.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 192.
Vor der Revolution.
Tragikomödie in 8 Bildern
von Carl Bleibron.
Regie: Rohde Gbeling.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der
Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgen: Muttersegen, oder Die
neue Lachon.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 Annonstr. 42/43
Täglich:
**Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.**
Francis Era am asiatisch.
Pustapparat
Arthur Valleno,
der für 11 jährige Wunderknahe.
Im vierten Stod.
Charakterbild in 1 Akt.
Entrée: Wochentags 15 Pf.
R. Winkler.

Adolph Ernst-Theater.
Charley's Zante.
Schwan in 3 Akten v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazi.
Parodistische Poffe mit Gesang in 1 Akt
v. Ed. Jacobson und Benno Jacobson.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Neu! Zwerchfollerschütternd! Neu!
Die Gründung Roms
in der Mückersstraße,
oder:
Die Rache
des
Gänserichs.
Hochkom. Burleske
von Oscar Wagner.
Parodie! Ulk! Humor!
Auftr. sämtl. Spezialitäten.
Auf. Wocht. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 1/2 Uhr.

**Passage-
Panopticum.**
50 Pf.
incl. Theater.

Etablissement
Buggenhagen.
Täglich: Gr. Instrumental-Konzert.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Spezial-Auswahl von **Bakenhofer**
Lagerbier, hell und dunkel.
An den Wochentagen findet das
Konzert in den unteren Restaurations-
räumen, Entrée 10 Pf., Sonntag in
dem oberen Saal, Entrée 25 Pf., statt.
Säle für Versammlungen, Rommerje,
Festlichkeiten etc.

Kaufmann's Variété

Stadtbahn-Station Alexanderplatz
Täglich: **Grosse**
Spezialitäten-Vorstellung
von nur Künstlern I. Ranges:
Bernhard Leitner, Athlet-Kraft-
Produkt, m. 2 Pferden, Sbarugap,
indisch, Jongleur, Brother Barretti,
Kopf auf Kopf-Equilibristen.
Hrn. Cordes, Gesangs-Humoristen.
Mr. Edgar Jones, musik. Clown.
Emmy Hoffmann's Flora-Truppe,
6 Damen, Clara Birkholz, Kostüm-
Soubrette.
Kasseneröffnung: Sonntags 5 Uhr,
Anfang 6 Uhr; Wochentags 7 Uhr,
Anfang 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
A. Zimmermann.

Gratweil'sche

Bierhallen
Kommandantenstr. 77-79.
Welt u. größt. Etablissement. Berl.
Neues Programm.
Täglich von 6 1/2 Uhr ab:
Concert d. ungarisch.
Magnaten-Kapelle
und Auftreten von
Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges.
Auf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entrée 15 Pf.,
reserviert 30 Pf. Auf. Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf., reserviert 50 Pf.
Anerkannt gute Küche.
Säle
für Festlichkeiten u. Versammlungen.
3 Regalbahnen, 6 Bill., pr. Std. 60 Pf.
Spieler zahlen kein Entrée.
Carl Koch.

"Sanssouci"

Kottbuserstr. 4a.
Jeden
Sonntag u. Donnerstag:
Stettiner
Sänger.
Anfang
Sonntags
7 Uhr.
Entrée 50 Pf.
Montag: Victoria-Brauerei.
Dienstag: Böhmisches Brauhaus.

Alcazar.
Dresdenerstr. 52/53 Annonstr. 42/43
Täglich:
**Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.**
Francis Era am asiatisch.
Pustapparat
Arthur Valleno,
der für 11 jährige Wunderknahe.
Im vierten Stod.
Charakterbild in 1 Akt.
Entrée: Wochentags 15 Pf.
R. Winkler.

Danksagung.
Hietmit sagen wir allen Verwandten
und Bekannten, sowie dem Tischler-
und Gesangsverein, insbesondere dem
Herrn Prediger Brakenhaus für die
treue Worte am Grabe und für die
zahlreiche Theilnahme an der Be-
erdigung beider verstorbenen Gebrüder
Winter unsern innigsten Dank.
3426 **Wittwe Winter**
nebst Kindern.

Freireligiöse Gemeinde.
Sonntag, Vormittags 10 1/2 Uhr,
Rosenthalerstraße 38:
Vortrag
von Herrn Dr. Bruno Wille:
Alte und neue Unsterblichkeit.
Gäste sind sehr willkommen. (417/18)

Castan's
Panopticum.
Ohne Extra-Entrée.
Die 17jährige Siamesin
„Krao“
der Uebergang vom Affen zum Menschen.

Circus Renz.
(Karlstraße.)
Sonnabend, den 23. November,
Abends 7 1/2 Uhr:
Gr. brillante Vorstellung.
U. a.: Blondel, neu dressirt und vor-
geführt vom Dir. Fr. Renz. Monstre-
Tableau von 60 Hengsten, neu dressirt
und vorgeführt vom Direktor Fr. Renz.
Cromwell und der Steiger Alop, ger.
von Fr. Oceana Renz. Prinz, geritten
von Herrn R. Renz. Das Springfeld
Blitz, geritten von Frau Renz - stark.
Gobr. Krasucki, musik. Clown. Gebr.
Frediani, weltber. Akrobat. Ferner
Auftreten sämtl. Künstler-Spezialitäten
I. Ranges. Zum Schluss:
Schubigungsgruß an Berlin.
Gr. Paradezug m. Festspielen, Aufzügen,
Solo- u. Ensembletänzen von 80 Damen.
Preise der Plätze: Num. Vorder-
Logen 5 M., Num. Hinter-Logen 4 M.,
alle übrigen Plätze wie sonst.
Sonntag: Grosse außerordentliche
Vorstellung.
Fr. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann,
Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstraße.
Sonnabend, den 23. November,
Abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Elite-Vorstellung.
Aus dem reichhaltigen Programm
ist besonders hervorzuheben: Hippolog,
Potpourri mit 6 Pferden, Orig. Dressur
des Herrn Max Schumann, 2 Athleten
zu Pferde, Postillon, Trapezisten, Rapp-
hengst, in allen Gangarten der hohen
Schule geritten von Adde Schumann.
Walküren-Quadrille, ger. von 16 Damen.
Auftreten des weltberühmten Original-
Clown William Olschansky mit seinen
dressirten Katzen und Ratten. Mlle.
Jeanette, Reitkünstlerin. The Eugene
Troupe, Akrobaten. Damen-Jockey
Miss Oxford. New Marquet, englisches
Vollobst, in der Compagne-Schule ge-
ritten von Herrn Max Schumann etc.
Sonntag, den 26. November, Abends
7 1/2 Uhr: Große Vorstellung.
Hochachtungsvoll und ergebentl.
G. Schumann, Direktor.

Präuser's MUSEUM
anatomisches
Friedrichstraße 65a, Ecke Mohrenstraße
darunter der
Viel Neues, Schulkanal der
Kugeln des
deutschen Militär's, fünf Körper
gehend durch
Geöffnet von früh 9-10 Uhr Abends
für erwachsene Herren.
Dienstag u. Freitag: Damentag.
Entrée 50 Pfg.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L
am tiefsten Preise wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste
Preise! Sämtliche im Handel
befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Als anerkannt reelle und thät-
sächlich billigste Einkaufsquelle
des Süd-Ostens für
Gold-, Silber-,
Alfenidwaaren (Eig. Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

**Verband der im Bergolder-
und verwandten Gewerben etc.**
(Filiale Berlin).
Monats-Versammlung
am Montag, 27. Novbr., Abds.
8 1/2 Uhr, bei Schreyer, Inselstr. 10.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen H. Hoff-
mann über: „Das moderne Raub-
ritterthum“. 2. Diskussion. 3. Gewer-
schaftliches und Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
356/3 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
(Zahlstelle Rixdorf).
Sonntag, 26. Novbr., Vormitt.
11 Uhr, im Lokale des Herrn
Hoffmann, Bergstr. 133:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Timm
über: „Die Preisfester der modernen
Arbeiterklasse“. 2. Diskussion. 3. Er-
gänzungswahl des Bevollmächtigten und
Vereinsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
431/8 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung!
Die Zahlstelle der Zentral-Kranken-
u. Sterbefälle der Tapezire be-
findet sich beim Genossen Schurich,
Weberstr. 40c. Beiträge nimmt ent-
gegen jeden Sonnabend von 8-10 Uhr
5185 **Paul Wachsen.**

Jede Uhr
repariren u. reinigen koste-
los bei mir unter Garantie des
Ausgehens nur 1,50 M.,
über Bruch, keine Re-
paraturen billiger. Großes
Lager neuer u. gebrauchter
Taschuhren, Regulatoren u. Wecker etc.
Alle Arten Ketten, sowie Brillen und
Pincenez. 38882
Carl Lux, 34. Chausseestr. 34.
Bitte genau auf No. 34 zu achten.
50% unt. Ladenpr. läuft man Uhren
Goldsachen, Brillanten etc. im
Leihhaus H. Graf, Beuthstr. 5, 1.

Sozialdemokr. Agitationsverein f. Arnswalde-Friedeberg.
Sonntag, den 26. November, Abends 7 1/2 Uhr:
Große Versammlung mit Frauen
im Lokale des Herrn Seehausen, Sandbergerstr. 81.
Tagesordnung:
1. Vortrag. Ref. Frau Graefenberg. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein.** Gäste
willkommen. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
427/10 **Der Vorstand.**

Achtung! Weissensee. Achtung!
Sonntag, den 26. November, Nachmittags 3 Uhr:
Sozialdemokr. Partei-Versammlung
im „Prälaten“, König-Chaussee, Lehderstraßen-Ecke.
Tagesordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über den Kölner Parteitag. 2. Bericht
der Vertrauensperson. 3. Wahl von Revisoren. 4. Neuwahl der Vertrauens-
person. 5. Berichterstattung und Neuwahl der Lokalkommission.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Genossen,
in dieser Versammlung zu erscheinen.
339/10 **Die Vertrauensperson.**

Arbeitslosen-Versammlung
der Maler, Lackirer und Anstreicher
am Mittwoch Vormittag 10 Uhr,
bei Gratweil's, Kommandantenstr. Nr. 77-79.
Tagesordnung:
Die Ursachen der Arbeitslosigkeit. Referent Th. v. Wichter. Diskussion.
Der Einberufer.
235/3

Berein der in den Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und
Arbeiterinnen Berlins und Umgegend.
Montag, den 27. November cr., Abends präzis 7 Uhr,
in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße Nr. 20:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Unsere Stellung zur Gewerkschaftsdebatte. (Referent wird in der
Versammlung bekannt gemacht.) 2. Diskussion. 3. Kassenericht und Bericht
der Revisoren. 4. Vereinskassenerichtungen. 5. Verschiedenes. 364b
Die geehrten Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu er-
scheinen.
Der Vorstand.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.
General-Versammlung
am Montag, den 27. November cr., Abends 8 Uhr,
bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a.
Tages-Ordnung:
1. Wahl des gesammten Vorstandes. 2. Wahl der Werkstatt-Kontroll-
kommission. 3. Erklärung über den vorigen Vortrag resp. das Experiment
mit Kollegen Haupt. 4. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. 253/19
Mitgliedsbuch legitimirt.
Der Kollege Haupt ist zu dieser Versammlung hierdurch speziell ein-
geladen. — Die Versammlung wird pünktlich 8 1/2 Uhr eröffnet. — Mit-
glieder werden ausgenommen.
Der Vorstand.

Gesucht!
werden von uns folgende Jahrgänge der
„Neuen Zeit“ 1884, 1888, 1890.
Mehrere Exemplare
Leipziger Hochverraths-Projek.
Gest. Offerten mit Preisangabe sind
zu richten an den 415/8
Verlag des „Vorwärts“
Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Am Sonnabend, den 18. d. M., ist
bei Meist das Protokollbuch des
Frauen- und Mädchen-Bildungsver-
eins verloren gegangen und wird der
Finder gebeten, dasselbe bei der
Schriftführerin Frau Klante, Brangel-
straße 76, oder bei Zipfle, Markus-
straße 14, abzugeben. 412/17

Gesund in's Irrenhaus.
Höchst sensationelle Broschüre.
Ein Beitrag zur Beleuchtung der
sächsischen Gerichtsverf. v.
von F. W. Krumbiegel.
Zu beziehen durch Louis Engelmann,
Brauhausstr. 17.
Preis 30 Pfennig. Bei
Entnahme von 100 Exemplaren
hoher Rabatt. 356b

Cigarren, Cigaretten und
Tabake
von **C. Wokdorf,**
Berlin S., Wasserthorstr. 20,
nahe der Prinzenstraße.
Ersuche die Genossen bei Einkauf
ihres Bedarfs an Weihnacht-Präsen-
tationscigaretten u. f. w. mich gütlich zu be-
rücksichtigen. 340b D. D.

Allen Freunden und Bekannten zur
Nachricht, daß ich **Oranienstr. 184**
einen 51932
Bakenhofer 4/10 Ausbäuer
eröffnet habe und bitte um gütigen
Zuspruch.
Hermann Aepler.

5 3/4 Pfund ausgebackenes Brot von
1/4 reinem, bestem Roggenmehl mit
Kontrollmarke bekommt man, wegen
Erparung der Ladenmiete, in der
Brotbäckerei
Pfeiffer, Brunnenstraße 161, an der
Anhalterstr., Hof im Backhaus.
Früher Filiale der Genossenschaft.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 23. November 1893, 1 Uhr. Am Bundesrathstische: Graf v. Caprivi, v. Bötticher, v. Marschall, v. Heyden.

Die erste Berathung der Handelsverträge mit Rumänien, Spanien und Serbien wird fortgesetzt.

Abg. Paasche (nl.) spricht seine Befriedigung darüber aus, daß die Verträge in eine Kommission verwiesen werden sollen. Auch er wünsche nicht, daß ein Vertrag angenommen werde, der die Landwirtschaft schädige, ohne der Industrie Nutzen zu bringen; er glaube aber gerade, daß die vorliegenden Verträge der Landwirtschaft keine neuen Lasten auferlegen, dagegen der Industrie Vortheil bringen. Redner wendet sich dann gegen das Flugblatt des Bundes der Landwirthe, über welches gestern schon mehrfach gesprochen ist. Es thut ihm leid, daß eine gute Sache mit solchen Waffen verteidigt werde. Wenn ein verschuldeter Großgrundbesitzer von seinem Besitzthum gehen muß, so ist das kein nationales Unglück, wenn der betreffende seine landwirtschaftlichen Vorstudien vielleicht nur durchgemacht hat auf der Reitschule in Hannover, auch dann nicht, wenn er ein erfahrener Landwirth ist, trotzdem ich die soziale Bedeutung des angefallenen Grundbesitzes nicht verkenne. Aber es handelt sich nicht um die Großgrundbesitzer allein, sondern um die gesammte Landwirtschaft, für die ich nicht ein Recht auf Rente, aber ein Recht auf Existenz überhaupt verlange. Der Bauernstand ist das Rückgrat des Staatslebens und bei ihm kann man nicht sagen, daß irgend ein anderer an seine Stelle treten kann, wie bei den Großgrundbesitzern. Die kleinen Landwirthe müssen geschützt werden. Aber die Ueberreibungen des Bundes der Landwirthe mit den übermäßigen Angriffen auf die Regierung, mit ihrem Mißbrauch der statistischen Zahlen kann ich nicht billigen. Der Regierung wird ein Vorwurf daraus gemacht, daß sie für den Branntwein bei Spanien nicht durchgesetzt hat. (Widerspruch rechts.) Dieser Vorwurf ist durchaus unberechtigt, denn durch die Gesetzgebung Spaniens ist die dortige Regierung nicht im Stande, uns Konzessionen zu machen, weil dort Spirit nicht eingeführt werden darf, der aus Kartoffeln hergestellt ist. Der Zoll, der jetzt seit 1892 auf 3,50 M. festgesetzt ist, wird durch die Verträge nicht geändert; wenn wir den Weizen nicht aus Rumänien bekommen, bekommen wir ihn aus Amerika über England. Ein Vortheil für die Landwirtschaft besteht also nicht, wenn wir gegenüber Rumänien den Zoll von 5 M. aufrechterhalten. Weil die Verträge aber der Industrie großen Nutzen bringen, deshalb nähern sie auch indirekt der Landwirtschaft (Widerspruch rechts). Deswegen sehe ich auch nicht so trübe in die Zukunft, wie Graf Kanitz (Zuruf rechts: Sie sind auch kein Landwirth!). Ich habe zuerst als Landwirth mein Brot gegessen (Hört! links) und bin nachher Professor für Volkswirtschaft geworden und halte es immer noch für meine Aufgabe, mich um die Verhältnisse der Landwirtschaft zu kümmern. Ich habe auch Studien in Amerika gemacht und weiß, daß die Farmer nicht mehr bloß ihren Weizen auf den Prairienboden ausstreuen und ernten können; es ist auch schon jetzt intensive Arbeit nötig, welche Geld kostet und die Preise verteuert. Ich will nicht unter allen Umständen Handelsverträge schließen. Bezüglich Rußlands liegt die Sache anders als gegenüber Rumänien und Serbien; Rußland hat eine schlechtere Währung als Rumänien. Redner empfiehlt eine gründliche Kommissionsberathung.

Abg. v. Plösch (d.) wendet sich namentlich gegen die Ausführungen Aldert's über den Bund der Landwirthe. Es wird behauptet, daß er nur agitire und die Bauern ausbeute; von anderer Seite aber wird dem Bund der Landwirthe z. B. zum Vorwurf gemacht, daß er nicht gegen die Weinsteuer antreite, die noch gar nicht auf der Tagesordnung stehe. (Weiterkeit links.) Herr Aldert bemängelt die statistische Angabe über die Einfuhr aus Spanien, welche lediglich den amtlichen Veröffentlichungen des statistischen Amtes des Reichs entnommen ist. Von Herrn Paasche hätte ich nur gewünscht, daß er seine Rede vor den Wahlen gehalten hätte. (Zuruf des Abg. Paasche: Das habe ich!) Früher fand er ganz anders zum Bund der Landwirthe. Herr v. Marschall hat ebenfalls seine Angriffe gegen den Bund der Landwirthe gerichtet; aber er hat unrecht, wenn er meint, daß wir den Zustand schlimmer machen, als er ist. So schlimm, wie er ist, haben wir es noch niemals gemacht. Ein Tropfen bringt es zum Ueberlaufen. Wenn dem Bauern am Neujahrstage ein Goldstück zur Bezahlung der Zinsen fehlt, so kann das sein Ruin sein. Daß manchmal scharfe Worte fallen, gebe ich zu; aber mit sanfteren Worten ist so etwas nicht zu machen. Industrie und Landwirtschaft haben gemeinschaftliche Interessen, beide sind aber belastet durch die hohen Eöhne und die sozialpolitischen Gesetze. Die letzteren haben wir mitgemacht, aber um so mehr müssen wir uns sträuben, daß die Landwirtschaft weiter belastet wird. Ein weiterer Uebelstand ist die Goldwährung, welche den Volksschatz illusorisch macht. Die Regierung hat durch die Handelsverträge von 1892 die Gemeinwohltheil der Interessen durchbrochen, indem die Industrie beginnend wurde auf Kosten der Landwirtschaft. Wenn es der Industrie gut geht, so freuen wir uns, aber der Landwirtschaft wird dadurch kein direkter Nutzen zugeführt. Von den Handelsverträgen haben schließlich nur die Sozialdemokraten Vortheil, die mit drohendem Schritt in die Dörfer einziehen werden, wenn die Bauern zur Verzweiflung gebracht sind. Man soll doch nicht von den kleinen Handelsverträgen sprechen. Wenn man den Vertrag mit Rumänien und Spanien angenommen hat, dann wird es heißen: nun könnt ihr dem Zoll auf russisches Getreide auch nicht widersprechen. Wenn dieser aber angenommen wird, dann wird Deutschland mit russischem Getreide überschwemmt, und der Bauer kann sein bißchen Getreide gar nicht loswerden. (Zustimmung rechts.)

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Das Leitmotiv der gestrigen Rede des Grafen Limburg-Sturum und der heutigen Rede des Vorredners war ein Angriff gegen mich; denn ich halte mich für berechtigt, die Angriffe auf die Reichsregierung auf mich zu beziehen, weil seit Monaten schon in der Presse, die dem Grafen Limburg und dem Vorredner nahe steht, ein gefährlicher Kampf gegen meine Person geführt wird. Herr v. Plösch behauptet, daß das Vertrauen zur Reichsregierung verloren gegangen sei. Ich glaube nicht, daß man mehr zu Gunsten der Landwirtschaft sagen kann, als ich im Dezember 1891 gesagt habe, und es hat mich überrascht, daß Graf Limburg sich für berechtigt hielt, anzunehmen, daß jetzt das Gegenheil der Fall ist. Auch als preussischer Ministerpräsident habe ich Ihnen keinen Grund zur Klage gegeben. Das Rentengüter-Gesetz trägt meine Unterschrift. Es ist wahrscheinlich der größte und folgenschwerste Schritt für die Landwirthe, der seit langem gemacht worden ist, auf dem Wege eine leistungsfähige Bauernschaft, einen landlichen Mittelstand zu erhalten. Ich wiederhole auch an dieser Stelle, daß ich den Werth der Landwirtschaft hochschätze. Sie giebt uns eine relativ gesunde, geistig und körperlich gesunde Bevölkerung, festere Charaktere und brauchbarere Soldaten als die Städte. Schon aus militärischen Gründen muß und viel an einer Ertrag bringenden Landwirtschaft liegen. Wenn ein Staat sich nicht mehr durch eigenen Körnerbau ernähren kann, so können ihm die

vereinigten Nachbarn leicht die Zufuhr im Kriege abschneiden. Es ist denkbar, daß ein Staat, ohne daß ein Schuß fiel, ausgehungert würde. (Sehr richtig! rechts.) Ich freue mich, daß Sie mir zustimmen (Weiterkeit rechts), aber warum haben Sie mich denn angegriffen? Ich habe niemals anders gedacht, und doch bin auf das Schärfste von Ihrer Seite angegriffen worden. Ich habe auch schon früher ausgeführt, daß jeder ländliche Besitzwechsel mit einer Ausfäugung und Verschlechterung des Bodens verbunden ist. Ich erkenne auch mit Ihnen an, daß die Familien, die seit langem bei uns im Grundbesitz sich befinden, von hohem Werth für den Staat gewesen sind, und daß kein Staatsmann es würde verantworten können, leichtfertig und so lange er Hilfe bringen kann, diese Familien vom Grund und Boden scheiden zu sehen. Wenn Opfer verlangt worden sind, so ist das nur geschehen, wenn ich im Innersten davon überzeugt war, daß dies Opfer notwendig war, nicht nur im Interesse der Allgemeinheit, sondern gerade auch im Interesse der Landwirtschaft und ihrer Aufrechterhaltung. Daß auch andere Männer meiner Ansicht sind, dafür berufe ich mich auf einen Bericht an den Fürsten Bismarck aus dem Jahre 1887 über den Antrag, einen Getreidezoll von 8 M. einzuführen. In dem Bericht heißt es, daß Ueberreibungen sich selbst rächen, daß ein solches Verlangen nur durch demagogische Aufhetereien entstanden sein könne. Der Bericht ist gezeichnet von dem Grafen Udo Stolberg und dem Freiherrn v. Mirbach. (Weiterkeit.) Ich habe es für sehr verständlich und gut gehalten, daß die Landwirthe sich zu einem Bunde zusammenschloßen. Die Weise, wie dieser Bund zusammentrat, ist mir nicht gerade sehr sympathisch gewesen; aber ich glaube, daß auf dem Boden der Landwirtschaft durch genossenschaftliches Zusammenhelfen, sehr viel gemacht werden kann; es ist mir nur zweifelhaft, ob diese Frage durch die großen Massen gelöst werden kann, ob dabei nicht doch etwas grüner Tisch mitwirken muß. Wenn ich den Bund der Landwirthe auch an sich für gut halte, so muß ich doch auf die Bedenken hinweisen, welche sein Gebahren hervorgerufen hat. Diese Bedenken sind eine notwendige Folge davon, daß er sich an die Massen wendet. Er ist arm an schöpferischen Ideen; es fehlt der geistige Inhalt; man hatte nur das Gefühl, es geht uns schlecht, man war sich aber darüber nicht klar, was geschehen soll. Herr von Plösch hat zugegeben, daß der Bund agitatorisch auftrat; das muß er ja, wenn er sich auf die großen Massen stützen will. Daß damit nicht eine Vertiefung der Idee verbunden ist, ist eigentlich selbstverständlich. Es liegt aber auch die Gefahr nahe, daß die Agitation nicht mit den konservativen Prinzipien verträglich ist. Man sprach früher von Autoritäten und nicht von Majoritäten; jetzt unter dem allgemeinen Wahlrecht freilich hat man es umgekehrt. Wenn die wirtschaftliche Lage agitatorisch beleuchtet wird, so wird der Egoismus gegenüber dem Staate gefördert; das Interesse der Allgemeinheit tritt zurück gegenüber dem Interesse der Einzelnen, der noch egoistischer wird, wenn er innerhalb einer Genossenschaft steht. Man sagt von mir, ich habe keinen Kr und keinen Palm. (Zuruf: Leider!) Wenn ich nun einen Kr hätte so verächtlich, wie die Herren es schildern, glauben Sie, daß ich dann ein vertrauenswürdiges Reichskanzler wäre? Wenn die Rede aber bedeutet, ich hätte keine Kenntnis der Landwirtschaft, so möchte ich doch bemerken, die Herren hier haben ihre Kenntnis der Landwirtschaft doch auch nicht alle dadurch erworben, daß sie selbst den Dreifüßler in die Hand genommen. Wenn man dagegen sagen will, ich wäre nicht interessiert an der Landwirtschaft (Widerspruch rechts), wie tief wären wir gesunken, wenn Reichsbeamte sich dadurch beeinflussen lassen wollten. Wenn auch Männer sich der Agitation angeschlossen haben, um sie in gewissen Grenzen zu haben, so geht doch die Agitation darüber weit hinaus. Die Agitation ist zum Schreckensgrad und der Egoismus zum Motor der Bewegung gemacht; wo das aufhören wird, ist nicht abzusehen. Die Landwirtschaft wird aus dem Staatsleben herausgenommen und isolirt; es wird gegen die Industrie losgezogen. (Zuruf rechts: absolut nicht!) Es wird gesagt: Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt. Der Satz war einmal richtig, als wir ein Exportland für landwirtschaftliche Produkte waren. Die Frage, ob die Industrie der Landwirtschaft vorgehe, ist eine Etiquettenfrage; der Staat kann ohne die beiden nicht existieren, der Schaden des einen ist auch der Schaden des andern. Aber man will immer die Landwirtschaft in den Vordergrund stellen. (Zuruf: Nein!) Ich könnte Ihnen aus der heutigen „Kreuz-Zeitung“ einen Beweis dafür erbringen; ich freue mich aber, daß nicht alle dieser Ansicht sind. Eine Eingabe der pommerischen ökonomischen Gesellschaft sprach von den enormen Verlusten der deutschen Landwirtschaft durch die Maul- und Klauenseuche und führte dieselbe zurück auf die Freigabe der Grenze, und dabei sind nur einzelne Einfuhrstellen bezeichnet, an denen unter staatlicher Aufsicht Vieh eingeführt werden kann, und an diesen Stellen ist kein einziger Seuchenfall vorgekommen. Ich bin in der Lage, nachzuweisen, daß die Maul- und Klauenseuche 1892 nicht bloß bei uns, sondern auch anderwärts bestand, daß sie jetzt sehr erheblich zurückgegangen ist. Jedenfalls ist der österreichische Handelsvertrag daran nicht schuld, auch das Seuchenabkommen nicht, welches erst 1893 in Kraft getreten ist. Der Reichskanzler führt eine Reihe von Zahlen an über die Seuchenfälle und auch über den Import von Vieh und Fleisch und folgert, daß die Handelsverträge einen Schaden für die Landwirtschaft nicht mit sich gebracht haben. Die Landwirtschaft frant an der Verschuldung; nicht daß dieselbe durch die Schuld der Besitzer hervorgerufen ist (Zuruf des Abgeordneten Singer: O ja!); es wird den Landwirthen schwer, die Zinsen aufzubringen. Die Landwirtschaft leidet ferner unter dem Erstehen eines Weltmarktes, der durch Eisenbahn und Dampfschiffe entstanden ist, und unter dem Arbeitsmangel. Was kann die Regierung, die man in landwirtschaftlichen Dingen theils als böswillig, theils als „unfähig“ hinstellt, gegenüber diesem tiefliegenden chronischen Uebel thun? Kann sie die Verschuldung aufheben oder die Eisenbahn und Dampfschiffe abschaffen oder die Arbeiter an die Scholle heften? Man sagt sehr leicht, das Kreditrecht und das Agrarrecht ändern; aber dazu sind jahrzehntelange Arbeiten erforderlich. So sehr Sie auch nun auf mich gescholten haben und noch weiter schelten werden, werde ich mich in meinem Bestreben, für die Interessen der Landwirtschaft einzutreten, nicht erschüttern lassen; ich werde fortfahren das zu thun, was im Vermögen der verbündeten Regierungen liegt und was sie nach ihrer Ueberzeugung für zweckmäßig halten. (Zustimmung links.)

Abg. Schwentke (Soz.): Die Herren auf der Rechten behaupten, die Handelsverträge würden auf Kosten der Landwirthe geschlossen, die bisherige Schutzpolitik ist aber auf Kosten der arbeitenden Klassen getrieben worden. Der Staatssekretär v. Marschall hat gestern seine besten Argumente für die Handelsverträge aus der Schatzkammer der freibühlerischen Opposition hergenommen. Hätte er in früheren Jahren mit diesen Argumenten operirt, wäre er als Reichsfeind in die Volkschludt geworfen worden. Unsere Zeit kennzeichnet vor allem der Fiskalismus, wie er uns jetzt wieder bei der Deckung der Militärkosten entgegentritt, und der Feudalismus, der Rentenversicherung der großen Landwirthe, die Sie durch die Begründung des Schutzoll-Systems beschloßen haben. Bei dem Schutzoll-System könnte Deutschland nicht länger bestehen bleiben,

da wir auf den Weltmarkt und auf die Ausfuhr angewiesen sind. Je stärker die Schutzölle auf die notwendigen Lebensmittel drücken und die Arbeitslöhne steigern, umso mehr verliert unsere Industrie ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Aus diesen rein bürgerlichen Interessen ist die Regierung zur Befestigung des Schutzoll-Systems und zum Uebergang zur Vertragspolitik gezwungen. Sonst zogen Industrie und Landwirtschaft gemeinsam am Stränge des Schutzolls, wir werden es aber wohl noch erleben, daß die Herren Limburg und Paasche die Klagen kreuzen und von der Tribüne des Reichstags herab gedonnert wird gegen die Raubritter, die hinter dem Schornstein sitzen. Die Gegner der Vertragspolitik klagen über die schlechte Behandlung des deutschen Sprits in spanischen Handelsvertrag. Allerdings hat der deutsche Spiritus auf dem spanischen Markte eine große Rolle gespielt. Infolge des Auftretens der Rebland 1876 war Frankreich nämlich gezwungen, zu einem immer größeren Procentfuß billige Rothweine, wie sie Spanien produziert, von dort zu importiren, und diese Weine versetzte Spanien mit deutschem Spirit. Außerdem fand der deutsche Spirit zur Kunstwein-Fabrikation in Spanien Verwendung. Das war eine Zeit lang ein sehr lukratives Geschäft, bis durch Zollmaßregeln der französischen Regierung der Bezug von deutschem Spirit gesperrt wurde. So ging die Spiritusausfuhr nach Spanien bis auf 46 Tonnen in den ersten 8 Monaten dieses Jahres zurück. Im Interesse der sozialen Verhältnisse begrüße ich diesen Rückgang, denn der deutsche Spirit verbreitet den Fasel nicht nur im Inlande, sondern hat auch dazu gedient, international die Getränke zu vergiften und die spanische Volksmasse mit aus deutschem Spirit hergestellten Schnaps zu beglücken. Die Herren, die sich immer als Träger der Gerechtigkeit aufspielen, sollten also diese deutsche Spiritausfuhr nicht begünstigen. Auf der rechten Seite ist man hauptsächlich gegen den Vertrag mit Rumänien. Diese Herren, die den Patriotismus in Erbpacht haben, sollten doch bedenken, daß Rußland keinen schlimmeren wirtschaftlichen Gegner hat als Rumänien, und daß wir uns mit diesem Lande gut stellen müssen, wie es durch den Handelsvertrag geschieht. Daß die Jölle trotz der Verträge noch zu hoch sind, verdanken wir der deutschen Schutzollpolitik, welche die andern Länder zu Gegenmaßregeln gezwungen hat. Der gestrige Vorstoß der Konservativen war im Grunde nur ein Wieder zur Nachrüstung ihres Angriffs gegen den russischen Handelsvertrag. Was es mit den „armen Bauern“ des Grafen Kanitz für eine Verwandtschaft hat, zeigt die Statistik. Redner zitiert die betreffenden Zahlen, aus denen hervorgeht, daß der Großgrundbesitz, der Adel und der Latifundienbesitz in den sieben östlichen Provinzen den Löwenantheil an dem Grundbesitz und seinem Gewinn haben. Unter den Standesherrn seien nur genannt Fürst von Hohenlohe-Öringen, Graf zu Dobna-Schlobien und Graf Mirbach-Sorquitten. So sehen die „armen Bauern“ des Ostens aus. Es sind aber auch „verschämte“ Arme, welche die Brenner-Liebesgabe als Rente gern einstreichen, aber ihren Beamten das Odium der Liebesgabe dadurch aufbürden, daß sie diesen ihre Brennereien zur Verwaltung übergeben. Der Schutz des Bauernthums ist nur der Vorwand, um die Bestrebungen des Junkertums zu decken, seine Begehrlichkeit zu maskiren. Die Agrarier brauchen die Jölle zur Erhaltung ihrer privilegierten Stellung, ihrer Machtstellung, die ihnen nach der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung überhaupt nicht mehr zukommt. Die Jölle und Steuern drücken gerade den kleinen Unternehmer und Bauer um so mehr, als derselbe im Gegensatz zu Amerika von dem maschinellen Betriebe nur einen verschwindenden Gebrauch macht. Wenn Sie (nach rechts) glauben, daß das deutsche Volk ein Interesse an der Erhaltung Ihrer Sonderstellung hat, so irren Sie sich. Der „soziale und ethische Werth“ des Junkertums gilt uns keinen Pfifferling. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Er bedeutet, daß das Junkertum die Bevölkerung politisch knechtet, wirtschaftlich auspowert und durch Liebesgaben und Jölle noch weiter ausnützt (Weifall bei den Sozialdemokraten). Die Agrarier im Osten sind die Stütze des heutigen Polizeistaats und seiner Privilegien. Aus diesen Junkerbezirken rekrutirt sich der Kern des Offizierskorps, der Stamm der Bureaucratie und der „strammen“ Unteroffiziere und der Grundstock der braven Soldaten, die noch ihr Vaterland beten. Glauben Sie, daß wir ein Interesse haben, eine solche soziale Einrichtung zu erhalten? Der Untergang des Junkertums bedeutet im Gegentheil für den Kulturfortschritt einen ungeheuren, dauernden Gewinn. Ich leugne nicht, daß die Landwirtschaft verschuldet ist, und daß der Kleinbesitz seinem Untergang entgegengeht. Der Reichskanzler hat sich mit Herrn v. Mommsen darüber unterhalten, ob die Großgrundbesitzer ihre Hypothekenzinsen zahlen können. Wie aber Tausende von Arbeitern ihren schuldigen Mietzins zahlen und ob sie nun Unterhaltungen des Staates erhalten sollen, darüber hat er uns nichts erzählt (Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Hat freilich ein großer Pächter abgehauert, dann verpflichtet ihn der preussische Landwirtschafts-Minister einen Pacht-nachlaß. Und giebt es denn kein subjektives Verschulden. Hören Sie, was der gemeine Mann sagt: die Väter erzählten uns von der Noth der Landwirtschaft und die Söhne verspielen in einer Nacht Zehntausende beim Malao und Roulette mit dem ollen ehrlichen Seemann. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung wird wohl über übel den Weg der Handelsverträge fortwandeln müssen. Ich habe deshalb im Auftrage meiner Fraktion zu erklären, daß wir für die Handelsverträge stimmen werden. Eine Kommissionsberathung halten wir für überflüssig und unnütz. Herr Lieber erwartet von einer Kommissionsberathung noch „weitere Aufschlüsse“. Nun wohl, so beantrage er, die Handelsgesetze an die Jesuitengesetz-Kommission zu verweisen (Weiterkeit). Die do ut des-Politik liegt ja im System des Zentrums, und wenn Paris eine Messe werth ist, dann ist das Jesuitengesetz doch wohl auch die Handelsverträge werth. Den Konservativen ist schon vor den kleinen Bauern bange geworden, darum stellen sie auch Bauern als Kandidaten für den Reichstag und Landtag auf. Die Unzuverlässigkeit greift immer mehr um sich und der Antisemitismus gräbt Ihnen bereits das Wasser ab. Nun, der Antisemitismus ist ein vortrefflicher Minister. Aber auf den großen Klotz des Antisemitismus sehen wir den größeren Keil des Sozialismus, der die Demagogie die Demokratie. Wer A sagt muß auch B sagen und im politischen ABC folgt auf Altkowart Bebel. (Weifall und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Stumm (Rp.): Ich habe dabei selbst mitgewirkt und kann bezeugen, daß die deutschen Schutzölle damit begünstigt wurden, daß die andern Staaten ebenfalls hohe Schutzölle hätten und daß wir uns ein Kompensationsobjekt anderen Staaten gegenüber verschaffen könnten. Ich habe immer die Ansicht vertreten und werde diese Ansicht Zeit meines Lebens festhalten, daß es sich in erster Linie um den inländischen Markt handelt, daß die Interessen der Industrie und der Landwirtschaft vollständig gemeinschaftlich sind, und daß diejenigen Punkte, wo die Gemeinsamkeit aufhört, zurückgestellt werden müssen. Nicht Industrie und Landwirtschaft stehen sich gegenüber, sondern die großen Städte sind der gemeinsame Feind der Industrie und der Landwirtschaft (Weifall rechts), und ich würde nichts billigen, was der Landwirtschaft schadet, auch wenn es der Industrie nützen sollte. Ich habe 1879 gegenüber dem Vorschlag

der Regierung den Getreidezoll von 50 Pf. auf 1 M. erhöht und würde bereit sein, den Zoll auf 6 M. zu erhöhen. Aber der Vorschlag des Grafen v. Kanitz, den österreichischen Handelsvertrag aufzuheben und zu dem 5 Mark-Zoll zurückzuführen, ist doch unüberwindlich; er ist auch wohl nicht ganz ernsthaft gemeint. Auf die Agitation des Bundes der Landwirthe will ich nicht eingehen. Wenn die indifferenten Elemente durch die Agitation zum Agrarierthum befehrt sind, so könnte sich als Gegenstück auch eine Antiformal-Bewegung herausbilden, welche auch die Regierung angreift, sobald überhaupt erst ein Keil zwischen Industrie und Landwirtschaft getrieben ist. In bezug auf die Währungsfrage gehe ich nicht so weit wie mein Freund Kardorff. Es wird vielleicht erwogen werden müssen, ob nicht vielleicht in jedem Staate ein gewisses Maß von Silbergeld vorhanden sein muß, um dadurch den Silberpreis zu heben. In bezug auf die Spiritusfuhr nach Spanien habe ich in Spanien selbst mich erkundigt und von allen Seiten die Auskunft erhalten, daß kein Regierungssystem denkbar ist, welches auf diesem Gebiete Konzeptionen machen kann. Rumänien gegenüber ist der Getreidezoll nicht unter den Satz von 1892 herabgesetzt; ein Ausfall ist also durchaus nicht zu besorgen. Dagegen sind die Industriezölle von seitens Rumäniens herabgesetzt. Herrn Baasche gegenüber will ich noch bemerken, daß ich kein Kilogramm spanischer Erze bezogen habe. Von Rumänien hat die deutsche Landwirtschaft nichts zu befürchten. Anders liegt es aber bezüglich Rußlands, welches der größte Roggenproduzent ist, während Deutschland am meisten Roggen konsumiert. Das kann bedenklich werden.

Abg. Richter: Wenn die großen Städte nicht wären, wo wäre da der Absatz der Landwirtschaft nicht bloß an Getreide, sondern auch an Butter, Fleisch und Gemüse! Wie kann man einen Unterschied machen zwischen den großen Städten und den andern industriellen Bezirken. Obgleich die Werke des Herrn v. Stumm in einer Gegend mit kleinen Städten liegen, so bleiben die Verhältnisse doch dieselben. Wo bliebe die Vermehrung der Bevölkerung, wenn sie auf das platte Land allein angewiesen wäre; das Proletariat würde sehr viel größer sein, namentlich wo die Besitzverhältnisse so gebunden sind, daß es für den kleinen Mann schwer ist, ein Stück Land zu erwerben. Die Auswanderung der ländlichen Bevölkerung würde noch größer sein als jetzt. Die künstliche Züchtung der Eisenindustrie im Westen hat zur Benachteiligung des Ostens geführt und deshalb bin ich immer ein Gegner der Eisenzölle. Uebrigens ist die Solidarität zwischen Industrie und Landwirtschaft noch garnicht so alt, wie Herr von Stumm es darstellt. Wir sind für die Handelsverträge sans phrase und halten die Kommissionsberatung für eine Zeitvergeudung. Von dem Ausfall von Zöllen hat man gesprochen; ich wünsche aber nicht, daß diese Auslassungen benutzt werden zu Gunsten der neuen Steuerentwürfe. Der Steueranfall beträgt, wenn eine Mehreinfuhr nirgend eintritt, 36 Millionen Mark. Wir haben uns in der Militärkommission darüber eingehend unterhalten und dabei ist festgestellt worden, daß die Getreidezölle in sich die Natur haben, zu wachsen, weil die Bevölkerung um 500 000 Köpfe jährlich zunimmt, deren Ernährung die deutsche Landwirtschaft nicht beschaffen kann (Widerspruch rechts). So ergibt sich eine Steigerung der Zolleinnahmen aus ganz natürlichen Gründen. Dadurch wird der Ausfall ausgeglichen, auch wenn sich 1892-93 scheinbar ein Rückgang zeigt, weil die Ernte von 1891/92 eine sehr schlechte war und eine größere Einfuhr mit sich brachte. Die niedrigen Getreidepreise sind nicht eine Folge der Handelsvertragspolitik, denn noch niemals ist so wenig Getreide eingeführt worden als jetzt, wo wir beinahe mit der deutschen Produktion an Roggen und Weizen ausgekommen sind. Wenn Sie (rechts) jemand anfragen wollen, dann fragen Sie meinen Herrgott an und die Getreidespekulanten, welche nicht bloß an der Börse sondern auch auf verschiedenen Gütern sitzen. Einen heftigen Eindruck muß es doch machen, daß man die Landtagswahlen als einen Akt der Opposition gegen den Reichstangler betrachtet; niemals sind so viel Landräthe gewählt worden wie jetzt! Sind das die Männer der Opposition, die nach der Kabinettsordre immer die Regierungspolitik vertreten müssen? Man kann darin vielleicht einen Ausdruck der Versimpelung erblicken (Große Heiterkeit), aber eine Wirkung der heftigen Reden des Grafen Limburg-Stirum ist es nicht. Man weiß ja auch, welche Anstrengungen die Beamten bei den Wahlen machen. Wenn Graf Kanitz doch nur seinen Blick über seine Strohblätter hinaus in die nächsten Nachbarreiche wenden wollte, so würde er sehen, wie man den Zollvertrag mit Rußland herbeiführt. Die Handelsverträge gehen mir nicht weit genug; die Regierung geht viel zu langsam vor. Die Zollermäßigung für Getreide hätten wir auch ohne Konzeption von Oesterreich im eigenen Interesse ausführen müssen. Ich bedauere, daß die Regierung über die ersten Zollermäßigungen nicht hinausgegangen ist. Wir stimmen den Verträgen nicht mit großem Jubel zu, sondern wir meinen vorlieb mit dem Bischen, wenn wir mehr nicht erreichen können. Die ganzen Debatten sind doch nur ein Vorspiel für den Handelsvertrag mit Rußland; man will zeigen, wie fürchterlich man nachher werden will. Ich weiß aber nicht, was die Herren noch weiter leisten wollen; Herr v. Bismarck hat heute schon sein letztes Goldstück ausgegeben. (Widerspruch rechts.) Es handelt sich hier um einen Krieg der Sonderinteressen gegenüber den allgemeinen Staatsinteressen. Wenn eine Regierung den Sonderinteressen den Krieg erklärt, dann ist sie unabsehlich, wenn sie sich nur trenn bleibt. Wenn die Regierung dabei eine Unterstützung nur auf der linken Seite findet, so ist das sehr ehrenvoll für die Parteien dieser Seite. Aber ich glaube nicht, daß die Mehrheit des Hauses es über-sich gewinnen wird, diese Verträge abzuschließen. Darauf wird die Debatte um 5 Uhr bis Sonnabend 1 Uhr vertagt.

Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Fraktion hat folgende Anträge eingebracht:

I. Antrag.
Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag spätestens in der nächsten Session einen Entwurf vorzulegen, durch welchen die in Artikel 20 der Reichsverfassung und in § 5 des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 (Bundes-Gesetzl. 1869 S. 145) vorgeschriebene gesetzliche Regelung und Vermehrung der Wahlkreise endlich geordnet wird.

II. Antrag.
Der Reichstag wolle beschließen: dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu geben: Gesetz betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten.

Einziges Artikel.
Der Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reichs erhält folgenden Zusatz:

In jedem Bundesstaate muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht zu wählen und gewählt zu werden haben alle über zwanzig Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in den Bundesstaaten, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts-Gesetzes erforderlich.

III. Antrag.
Der Reichstag wolle beschließen: dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu geben: Gesetz

betreffend das Recht der Versammlung und Vereinigung und das Recht der Koalition.
§ 1. Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht sich zu versammeln.

Zur Veranstaltung und Abhaltung von Versammlungen bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde, noch einer Erlaubnis durch die Behörde. Versammlungen und Umzüge, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden, sind spätestens sechs Stunden vor ihrem Beginn durch den Veranstalter oder Einberufer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs betrauten Ortsbehörde anzuzeigen.
§ 2. Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht Vereine zu bilden.
§ 3. Alle den vorstehenden Bestimmungen widersprechenden Gesetze und Verordnungen, einschließlich derer, welche die Verabredung und Vereinerung zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Beschäftigungsbedingungen hindern, unterliegen oder unter Strafe stellen, sind aufgehoben.
§ 4. Wer die Ausübung der in vorstehenden Paragraphen gewährleisteten Rechte hindert oder zu hindern versucht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafrecht nicht eine härtere Strafe eintritt.
§ 5. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Der Senioren-Konvent des Reichstages trat heute Mittag 12 1/2 Uhr vor der Plenarsitzung zusammen. Zunächst wurde über die Wahl der Sachkommissionen bez. der Vorliegenden eine Debatte eingeleitet, jedoch beschlossen, die Wahl der Kommissionen für heute überhaupt aussetzen. Sodann trat der Senioren-Konvent in einen Meinungsaustausch über die Geschäftsliste des Hauses, ob erst der Etat oder erst der Finanzplan oder die Steuerreformentwürfe beraten werden sollen. Ueber diese Frage gingen die Ansichten sehr auseinander. Die Vertreter des Zentrums und des Rechts befürworteten, daß erst der Etat, dann die Steuerreformentwürfe und schließlich der Finanzplan zur Berathung gelangen sollten. Die Beschlussfassung wurde wegen Abwesenheit des Präsidenten vertagt.

Die deutsche Reformpartei (Antijemiten) wird in nächster Woche ihre Initiativanträge einbringen. Dieselben gehen auf die Aufhebung des Anwaltszwanges, die Herabsetzung der Gerichtskosten hinaus.

Das Zentrum hat im Reichstage den Erlaß eines Heimstättengesetzes beantragt. In früheren Tagungen war diese Idee immer von konservativer Seite verfochten worden.

Die freisinnige Volkspartei hat heute drei neue Anträge eingebracht, und zwar auf Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts in allen deutschen Volksvertretungen, auf Neueinteilung der Wahlkreise und Neuregelung des Vereins- und Versammlungsrechts.

Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands.

Berlin, den 24. November 1893.

Aus der gestrigen Sitzung ist zu berichten, daß in Ebersfeld nicht die Löhne der Tabakarbeiter, sondern der Widelmacher 7 bis 8 Mark betragen. Der Durchschnittslohn der Tabakarbeiter stellt sich auf 13,50 M. — Der Delegirte aus Heilbronn hat in seinem Orte selber Arbeit, er braucht nicht über Land zu gehen. In Freiberg i. S. gehören von 1266 Tabakarbeitern 88 der Organisation an.

Die heutigen Verhandlungen leitet Deichmann-Bremen. Die Generaldebatte über Punkt 2 der Tagesordnung wird fortgesetzt. Der Vertreter aus Meissen spricht über die Kontrollmarke. Der Minimallohn von 8 M. pro Mille, den sie vorschreiben, sei zu hoch festgesetzt, im weiteren bedauert Redner den Föderkrieg im „Vorwärts“ über die Gewerkschaftsfrage; mögen die Führer sich doch sagen, daß die Streitigkeiten, besonders der Ton, in dem sie geführt werden, in der Provinz von den Gegnern ausgenutzt würden und die Agitation infolge dessen sehr erschwert.

Kerri-Bremen bekämpft die gestrigen Ausführungen von Elm's. Der Kongress sei wohl besagt, über die Stellung der politischen Partei zu den Gewerkschaften zu sprechen. Der Redner schlägt eine Resolution vor, die andrücklich erklärt, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei sei, welche die Interessen des Volks vertritt. Auch den guten Besuch des Kongresses habe man neben der Gewerkschafts- und sozialdemokratischen Parteiblätter zu verdanken. Redner hebt ausdrücklich hervor, daß der Heideamuth der Hamburger Zigarrenarbeiter bei ihrer Ausperrung durch die politische Partei, die hinter ihnen standen, geklärt worden sei. Ohne die politische Bewegung würden die Gewerkschaften nie ihre jetzige Bedeutung erlangt haben. — Was die Hausarbeit betreffe, so könne man häufig sehen, daß Schweine, Hühner, Gänse und andere Thiere sich mit im Arbeitsraume befinden. Redner ist gegen die Kontroll-Schutzmarke von Anfang an gewesen und in seiner Meinung nur bestärkt worden. Ihre Einführung habe die Zahl der Mitglieder in der Organisation nicht vermehrt. Redner bedauert gleichfalls die Streitigkeiten in der Presse. Der „Vorwärts“ hätte die gegenseitigen Erklärungen gar nicht veröffentlichen sollen, jedes Wortelbärtigen, jeder Pflaße auf der Kanzel nütze dieselben aus. Gewerkschafts- und politische Bewegung ergäben einander, vielleicht würde von Elm über den Werth der politischen Bewegung anders denken, wenn er die Schule des Ausnahmegesetzes durchgemacht hätte.

Die Generaldebatte wird hierauf geschlossen, die Spezialkommission aber so lange aufgesetzt, bis die Redaktionskommission in die an Stelle des erkrankten von Elm Kerri-Bremen hineingewählt wird, die entsprechenden Resolutionen zu den einzelnen Punkten ausgearbeitet hat.

Es folgt Punkt 3 der Tagesordnung: „Die bundesrätlichen Bestimmungen und das Fabrikinspektorat.“ Von allen Rednern wird über die Mangelhaftigkeit der Fabrikinspektion geflagt, ebenso über die gewohnheitsmäßige Uebertretung der bundesrätlichen Bestimmungen durch die Fabrikanten. Der Vertreter aus Weidenfels theilt mit, daß ihm der dazugehörige Fabrikinspektor, dem er den badiischen Fabrikinspektor Weidhoffer als Nachfolger empfohlen habe, entgegen habe. In Weidenfels ist bei seiner Regierung gut angeschrieben, wenn wir erst so viel Vertrauen bei unserer Regierung hätten, dann könnten wir etwas machen. Jetzt aber geht es uns so wie Ihnen. Wenn ich alles brandmarken würde, was ich in den Fabriken sehe, würde ich die längste Zeit Fabrikinspektor gewesen sein. — Die Fabrikanten üben eben einen gewissen Einfluß auf die Regierung aus.

Als Mittel zum Schutz gegen diese Uebelstände wird von den meisten Rednern die Wahl unabhängiger Vertrauensmänner empfohlen, die alle Uebertretungen der Fabrikanten zur Anzeige zu bringen hätten. Ein Beschluss wird noch nicht gefaßt, sondern die Ausarbeitung einer entsprechenden Resolution der Redaktionskommission übertragen.

Es folgt die Berathung eines Antrages, der die Vereinigung des Sortirer- und des Tabakarbeiter-Vereins zu einer Gesamtorganisation für eine Nothwendigkeit erklärt.

Darüber entspinnt sich eine lebhafte Debatte.
Nachmittags-Sitzung.
Die Delegirten aus dem Minden-Lübbecke-Wahlkreise hatten bei ihrem Reichstagsabgange den auf die Einsetzung Stöcker's hin gewählten Grafen Koon eine Unterbrechung nachgesucht und erhalten. Graf von Koon äußerte sich über die Tabakfabrikation und erklärte, daß er gegen die Besteuerung der Hauptzweig-Zigarre stimmen werde, hingegen eine Wehrbelassung der theueren Zigarren, also von 6 Pf. ab, für un-

nehmbar halte. Etwas werde der Tabak tragen müssen. Er sagte weiter, die betreffenden Delegirten hätten ihn wohl nicht gewöhnt (sehr richtig), er mache aber in dieser Frage keine Partei-unterschiede, da ja auch seine Wähler von der Belastung betroffen würden. Die Delegirten fügten hinzu, daß der Herr Graf vor der Wahl verschiedentlich das Versprechen abgegeben habe, gegen eine Tabaksteuer zu stimmen. Seine heutige Erklärung sei also mit den früher abgegebenen in Widerspruch. Die Wähler des Minden-Lübbecke-Kreises könnten sich die weiteren Kommentare selbst hierzu machen.

Der Vorsitzende verliest folgende vorläufige Zusammenfassung: Es sind 200 Delegirte anwesend, die 476 Orte mit 84 510 männlichen, 48 308 weiblichen und 10 040 Arbeitern vertreten, zusammen also 87 533 Personen. Davon sind 12 197 organisiert 75 336 nicht organisiert.

Die Debatte über die Verschmelzung der beiden Organisationen wird fortgesetzt. Den Hauptstreitpunkt bildet die Arbeitslosen-Unterstützung, die die Sortirer haben, die Zigarrenmacher aber abgesehen von prinzipiellen Bedenken, nicht einführen zu können glauben, da sie schon ihrer schlechteren wirtschaftlichen Lage wegen die für die Arbeitslosen-Unterstützung nöthigen hohen Beiträge nicht zu zahlen im Stande sind. Es wird schließlich die folgende Resolution angenommen:

Der Kongress hält eine geschlossene Organisation aller Tabakarbeiter für erforderlich. Da jedoch die Tabakarbeiter heute noch in zwei zentralisirten Vereinen zu ihrem eigenen Schaden organisiert sind, so beschließt der Kongress, die leitenden Theile der beiden Organisationen zu verpflichten, zur nächsten Generalversammlung des Unterstützungsvereins eine Vorlage auszuarbeiten, wonach eine den berechtigten Wünschen der beiderseitigen Interessenten Rechnung tragende Vereinigung ermöglicht wird.

Von der Redaktionskommission wird durch ihren Vertreter, den Delegirten von Chemnitz, folgende Resolution zu Punkt 2 der Tagesordnung vorgelesen: „Aus den Verhandlungen des Tabakarbeiter-Kongresses insbesondere aus der Berichterstattung der Delegirten aus allen Theilen Deutschlands hat sich auf deutlichste ergeben, daß die Lage der deutschen Tabakarbeiter die denkbar traurigste ist. Herbeigeführt wird diese traurige Lage ganz besonders a) durch die Arbeit in den Straf-Anstalten; b) die Hausarbeit, c) die Frauen- und Kinderarbeit, d) die Verlegung der Fabriken nach dem flachen Lande. Der Kongress beschließt deshalb zu a) die Arbeit in den Straf-Anstalten; in Erwägung, daß die Beschäftigung der Gefangenen in den Straf-Anstalten zum Zwecke der Herstellung von Tabakfabrikaten die gesammten in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in materieller Beziehung schwer schädigt und deprimirend auf die Sittlichkeit derselben einwirkt, fordert der Kongress die Beseitigung der Arbeit in den Straf-Anstalten; zu b) die Hausindustrie und deren Schäden; in Erwägung, daß die Hausarbeit in unserem Gewerbe große Schäden im Gefolge hat, ungeeignete Arbeitsräume, unzulässige Gemeinsamkeit häuslicher und gewerblicher Einrichtungen, nachtheiligen Einfluß auf das Familienleben, Absonderung der Hausarbeiter von ihren Fachgenossen, Fernbleiben derselben von den Mitteln zur Fortbildung, Regellosigkeit der Arbeitszeit, Ueberbürdung mit Arbeit, Herabdrückung des Arbeitslohnes, — und in fernerer Erwägung, daß die bundesrätlichen Bestimmungen durch die Hausarbeit vollständig illusorisch gemacht werden und bis jetzt nur dazu geführt haben, die Einzel-Hausarbeit zu fördern, erachtet der Kongress es für dringend erforderlich, daß die Bestimmungen auch auf die Hausindustrie ausgedehnt werden; zu c) (Frauen- und Kinderarbeit): der Kongress erkennt in der immer steigenden Verwendung der Arbeit der Frauen sowohl in der Tabakindustrie wie in allen Industriezweigen nur eine Wirkung der gesammten modernen Produktionsweise, und hält daher ein gesetzliches Verbot oder auch nur eine Einschränkung der Frauenarbeit, soweit nicht eine solche nöthig erscheint in bezug auf den der verheiratheten Frau zur Erfüllung ihrer häuslichen Pflichten notwendigen Schutz, wie in bezug auf diejenigen Beschäftigungen, welche der körperlichen Beschaffenheit der Frau widersprechen, nicht nur vollständig unwirksam, sondern auch für eine nicht zu rechtfertigende Beeinträchtigung der auch von den Frauen zu beanspruchenden wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit und erklärt deshalb als einzig wirksames Mittel zur Beseitigung der im Gefolge der Frauenarbeit entstehenden Uebelstände die politische und wirtschaftliche Gleichstellung der Frau mit dem Manne. Der Kongress fordert daher zur Erreichung dieses Zieles das unbeschränkte Koalitionsrecht auch für die Frauen und die Beseitigung aller daffelbe beschränkenden Gesetze und Verordnungen und verlangt im weiteren von allen zielbewußten männlichen Tabakarbeitern unablässig für Ausklärung und Organisation der weiblichen Kollegen, besonders aber für unbedingte Gleichstellung der Löhne der Frauen mit den Männern zu wirken; zu d) (Verlegung der Fabriken nach dem flachen Lande): der Kongress ist der Ueberzeugung, daß die immer mehr um sich greifende Verlegung der Zigarrenfabriken nach den kleineren und kleinsten Orten lediglich der wirtschaftlichen Entwicklung zuzuschreiben ist, welche die Unternehmer veranlaßt, stets auf möglichst billige Herstellung ihrer Fabrikate zu sehen. Der Kongress ist ferner der Ueberzeugung, daß diesem Uebelstande, der in absehbarer Zeit den völligen Ruin der deutschen Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen bedeutet, in seinen Wirkungen nur entgegengetreten werden kann durch eine feste, zielbewußte Organisation. Als ein wirksames Mittel, die Lage der Tabakarbeiter Deutschlands zu verbessern, erachtet der Kongress die gewerkschaftliche Organisation als die geeignetste Form die Zentralisation, und bezeichnet den Unterhaltungsverein deutscher Tabakarbeiter“ und den Verein deutscher Zigarrensortirer“ als die Organisations aller Tabakarbeiter Deutschlands und verpflichtet deshalb alle Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, mit aller Entschiedenheit für die Ausbreitung dieser Organisation thätig zu sein. Der Kongress erkennt weiter, daß die sozialdemokratische Partei die einzige politische Vertreterin der Arbeiterinteressen ist, ohne sie würden auch die Interessen der Tabakarbeiter nicht in ausgiebigster und entscheidender Weise geschützt werden. Es ist daher Pflicht eines jeden Tabakarbeiters, dieser Partei nicht allein anzugehören, sondern auch durch sein persönliches Verhalten für die kräftige Entwicklung derselben einzutreten.

In der Debatte wird von verschiedenen Delegirten hervorgehoben, daß ein ausdrückliches gesetzliches Verbot der Hausarbeit in der Resolution ausgesprochen werden müsse.

Stromberg-Hamburg stellt den Antrag, den letzten Passus der Resolution, der von der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei spricht, zu streichen. Er begründet ihn damit, daß einerseits die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei selbstverständlich sei, daß andererseits den Kollegen, die noch nicht so weit sind, der Beitritt zur Organisation nicht verweigert werden dürfe.

Kerri-Bremen wendet sich gegen den Antrag Stromberg, ein freies, neutrales Wort müsse und sollte einmal ausgesprochen werden. Die Fabrikanten müßten ja auch, daß die Tabakarbeiter alle Sozialdemokraten seien. Wir sollen keine Heuchler sein.

v. Elm-Hamburg schließt den Ausführungen Stromberg's an. Die Tabakarbeiter seien leider noch nicht alle Sozialdemokraten, wir wollen sie aber alle in die Organisation bringen. Der Kongress sei ein reiner Gewerkschaftskongress, kein Parteikongress, er solle auch den ursprünglichen Charakter beibehalten. Der Partei werde durch solch einen Beschluß auch gar kein Dienst erwiesen, es solle Niemand gezwungen werden, eine politische Ueberzeugung anzunehmen. Nur wer aus freier Entschiedenheit und selbständiger Erkenntnis Sozialdemokrat wird, werde ein guter, ein tüchtiger Parteigenosse.

Kerri-Bremen erwidert, die Tabakarbeiter dürften nicht heucheln. Er weist auf die Tisch-Länderischen Ver-

weiskafter, die auch leugnen in Deutsch-Freiwillichen Parteiblenken zu stehen und damit auch heucheln. Der Kongress müsse Mut genug haben, sich offen zur Sozialdemokratie zu bekennen und dürste sich nicht auf den Standpunkt der amerikanischen Gewerkschaftsbüffel stellen. Wer nicht sage, was er denke, der gehe auf etwas anderes aus. (Beifall.)

Der Delegierte aus Lübeck ist der Ansicht v. Elm's. Er sei seit 25 Jahren Sozialdemokrat, er dürste sich aber in seiner Heimat in Versammlungen nicht als solcher bekennen. Der Gewerkschaft habe ihm in der letzten Versammlung, die er abgehalten habe, gedroht, ihn aus dem Saale zu weisen, falls er noch einmal das Wort „Sozialdemokrat“ ausspreche. (Enttäuschungsrufo.)

Kaupisch-Schwabach erklärt sich für den Antrag Herrl. Stromberg-Hamburg: Durch Beschlüsse gewinne man der Partei keine Anhänger. Er lasse sich im wesentlichen von praktischen Rücksichten leiten. Er wolle nicht einmal alle Sozialdemokraten in der Organisation; denn es gäbe unter den Genossen auch Fabrikanten, die wirtschaftlich auf anderem Boden ständen. Es sei erst vor zwei Jahren vorgekommen, daß Arbeiter bei einem Genossen gestreift hätten. Der Antrag Herrl. mache die Delegierten, die zu Hause nicht ganz offen sprechen, zu Heuchlern. Er erwarte übrigens von Herrl. Aufklärung, was er mit den letzten Worten seiner Rede gemeint habe, was diejenigen im Schilde führen sollten, die nicht seiner (Herrl's) Meinung seien.

von Elm-Hamburg verwahrt sich gegen die Ausführungen Herrl's. Er sei kein Anhänger der amerikanischen Gewerkschaften, die keine politische Parteibewegung wollten. Die Gewerkschaften sollten die Vorstufe für die Sozialdemokratie sein, man müsse aber die Leute erst in der Organisation drin haben, dann könnte man sie auch zu Parteigenossen erziehen. Durch Beschlüsse macht man keine Parteigenossen, das sei kein waderschlämmerischer, sondern ein echt sozialdemokratischer Standpunkt.

Börner-Berlin tritt den Anschauungen von Elm's entgegen, die Gewerkschaftsbewegung ist ein Theil der Gesamtpartei, sie darf sich nicht von ihr loslösen. Die Tabakarbeiterorganisation habe bisher immer ihre Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei offen bekannt, dieser klare Standpunkt dürfe nicht verwischt werden.

Kerrl-Bremen: Die bürgerliche Gesellschaft freut sich, wenn sich Männer finden, die, erfüllt vom besten Willen, doch Wege einschlagen, die die Arbeiterbewegung auf Jahre zurückhalten können. Es darf nicht heißen: den Tabakarbeitern ist die Milch der frommen Denksart eingefloßt worden. (Sehr richtig.)

Schmalefeld-Bremen tritt für Aufrechterhaltung des Schlusssatzes der Resolution ein, in dem gar nicht steht, daß jeder Kollege nun sofort Sozialdemokrat werden müsse. Würde er gestrichelt, so würden die Gegner triumphierend sagen: die große Masse will von der politischen Bewegung nichts mehr wissen. Der Streit über den Schlusssatz müsse aber in sachlicher Form geführt werden, damit der Frieden nicht gefährdet werde. (Beifall.)

Die Delegierten für Bielefeld, Gießen und Meisen wünschen die Resolution auch im Schlusssatz unverändert.

Ein Delegierter aus Westfalen hebt hervor, daß der Passus in der Resolution, der die Schäden der Hausarbeit betreffe, viel mehr Widerspruch bei vielen westfälischen Kollegen finden dürfte, wie die Stelle über die politische Partei. Dennoch muß man das Verbot der Hausarbeit fordern; man darf seine Gefinnungen nicht verdecken.

Nach dem Schlusssatz des Referenten und der verschiedenen Antragsteller wird zur Abstimmung über die verschiedenen Amendements geschritten. Beschlossen wird, in der Resolution das gesetzliche Verbot der Hausarbeit zu fordern.

Der Antrag Stromberg's, den letzten Passus der Resolution zu streichen, der es jedem Tabakarbeiter zur Pflicht macht, der Sozialdemokratie anzugehören, wird gegen 18 Stimmen abgelehnt.

Nunmehr wird die Resolution einstimmig angenommen. (Zehnfacher Beifall.)

Um 1/2 Uhr wird die Sitzung auf morgen vertagt.

Lokales.

Im zweiten Reichstags-Wahlkreis findet im Laufe der nächsten Woche für den 9. Kommunal-Wahlbezirk abermals eine Flugblatt-Vertheilung statt; der Tag wird noch näher bekannt gegeben. Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, dieser Bekanntmachung Beachtung zu schenken und an der Flugblatt-Vertheilung theilzunehmen. Das Wahlkomitee.

Achtung! Parteigenossen des 4., 5., 6. Wahlkreises. Am Sonntag, den 28. November, Morgens 8 Uhr, findet eine Flugblatt-Vertheilung für den 29. Kommunal-Wahlbezirk statt. Die Parteigenossen der obengenannten Kreise werden ersucht, sich pünktlich früh 8 Uhr, bei Schilles, Greifswalderstraße 210, und Spät, Weinstr. 28, einzufinden. In Anbetracht der Wichtigkeit der Wahl ist es notwendig, daß die Parteigenossen zahlreich Hilfe leisten.

J. A.: Das Wahlkomitee.

Die Verlegung des „Lusttages“ vom Frühjahr in den Spätherbst hat wie bürgerliche Blätter berichten den Restaurateuren und Wäbikern viele Freude gemacht. Früher konnte man diesen Tag rationell in der freien Natur genießen; heute ist jeder, der nicht vorzieht oder vorziehen muß, den Tag zu Hause zubringen, auf die Kniee angewiesen. Gätte man in maßgebenden Kreisen ein Einsehen dafür, wie wenig Leute an den nichtigsten Zweck dieses Tages denken, so hätte man ruhig die schöne Sommerzeit zur Feier des Tages beibehalten müssen.

Ueber den Geschäftsverkehr an den Sonntagen vor Weihnachten und an den Weihnachtstagen hat der Polizeipräsident folgendes bestimmt:

Im Handelsgewerbe, soweit es in offenen Verkaufsstellen betrieben wird, jedoch mit Ausschluß der Bank-, Wechsel- und Lotteriegeschäfte, dürfen Gehilfen, Belehren und Arbeiter über die allgemeine festgesetzte sonntägliche Beschäftigungszeit hinaus am 17. Dezember, dem vorletzten Sonntage vor Weihnachten, bis 8 Uhr Abends, am 24. Dezember, dem letzten Sonntage vor Weihnachten, bis 7 Uhr Abends, beschäftigt werden. Von dem allgemeinen Verbot der Beschäftigung von Gehilfen, Belehren und Arbeitern im Handelsgewerbe am 25. Dezember, dem ersten Weihnachtstage, werden, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, ausgenommen der Handel mit Milch, mit Back-, Konditorwaren und Konfitüren, während der Zeit von 5 bis 10 Uhr und 12-2 Uhr Nachmittags, der Handel mit Fleischwaren während der Zeit von 5-10 Uhr Vormittags, der Handel mit Kolonialwaren, mit Porzellanwaren, mit Brennmaterialien, mit Bier und Wein, mit Tabak und Zigarren, während der Zeit von 8-10 Uhr Vormittags, der Handel mit Blumen während der Zeit von 7-10 Uhr Vor- und von 12 bis 4-9 Uhr Nachmittags, die Zeitungspredikation während der Zeit von 4-9 Uhr Vormittags. An den übrigen Sonntagen im Dezember (3., 10. und 31.), sowie am 26. Dezember, dem zweiten Weihnachtstage, finden lediglich die allgemeinen Vorschriften über die Beschäftigung der Zeit zur Beschäftigung von Gehilfen, Belehren und Arbeitern im Handelsgewerbe mit der Maßgabe Anwendung, daß es bei der durch die Verordnung vom 20. Juni 1892 für den Handel mit Blumen festgesetzten Verlängerung der Beschäftigungszeit am 31. Dezember bis 9 Uhr Abends kein Verbot enthält. Alle mit den vorstehenden Bestimmungen nicht in Einklang stehenden Vorschriften früherer Verordnungen bleiben außer Anwendung.

Das Resultat der Stadtverordnetenwahl in Charlottenburg giebt der „Staatsbürger-Zeitung“ willkommenen Anlaß, über den weltverlassenen Eugen herzuhalten und ihn der Urheber der Sozialdemokratie zu bezeichnen. Was von dieser stereotypen Behauptung zu halten ist, wissen unsere Parteigenossen; sie trifft auf die Wassertrichter und Wabelstrümpfer ebenso zu, wie auf die übrigen „Naalserhaltenden“ Parteien. Wir wünschen denn auch als Menschen von Gemüth den Häuptern der drei Duzend antisemitischen Parteien, daß sie wohlbehalten noch die fröhliche Sommerzeit erleben, wo die Saat, die sie heute im Schweisse ihres Angesichts säen, für uns — die Sozialdemokratie aufgeht.

Das böse Gewissen der bürgerlichen Parteien läßt sie ihre Richterinnen und Richter, die Sozialdemokratie, in jeglicher Gestalt abhnen. So macht jetzt eine Zeitungsnote den Philister gruseln, wonach die Sozialdemokraten in Massen die Hausstreuemaske aufsetzen, um unter dem Motto „Nicht zu handeln“ Brandschriften und Gehreden unter die Landbevölkerung zu schmeißen.

Die bürgerlichen Blätter haben Recht, aber in viel weiterer Ausdehnung als sie wissen oder zugeben, denn vor der Sozialdemokratie ist heute niemand auch nur einen Tag sicher. Unsere Parteigenossen aber werden die schlotternde Angst des Philisters mit allgewohnter Heiterkeit betrachten.

Trotz der schlechten Zeiten lohnt es sich immer noch Aktionär zu sein. Und vor allem, wenn eine Gesellschaft sich auf Artikel des Massenbedarfs versteht, ist es ein gar hübsches Ding sowohl um einen Direktoren- oder Aufsichtsratsposten, als auch um den Besitz einer fleißig zu handhabenden Koupeschere. Nicht wahr, Herr Generaldirektor, Kommerzienrath Köstke? Die Aktionäre der Schultheiß-Bräuerei-Aktiengesellschaft hatten vor einigen Tagen die angenehme Pflicht, die diesjährige Dividende festzusetzen. Mit Mühe und Noth brachte man es fertig, die Dividende auf fünfzehn Prozent zu bestimmen. Wenn wir sagen mit Mühe und Noth, so wolle man uns nicht mißverstehen. Das Kopfzerbrechen wurde nicht verursacht, weil es schwer fiel, die Dividende auf 15 pCt. hinauszubringen, sondern weil alles Raffinement angewendet werden mußte, sie so niedrig zu gestalten. Es mußte alles mögliche geschehen, um die ungeheuerliche Thatsache zu verdecken, daß der Gewinn, der aus den Arbeitern der Bräuerei herausgepreßt ist, eigentlich eine viel höhere Dividende am Platz erscheinen ließe. Doch hören wir den Bericht des Herrn Generaldirektors Köstke selber, wie ihn die „Vossische Zeitung“ in ihrer Nummer 248 wiedergiebt!

In den Zeitungen wäre lobend anerkannt, daß die Gesellschaft mit verhältnismäßig geringen Baarmitteln arbeite; hierbei habe man aber außer Acht gelassen, daß sich über 500 000 Obligationen der Schultheiß-Bräuerei im Portefeuille der Gesellschaft befänden, welche doch so gut wie baare Geld wären; um diesen Betrag also wären die Betriebsmittel höher anzunehmen. Ferner hätten mehrere Zeitungen hervorgehoben, daß die Gebäude jetzt einen viel höheren Werth als im Vorjahre repräsentierten, welcher Umstand nur zum Theil durch die Kosten für die vollendeten Neubauten, zum Theil durch Buchungen hervorgerufen sei; das Grundstück Schönhauser Allee 39a sei bisher auf Grundstücks-Konto verbucht gewesen, nach Vollendung des Neubaus wären die Kosten hierfür auf Gebäude-Konto übertragen worden und das Grundstück-Konto entsprechend entlastet. Die Summe für Gebäudewerth habe sich in der Bilanz um 641 000 M. erhöht. Außerdem wären 2 Grundstücke außerhalb Berlins, in Brandenburg und Lübben, erworben; ersteres hätte die Verwaltung bisher nur miethsweise zur Niederlage benutzt, weil aber Reparaturen und Neubauten notwendig geworden, habe die Direktion es für besser gehalten, das ganze Grundstück zu einem annehmbaren Preise zu erwerben, und repräsentirt dasselbe jetzt 39 000 M. Grundstücks- und 79 000 M. Gebäudewerth. Das andere in Lübben, welches ein früherer Kunde der Tivoli-Bräuerei besessen habe, wäre für die erste Hypothek im Betrags von 20 000 M. in der Subhastation erworben und ebenfalls als Niederlage demut. Der Vorsteher hob ferner hervor, daß zum ersten Male das Gesamt-Kapital voll an der Dividende theilnehme; die Verwaltung hätte wohl eine höhere Dividende vorschlagen können, wenn sie von ihren bisherigen soliden Prinzipien bei den Abweichungen z. hätte abweichen wollen; da die Gesellschaft aber bisher gut gefahren sei, habe man in jeder Beziehung die alten Grundsätze bei der Bilanzierung festhalten wollen; so übersteige beispielsweise der Feuerlastenwerth der Tivoli- und Schultheiß-Bräuerei-Gebäude den Buchwerth derselben.

Man sieht, die armen Aktionäre haben es sauer, die eingehemsten Früchte vor den Augen der neidischen Welt nicht zu golden erscheinen zu lassen. Die Begehrlichkeit der Massen könnte gar zu sehr gereizt werden.

Wie die Bauhandwerker „prassen“, zeigt eine Statistik, die in der „Baugewerks-Zeitung“, einem Unternehmern-Organ, für die erste Hälfte des Oktobers veröffentlicht wird. Danach wurden zu dieser Zeit 42 Maurer mit 40-47 1/2 Pf. pro Stunde entlohnt, 570 Maurer mit 50 Pf., 547 mit 52 1/2 Pf., 1041 mit 55 Pf. und nur 108 mit 57 1/2-60 Pf. Als Zimmergehilfen arbeiteten 62 für 40-47 1/2 Pf., 288 für 50 Pf., 195 für 52 1/2 Pf., 257 für 55 Pf. und 182 für 57 1/2-60 Pf. Der Wochenverdienst beträgt also in der günstigsten Arbeitszeit 24 bis 36 Mark, und im Durchschnitt, da mindestens eine viermonatliche Zeit der Arbeitslosigkeit abzurechnen ist, 18 bis 24 M. Das ist, wie gesagt, der Arbeitsverdienst der heugünstigen Minderheit der Bauhandwerker, die das Glück hat, nur vier Monate im Jahr außer Arbeit zu sein. Ganz bedeutend schlechter stellt sich der Verdienst für die große Mehrheit der Maurer und Zimmerer, die im Durchschnitt unter einer noch weit längeren Arbeitslosigkeit zu leiden hat; ganz abgesehen von den Hilfsarbeitern, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch viel ungünstiger liegen. Diese elenden Zustände sollten den Mauern, Zimmerern und Sanarbeitern eine erste Mahnung sein, halt immerhin Formenstreitigkeiten nachzugeben an gründliche Ausbesserung der Organisation sowie an eine einheitliche Agitation zu denken. Nur eine von festem Willen getragene Organisation ist im Stande, die Arbeiter aus der heutigen Misere herauszuführen.

Gegenfälle für Sozialdemokraten. Man hat die Sozialistenprozesse mit den Hugenprozessen verglichen. Und mit Grund. Auch die Art, wie man die Sozialisten zu „fangen“ sucht, haben Ähnlichkeit mit den „Fällen“, die man in der guten alten Zeit den Hugen zu stellen pflegte. Man legte Strohhalmchen in ihren Weg, und wenn sie dieselben berührten, so waren sie „gefangen“. Oder man sprach in ihrer Gegenwart gewisse „heilige Worte“, und beobachtete, wie sie sich dazu verhielten. Eine der letzteren ganz genau entsprechende Praxis befolgen gewisse Furche, die sich jetzt in Berlin herumtreiben. Sie gehen in Wirtschaften und an andere Orte, wo sich Sozialisten aufhalten, beginnen ein Gespräch und rufen plötzlich aus:

Und nun wollen wir ein Hoch auf den Kaiser ausbringen. Seine Majestät u. s. w.

Es ist das, wie uns mitgeteilt wird, schon verschiedene Male geschehen. Die Genossen mögen auf der Hut sein! Und kommt ihnen ein solcher Sozialistenjäger unter die Finger, dann ist es ihre Schuld, wenn ihm das Wiederkommen nicht auf immer verleidet wird.

Ein neuer Cholerafall wird von dem Polizeipräsidenten gemeldet. Am Mittwoch hat sich ein Arbeiter Wattenberg im Moabit Krankenhaus gemeldet, an dem sobald die Cholera konstatiert wurde. Er hat angegeben, auf einem Kahn an Holsteiner Ufer gearbeitet zu haben, auf dem auch eine Schifferrau krank liegt. Der Kahn sei nach Kremmen bestimmt. Dese Angaben Wattenberg's haben sich aber als richtig noch nicht feststellen lassen, da ein Fahrzeug, wie das beschriebene, noch nicht

zu ermitteln gewesen, eine Nachricht aus Kremmen aber noch nicht hier ist. Vielleicht hat Wattenberg nur seine Obdachlosigkeit durch die Erzählung verschleiern wollen.

Die Camphausenstraße, im Süden der Stadt an der Hasenheide gelegen, hat ihren Namen bereits vor Jahresfrist erhalten und wird auch schon von einer großen Anzahl Personen bewohnt; trotzdem aber fehlen ihr heute noch die Straßenschilder. Warum werden dieselben nicht befestigt?

Das sog. National-Denkmal für Wilhelm I. Dem „Geldengreis“ soll bekanntlich in der heutigen Zeit des Glanzes und der Noth auf Kosten des Steuerzahlenden Volkes ein Denkmal errichtet werden, daß die ungeheuerliche Summe von 8 Millionen Mark verschlingen wird. Für dieses Denkmal waren nun als Embleme u. a. eine Gießkastel und eine Wählurne in Aussicht genommen worden. Der regierende Kaiser hat jedoch, wie der „Berliner Börsen-Courier“ zu melden weiß, diese Attribute verworfen, indem er bemerkte, daß hier nicht ein Volksmonument, sondern ein Denkmal der Dynastie in Frage komme. Sehr richtig!

In Sachen Naud u. Hartmann. In der Stadtverordnetensitzung vom 28. November sagte Stadtrath Voigt in Erledigung der Anfrage unseres Genossen Singer, betreffend die Pächter des städtischen Anschlagwesens u. a.: „Es sind bisher an den Magistrat keinerlei Beschwerden über Zurückweisung von Plakaten der erwähnten Art gelangt.“

Vor uns liegt die Kopie eines Briefes, welcher folgenden Wortlaut hat:

Berlin, den 30. März 1893.

An den Magistrat der Stadt Berlin. Hier. Am Sonnabend, den 11. März, bestellte ich bei der Firma Naud u. Hartmann, hier, Kurstraße, eine Versammlungs-Anzeige, welche am Montag, den 13. März, an den Anschlagstufen sich befinden sollte. Unter der Tagesordnung sollte folgender Vermerk stehen:

„Handlungsgehilfen! Jede Umgehung der Sonntagsruhe ist zu melden an die Redaktion des „Handels-Angeboten“ Julius Lutz, Solmsstr. 24.“

Dieser Passus wurde von der Firma Naud u. Hartmann beanstandet unter Berufung auf das Preßgesetz und mußte ich denselben daher von dem Plakate entfernen.

Im Preßgesetz kann ich nun nirgends irgend einen Punkt finden, der die Firma Naud u. Hartmann zur Beanstandung obigen Passus berechtigen könnte, ich wende mich daher an den Magistrat als Aufsichtsbehörde und beschwere mich über das ungerechtfertigte Verhalten der Firma Naud u. Hartmann.

Inserdem erliche ich einen Magistrat der Stadt Berlin hier Remedur zu schaffen, und die Firma Naud u. Hartmann anzuweisen, daß derartige Gesetzwidrigkeiten nicht wieder vorkommen, mich auch von dem Resultate Ihrer Erhebungen und von Ihren Entschlüssen in dieser Angelegenheit in Kenntniß zu setzen.

Freie Vereinigung der Kaufleute.
J. A.: Alfred Vorchardt, z. S. 1. Vorsitzender, C. Wallstr. 89.

Dieser Brief ist am 30. März 1893 durch die Post befördert worden. Sollte derselbe noch nicht in Besitz des Magistrates sein? Wir sind neugierig, was Herr Stadtrath Voigt hierauf zu antworten hat, denn einen Bescheid hat Genosse Vorchardt bis jetzt noch nicht erhalten.

In ein gemeinsames Grab gebettet wurden am Mittwoch Nachmittags die Brüder Friedrich und August Winter, die auch im Leben ungetrenntlich von einander gewesen waren. Beide hatten das Tischlerhandwerk erlernt, beide wohnten gemeinsam im vierten Stock des Hauses Elisabeth-Ufer 55, beide litten jahrelang an derselben Krankheit, dem Asthma, und beide starben in einem Zwischenraume von zwölf Stunden. Friedrich, der 68 Jahre alt und verheiratet war, verschied am Sonntag Abend, August folgte ihm als 61 Jahre alter Junggeselle am Montag Morgen.

Das „Anführergefetz“. Bei dem Brand in der Schwarzkopfschen Fabrik in der Ackerstraße in der Nacht zum 8. Oktober dieses Jahres wurden in dem benachbarten Garten des Eigentümers L. durch die Volkmenge Verwüstungen angerichtet, die der Beschädigte auf mehrere tausend Mark schätzte. Herr L. forderte von der Stadtgemeinde eine angemessene Entschädigung auf Grund des Anführergefetzes, wurde jedoch vom Magistrat abgewiesen; nun klagt der Beschädigte wider die Stadt Berlin beim hiesigen Amtsgericht. Die durch Kaufleute in Berlin verursachten Beschädigungen an Privateigentum betragen im Durchschnitt jährlich 17 000 Mark, die dem Stadtsäckel zur Last fallen.

Bekanntlich ist die Bestimmung, daß nicht der Staat, sondern die Stadtgemeinde die durch Kaufleute verursachten Beschädigungen zu ersetzen hat, in der Reaktionsperiode der fünfziger Jahre erlassen worden, um das damals noch revolutionär angehauchte Bürgerthum die Lust vor Puffchen zu benehmen.

Wegen Verleitung zum Meineide und wesentlich falscher Anschuldigung ist der Wägenfabrikant Josef Bartlewski und dessen Ehefrau, Karlstr. 15 wohnhaft, verhaftet worden.

Theater.

National-Theater. „Vor der Revolution“ betitelt Carl Bleibtreu — einer der Jungenschwärmer — seine „Tragödie in 8 Bildern“. Das National-Theater hat es — aus welchem Grunde ist unersichtlich — über sich gebracht, diese banale Aneinanderreihung von Worten auszuführen. Bleibtreu schildert in seinem Nachwerk — ungefähr in der Weise, wie es ein Schüler der dritten Klasse unserer Elementarschulen bei gutem Willen schlichter Veranlagung vermag — die Halsbands-geschichte der Maria Antoinette. Seinem Erzeugniß fehlt jede Spur von Gestaltungsgabe, jegliche Charakterisierung der vorgeführten Personen, jedes tiefere Verständniß, jede ideale Begeisterung, jede Fähigkeit, wirklich oder auch nur mögliche Personen zu schildern und, wie es scheint, selbst die Fähigkeit, auch nur oberflächlich die Ursachen, die Triebfedern der französischen Revolution zu verstehen, geschweige zu schildern. Trotzdem wurde Beifall geklatscht und der „Dichter“ einige Male auf die Bühne gerufen. Woher kam das? Im Parquet, rechts hinten saßen ein Paar fräulein Hande zu Klatschen an, zum großen Theile gehörte das Publikum der Lebensversicherung-Gesellschaft auf Gegenfeitigkeit „Jungdeutschland“ an — es klatschte und rief auch. — Argie, Inszenierung des Stücks und Darstellend waren gut, viel zu gut für den — Schund „vor der Revolution“. Glaubt Bleibtreu, der besser schreiben kann u. s. w. Zeug ist gerade gut genug für ein im Arbeitsviertel belegenes Theater?

Zirkus Reng ist gestern wieder eröffnet worden und hat zur Freude aller Freunde der Pferdebesitzer und der Klownpöbel bewiesen, daß sein Ruf auf alter Höhe steht. Das zu Tausenden versammelte Publikum gab seiner Bewunderung über die vorgeführten Dressurstücke denn auch unverhohlen lauten Ausdruck und bewies damit dem „jungen“ Direktor der großen Gesellschaft, daß er seine Meisterschaft der seines Vaters gleich achtete. In dem reichhaltigen Programm erröge jede Pièce lebhaftes Interesse und es fällt schwer, „Glanznummern“ aus den übrigen herauszufordern. Erwähnt sei das Meisterstück der Vorführung eines Korouffels von 60 Pferden durch den Direktor, der Porzocerrit der Doman Fräulein Oceana Reng und Frau Reng's Start, die von sechs Damen und sechs Herren in prachtvollen geritzten Quadris, sowie die Kunst, mit denen die zahlreichen Klowns das Publikum erheiterten. Wahrscheinlich gütlichstherauswirkten die besten Konzertsstücke eines musikalischen Trios. In einem Festspiel „Sublimationsganz an Berlin“ hatte Herr Reng Gelegenheit, sein Können in Ausstattungspracht und Fittler in vollem Maße zu zeigen.

Gerichts-Beitung.

Gewerbegericht Kammer III. Vorsitzender: Affessor Cuno. Sitzung vom 16. November. Abgewiesene Reklamation. In Nummer 263 dieser Zeitung berichteten wir über einen von 15 Töpfern gewonnenen Lohnentschädigungs-Prozess gegen den Erbschlächtermeister und Baustellenhändler Rohn. In jenem Prozess handelte es sich, wie in so vielen, die von Bauarbeitern angestrengt werden, in erster Linie um die Feststellung des „eigentlichen“ Arbeitgebers der Kläger. Der Beklagte bestritt, mit diesem etwas zu thun gehabt zu haben, dieselben seien beim Töpfermeister Laah (nicht Soah, wie irrthümlich berichtet wurde) auf einem Grundstück beschäftigt gewesen, das er seiner Zeit an den Klempnermeister Thoun verkauft habe. Ein neuer Termin, den Beklagte nach erfolgter Verathung des Gerichtshofes zur Vernehmung dieser beiden wünschte, bewilligte ihm die Mehrheit desselben nicht, sondern verurtheilte ihn sofort als „eigentlichen“ Bauherrn und Arbeitgeber. Das Urtheil rügte sich hauptsächlich darauf, daß Beklagte dem Thoun die Baugelder besorgte und sich dann hatte zehren lassen, daß er „für Thoun“ Abschlüsse mit Lieferanten von Material gemacht und diese mit dem Baugelde besichert hatte, daß er nach Fertigstellung des Rohbaues Thoun noch 4000 M. borgte, die als auf das Grundstück eingetragene Hypothek am 1. Oktober d. J. fällig werden sollten, und daß es somit in der Nacht Mohns lag, bei der Zahlungsunfähigkeit des Thoun im gegebenen Moment das Grundstück an sich zu bringen. In Betracht gezogen wurde ferner, daß die Entlassung der Kläger eine Folge der Zahlungsunfähigkeit Thouns war, welche letztere thatsächlich dazu führte, daß die fraglichen Gebäude unter Administration gestellt wurden und Herr Rohn nun mit der Erlaubnis des Administrators „weiter baute“. — Für den Beklagten bezw. Verurtheilten erhob Herr Fabrikbesitzer Weigert nun Reklationsklage. Er glaubte in der Lage zu sein, nachträglich Urkunden beibringen zu können, welche im Termin am 3. November d. J. nicht zur Stelle sein konnten und die Ansprüche der Kläger an Rohn ausschloßen. Die betreffenden Schriftstücke thun dar, daß Herr Thoun als Eigentümer der in Frage stehenden Grundstücke im Grundbuch eingetragen ist und daß Herr Töpfer Laah am Tage, an welchem er die Töpferarbeiten für Thoun (bezw. Mohn) übernahm, seinen „selbständigen Gewerbebetrieb“ der Steuerbehörde wie auch der Unfall-Versicherungsgesellschaft anmeldete. Ferner ist ein Brief zur Stelle, in dem Laah anzeigt, er hätte seine Töpfer verpflichtet, ohne Kündigung zu arbeiten. Herr Weigert führt aus, durch die vorgelegten Urkunden sei erwiesen, daß Herr Laah selbständiger Töpfermeister ist und, da er die Kläger angenommen und beschäftigt hat, im Falle eines Anspruchsrechts der Kläger haftbarer Arbeitgeber sei. Von einer Schiedung, die in so vielen anderen Prozessen mit Recht angenommen wurde, sei hier keine Rede. Wichtig sei, daß die Kläger immer pünktlich ihr Geld bekamen. (Nachen unter den Klägern und Neußerungen wie: Das ist nicht wahr etc.) Mit den Klägern habe Laah die Kündigung abgeschlossen, dieselben hätten überhaupt kein Recht, eine Lohnentschädigung zu fordern. Gegen letztere Behauptung wenden die Kläger, welche durch die Töpfer Sagen und Heinrich Hoffmann vertreten sind, ein, es sei wohl mal ein Formular in die Budde von Laah mitgebracht worden, das sie unterschreiben sollten, sie hätten es aber rüdnweg abgesehen. Wie wenig sich Laah als Töpfermeister gefühlt, gehe hervor aus der einem Kollegen gegenüber gethanen Aeußerung desselben, er hätte selbst mitgelaßt, wenn er nicht beschränkt hätte, 300 M. dadurch zu verlieren. Ihre Behauptung, Laah und Thoun seien nur „zwischen geschobene“ Personen, halten die Kläger trotz aller Einwendungen und beigebrachten Urkunden aufrecht. Wie ein Kläger anführt, hat Herr Laah bei dessen Engagement auf die

Vorhaltung, er hätte doch kein Geld, gesagt: „Herr Rohn steht hinter mir“. Der betreffende Kläger erklärt, er wie andere Kollegen wären nicht bei Laah in Arbeit getreten, wenn sie nicht angenommen hätten, Rohn komme für alles auf, Laah habe abgesehen nichts. — Das Gewerbegericht war einstimmig der Ansicht, daß die überreichten Schriftstücke selbst im früheren Termin nichts an dem Ausgang des Prozesses geändert hätten. Das Schriftstück, den Kündigungs-Ausschluß betreffend, komme nicht in Betracht, da es nicht von den Klägern unterschrieben sei. Bei seinem Entschiede habe sich das Gericht auf die Verhältnisse gestützt, welche in diesem Falle vorliegen. Aus der Klarstellung dieser Verhältnisse heraus habe es die Ueberzeugung gewonnen, daß Laah zum Meister geeignet empfindet worden ist und daß es sich thatsächlich dabei um eine Schiedung handelte; Laah sei ja eine zahlungsunfähige Person. Daß thatsächlich Laah sofort nach seinem Eintritt bei Thoun-Rohn „seinen“ Betrieb der Bau-Versicherungsgesellschaft anmeldete, habe des Gerichts Ueberzeugung nicht erschüttern können. Somit sei die Reklationsklage abzuweisen. Den Klägern werden je 250 M. als Verfallsumme bewilligt.

Eine Privatklage des Bankiers Lindner gegen die Direktoren der Aktiengesellschaft „Eindnenbauverein“ Max Arendt, Hermann Friedmann und Merker beschäftigte gestern in zweiter Instanz die 8. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Herr Lindner ist ein scharfer Gegner der Privatbeträgen und war Mitglied des Gläubiger-Ausschusses in dem Konacher'schen Konkurs. Durch seine Opposition wurde er den Direktoren der Gesellschaft sehr unbenommen und diese suchten ihn von der kritischen Generalversammlung im November vorigen Jahres möglichst fern zu halten. Nach dem Zeugnis der Gebrüder Konacher soll nun Direktor Arendt sie vor dem Umgang mit Lindner gewarnt und behauptet haben, dieser sei schon einmal mit zwei Jahren Gefängnis vorbestraft. Direktor Friedmann soll bei einer anderen Gelegenheit gesagt haben: Die Direktion habe sich die Polizei-Alten über Lindner aus Hannover kommen lassen; in denselben ständen ganz gravirende Sachen. Daraus beruht die Privatklage. Die dagegen erhobene Widerklage beschuldigt den Bankier Lindner, zu zwei verschiedenen Malen ausgesprochen zu haben, daß die ganze Direktion binnen acht Tagen verhaftet und sich „im Käfigen“ befinden würde. Das Schöffengericht hatte seinerzeit Lindner zu 50 Mark Geldbuße, Direktor Arendt zu 200 M., Direktor Friedmann zu 100 M. Geldbuße verurtheilt, den Angeklagten Merker aber freigesprochen. Auf die von Herrn Lindner eingelegte Berufung hatte gestern die VIII. Strafkammer die ganze Angelegenheit noch einmal zu verhandeln. Für den auf 9 Uhr angeetzten Termin, in welchem außer den 4 Beistellenden auch noch eine Anzahl Zeugen und die Rechtsanwälte Mesch, Dr. F. Friedmann und Heiniß mitzuwirken hatten, war nur eine halbe Stunde in Aussicht genommen. Die Verhandlungen zogen sich aber zum Entsetzen der nachfolgenden sieben Parteien bis 1 1/2 Uhr Nachmittags hin. Das Endergebnis war, daß der Gerichtshof Arendt und Friedmann zu je 500 M. Geldbuße verurtheilte, Merker dagegen freisprach. Lindner wurde in einem Falle der Beleidigung für schuldig befunden und zu 25 M. Geldbuße verurtheilt. Der Vorsitzende verkündete, daß die Strafe gegen ihn zweifellos viel höher ausgefallen sein würde, wenn auch die Gegner Berufung eingelegt hätten.

Verammlung der dritten Filiale des Vereins deutscher Schuhmacher am Sonntag Abend 6 1/2 Uhr bei W. Tränker, Solmsstraße 44, abzuhalten. Um zahlreiches Erscheinen ersucht der Vorsitzende Heinrich Lau.

Versammlungen.

In der Fachvereins-Versammlung der Tapezierer hielt am 22. d. M. Genosse Mattaut einen Vortrag über „Großbetrieb und Kleingewerbe“. Eine Diskussion über das Thema fand nicht statt. Unter Verschiedenem lag ein Antrag vor auf Freigabe der Bibliothek für die Mitglieder der Zentralfaktion. Nach längerem Für und Gegen wurde der Antrag abgelehnt. Zum Schluß machte der Vorsitzende bekannt, daß die Fachschule dieses Jahr nicht ins Leben gerufen wird.

Der Verein der Zimmerer für Berlin und Umgegend hielt am 19. d. Mts. eine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse H. Hoffmann über das Thema: Das moderne Raubritterthum referirte. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag hielt Kamerad Obst eine längere Ansprache über die Agitation und Organisation des Berufs, woran sich eine lebhaft debattirte. Redner legte die Ursache der Arbeitslosigkeit klar, verurtheilte die Sonntagsarbeit, sowie die Ausbeutung und den herrschenden Ton seitens der Arbeitgeber. Darum sei es Pflicht jedes Mitgliedes für den Verein zu agitiren, um endlich diese Uebelstände beseitigen zu können. Dummer fand es bedauerlich, daß auf dem Kölner Parteitag die Gewerkschaftsfrage so auf das Persönliche hingezogen wurde, denn die Gewerkschaft ist es, welche die Wege ebnet für das politische Interesse.

Eingelaufene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dieß Verlag) ist soeben das 8. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein Typus. — Der Riesenaußstand im englischen Koblengewerbe. Seine Ursachen, sein Streikobjekt und seine Begleiterscheinungen. Von Ed. Bernheim. (Fortsetzung.) — Das Silber in den Vereinigten Staaten. — Der Bimetallismus und die Arbeiter. — Chicagoer Weltausstellungs-Briefe. Von Adolf Heyner. (St. Louis). IV. — Ein Traumstück. Von F. Mehring. — Aus einem Lande der ursprünglichen Akkumulation. — Literarische Rundschau. — Notizen: Ueber die Schaffung und Vermehrung eines landwirtschaftlichen Proletariats. — Feuilleton: N. Davan. Skizze aus dem sibirischen Leben von Bladimir Korolenko. Deutsch von Norbert Hoffmann. (Fortsetzung.)

Nr. 47 der „Blätter für soziale Praxis“ (Frankfurt a. M., Verlag von Joseph Voer u. Co.) hat u. a. folgenden Inhalt: Kommunale Lohnstatistik. Von Karl Thies. — Bau von Arbeiterwohnungen durch die Versicherungsanstalten. — Aus der Londoner Stadtverwaltung. Von W. J. G. Costelloe.

Briefkasten der Redaktion.

Klagen. Ja.
A. S., Lübeck. Theilen Sie die Sachlage der Privatgesellschaft mit.
P. S., Kasanien-Allee. Zeigen Sie den Mann an, wenn er gegen die Gewerbe-Ordnung verstoßen hat.
Wir ersuchen, bei den Berichten über Versammlungen das Manuskript nur auf einer Seite zu beschreiben. (D. Red.)
G. W. Bestimmt wissen wir es nicht, wahrscheinlich 1898.
Herzog. Der Bruder ist zur Hälfte mitverpflichtet.
Wolmy. 12—1.

Soziale Ueberblick.

Achtung, Schuhmacher des Westens! Da am Montag Abend bei Volk, Alte Jakobstr. 75, eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung stattfindet, sind wir verpflichtet, unserer Vereins-

Handwerker, Arbeiter, überzeugt Euch!

Neue Friedrichstr. 79a, 1 Treppe rechts, gradeüber der Panoramastrasse u. Bahnhof Alexanderplatz.

Wegen Auflösung

meiner langjährigen Herrenkleider-Fabrik verkaufe ich die noch vorhandenen grossen Bestände in

Herren- u. Knaben-Garderoben

vom Einfachsten bis zu den Eleganteren im Ganzen und im Einzelnen zu den niedrigsten aber festen Fabrikpreisen, gegen Baar.

Verkaufszeit: werktäglich von 8—8 Uhr.

Herm. Kobylinski.

Grosser reeller Massen-Ausverkauf

in sämmtlichen Sorten Schuhwaaren zu enorm billigen noch nicht dagewesenen Preisen. Spezialität: Herrenstiefel, prima Handarbeit, 5,25 M., dto. doppeltsohlig 5,75 M. [5188L*] Rosenthalerstr. 59.

Herren-Paletots von 8 Mt. an.

Herren-Anzüge	sonst 18—25, jetzt Mk. 8 an.
Herren-Anzüge	sonst 29—50, jetzt Mk. 15 an.
Herren-Heberjcher	sonst 13—22, jetzt Mk. 9 an.
Herren-Heberjcher	sonst 28—50, jetzt Mk. 14 an.
Herren-Hosen	sonst 6—12, jetzt Mk. 2 an.
Herren-Jaquets	sonst 10—17, jetzt Mk. 4 an.
Hurschen-Anzüge	sonst 10—20, jetzt Mk. 4 an.
Knaben-Anzüge	sonst 6—10, jetzt Mk. 1 1/2 an.

Sämmtliche Garderoben

sind aus prima Stoffen gefertigt und aufs Solideste gearbeitet.

Jede Größe und Weite ist vorrätig.

Hohenzollern-Mantel, Mäster mit langer Pelserie, Braut-Anzüge zu den denkbar billigsten Preisen.

Zum

Kleider-Baron,

59 Landsbergerstraße 59.

Vereinszimmer in Piano ist zu verg. Beuthstr. 11. C. Langtutt. 51498*

Reell! Pelzwaaren Billig!

Einzel-Verkauf zu 51458*
Engros-Preisen
direkt in der Fabrik von
Goebel & Reinecke,
Stallschreiber-Strasse 50/51, 1 Treppe,
Ecke Alexandrinen-Strasse.
Bestellungen und Reparaturen billig

!! Roh-Tabak !!

Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigerer Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Roh-tabak-Handlung
Brunnenstr. 185.

Detailverkauf sämmtl. Sorten Roh-Tabak

Rud. Völcker & Sohn,
Köpnickerstr. 45. [3446]

Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Civil- und Strafprozeß. Einzige von Forderungen. Pollak, jetzt Blumenstr. 19 II. r. Auch Sonntags.

Jeden Sonnabend großes Wänsche-Auspielen bei Reich, Lindenstr. 16.

12000 Weihnachts-Bäume

billig abzugeben 6218
F. Steinecke,
Hannover, Dietrichstraße 26.

Waldbügel, alle Arten billig, rothköpfige Gebirgs-, Zeisige, Stück 75 Pf., Dtd. 6 M. Franz Götsch, 8406 Zossenerstraße Nr. 5.

Allen Freunden, ehemaligen Kollegen und Genossen zeige hierdurch ergebenst an, daß ich Zwimmländerstr. 136 ein Vereinszimmer zu vergeben ist. 361b
Rugeblum.

G. altes Schaufgeschäft, sichere Brotstelle, ist preiswerth zu verk. Zu erf. bei H. Moses, Meyerstr. 41. 359b

Kanarienhöhne von 6 M. an verk. König, Kahlstr. 7. 365b

J. Semmel, Oranienstr. 55, am Rottbühl, pr. Zahn-Arzt. Spr. 8—6. Sonnt. 9—1

Cohn's Hosenfabrik

Pallisadenstr. 7 u. Landsbergerstr. 41 hat auf Wunsch ihrer Kunden sich jetzt Herren-Anzüge u. Herren-Paletots zugelegt u. verkauft dieselben im Detail zu Engrospreisen; außerdem Verkauf zurückgekehrter Kinder- und Burschen-Anzüge zu Spottpreisen. Auch einzelne Leibchen und Knieschößen von 1 M. an sind immer noch vorrätig. 4537L*

Martin Klein,

Uhrenmacher, 3544L
25 Neue Hochstr. 25

Wand- und Taschen-Uhren.

Reparaturen zu soliden Preisen
Winter-Heberjcher, Hosen, Anzüge, Hüte, Wäsche, Betten etc. spottbillig.
Pflandleihe
5094L* Skalitzerstr. 13, 1 Tr.

Freunden und Genossen empfehle meinen Rath- und Hammelfleischverkauf zu den billigsten Preisen.

Frau J. Schulze, [51789*]
Markthallenstand 15, Eisenbahnstraße.

Knabenhosen, Einzelverkauf, billig!

Neues Club-Haus
72, Kommandantenstr. 72. 306
5 Säle (Bühne) zu Festlichkeiten u. Versamml. Amt 1 7421. H. Ebert.

Boltz' Festsäle,

vorn. Fauerstein,
S. Alte Jakobstraße 75.
Gr. u. H. Säle zu festlich. u. Versammlungen. L. A. I. 1062. [24006*]

Freunden und Genossen empfehle mein Weiß- und Bairisch-Bier-Kofal. Vereinszimmer zu vergeben. 48162* Anton Seidler, Rattiborsstr. 16, zwischen Wiener- und Reichenbergerstraße.

Empfehle den Genossen mein Restaurationskafal zur Erholung nach Zeichenbegangnissen etc. in Rixdorf und Brik.

C. Schmidt,

51612* Hermannstraße 23.

Jede Uhr unter Garantie

zu repariren (außer Bruch) kostet bei mir 1,50 Mk.
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.

Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, u. d. Oranienplatz
Mauystr. 38,
u. d. Oranienplatz

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters v. D. Alte Jakobstraße 190. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 49229*

Dampfmännchen 2,50, Staare, Singlerchen 1,50, Buchfinken, Bluthänfl., Stieglitze 1,25, Zeisige 1,00, Zwergpapageien Paar 3,00, Kanarienvogel, Papageien, Vogelb., Nestrührer, Wd. 4,00 M. Schuelle, Invalidenstr. 7.

Rüther-Unterricht ertheilt 352b Liebigstr. 1, 2 Tr.

Eine möbl. Schlafst. f. 2 Pers., 7 M., Skatierstr. am Rottbühl, Hof, Lugh. 1 Tr. bei Anforg. 362b

Kl. leere St., sep., a. als Schlafst. 3. v. Mariannenstr. 8, Hof 4 Tr. 1.

Arbeitsmarkt.

Gummiwerkführer.

Ein tüchtiger Arbeiter der technischen Gummiwaarenbranche, welcher in der Fabrikation von Bierflaschenschleiben, Glaschälchen, Luftkissen etc. durchaus erfahren, namentlich aber mit den Mischungen und der Vulkanisation dieser Artikel genau vertraut ist, findet dauernde und gut bezahlte Stellung. 627
Offerten mit Gehaltsansprüchen und Angabe der bisherigen Thätigkeit an Daasenstein & Vogler A.-G., Leipzig unter Nr. 279.

Tüchtige Uniformschneider auf feine Lieferungs-Röcke (nichts Kommiss) werden bei hohem Lohn täglich angenommen bei Sachl. königlicher Hoflieferant, Taubenstr. 7. 296b

Tüchtige Einseifer, bei hohen Löhnen, verlangt die Nordd. Filzschulffabrik Kasanien-Allee 26. 383b

Einen Piano-Fertigmacher und einen, der auch Stimmen und Intonieren kann, nur tüchtige Kraft, wird sofort oder später gesucht. Zeugnisse mit Gehaltsansprüchen an Neerßen Margaard, Pianofabrik Nörre Kabj, Dänemark. 354b

Tüchtige Umbrücker, sowie lithographische Maschinenmeister werden angefragt.

Muster nebst Zeugnisstücken und Angabe der Gehaltsansprüche an Carl Louis Posner & Sohn, 355b Budapest, VI. Gengerygasse 31.

Ost oder West?

Zur polnischen Frage wird uns von einem ausländischen Parteigenossen der folgende Artikel zur Veröffentlichung überhandelt. Wir drucken denselben ab, ohne damit unsere polnischen Parteigenossen im Reiche irgendwie beeinflussen zu wollen. Es ist selbstverständlich, daß dieselben ihre eigenen Angelegenheiten und ihre Stellung zur polnischen Frage am besten selbst zu regeln wissen. Der Artikel lautet:

„Ich habe nicht die Absicht, mit dem Verfasser des Artikels in der Nr. 265 des „Vorwärts“, dem Genossen G. L., zu polemisieren, welcher so energisch und glühend die Sonderinteressen des polnischen Proletariats verteidigt. Im Gegentheil glaube ich nur, seine Ausführungen zu ergänzen und vielleicht auch von einer anderen Seite zu beleuchten.“

Mit Recht sagt Genosse G. L.: „Die Sonderorganisation der polnischen Genossen in Deutschland hat nicht zur Aufgabe — die territoriale Loslösung der ehemals polnischen Landestheile von Preußen.“ Das ist eine Tatsache, ich möchte mich aber mit der Feststellung dieser Tatsache nicht begnügen, und — deshalb füge ich hinzu, daß die polnischen Genossen in Deutschland diese Loslösung sogar nicht in ihr Programm aufnehmen können.

Was mir in den Ausführungen des Genossen G. L. ganz unklar erscheint, ist seine Erläuterung dieser Taktik der polnischen Genossen in Deutschland. Genosse G. L. glaubt, daß die polnischen Sozialisten in Deutschland sich als „Preußen polnischer Zunge“ betrachten, und daß sie die Abgrenzung des deutschen Reiches als eine geschichtlich gegebene Tatsache ohne Widerspruch hinnehmen. Nun — mit dem Hinnehmen „geschichtlich gegebener Tatsachen“ ist es eine heikle Sache. Was die Bezeichnung „Preußen polnischer Zunge“ anbelangt, so hat diese Benennung, die unsere Herren Admirale ihren Wählern gegeben, ihnen selbst manchen Kummer und manchen Schaden zugezogen.

Dennoch sind wir der Meinung, daß die polnischen Genossen in Deutschland ganz richtig handeln, indem sie die Loslösung der ehemals polnischen Landestheile vom Deutschen Reiche in ihr Programm nicht aufnehmen. Unsere Gründe sind aber ganz andere; sie sind taktisch und prinzipiell. Wir fangen an mit dem für viele Genossen vielleicht am wenigsten in die Waagschale fallenden Grunde. Unsere polnischen Freunde in Deutschland bestreben sich, eine politische Massenbewegung des polnischen Proletariats ins Leben zu rufen. Nun — wenn diese Bewegung eine wirkliche Massenbewegung sein soll, muß sie den tatsächlich gegebenen Grenzen der bestehenden Gesehe Rechnung tragen.

Zweitens — und das ist viel wichtiger — die polnischen Sozialisten in Deutschland sind durch ihre Lage gezwungen, eine Sonderforderung aufzustellen: die Möglichkeit einer freien Entwicklung ihrer Nationalität. Diese Forderung können sie in Deutschland im engen Zusammenhang und Zusammenleben mit dem deutschen Volke durchzuführen. Ja, warum sollte ich nicht die ganze Wahrheit aussprechen, die polnische sozialistische Sonderorganisation — noch so jung und schwach — steht in der deutschen Sozialdemokratie nicht nur ihren Kampfgenossen, sondern auch ihren Führern. Der Stolz unserer Stammesgenossen in Deutschland besteht eben darin, womöglich bald würdige Mitkämpfer der deutschen Klassenbewegung Arbeiterklasse zu werden.

Diese zwei Ursachen, — wenn auch maßgebend genug für die polnischen Sozialdemokraten in Deutschland, — sind aber nicht die einzigen. Sie sind nur lokaler Natur. Und die polnischen Sozialisten haben noch andere, weitere Interessen, die so oft verhöhlten „großpolnischen“ Interessen. Und weil sie von diesen weiteren Interessen beeinflusst sind, haben sie „geschichtlich“ geschaffene Ursachen, mit dem deutschen Volke eine Grenzfehde zu führen.

Wie ein rother Faden zieht sich durch die ganze hundertjährige Geschichte des revolutionären Polens der Streit: Ost oder West?

Mit anderen Worten, der Streit, ob sich Polen in seinen Bestrebungen, eine freie nationale Entwicklung wieder zu erlangen, an den Osten oder den Westen anlehnen soll? Das Magnatenthum, der Großgrundbesitz hat schon am Ende des achtzehnten Jahrhunderts die Kalmücken, Semiramis Katharina zu Hilfe gerufen, um den damaligen „Jasobinismus“, welcher aus dem Westeuropa nach Polen einwanderte, zu bezwingen. So hat die innere Reaktion mit den östlichen Vaponen die zweite und die dritte Teilung Polens heraufbeschworen. Kurz danach hat der Vertreter der polnischen Aristokratie in St. Petersburg, Fürst Czartoryski, zum Trost der im Lande eingebürgerten Marsellaise, — die damals ohne Begleitung der russischen Hymne gefangen wurde, — zusammen mit Alexander I. Pläne geschmiedet, das große panslawische Reich herzustellen. Und im Jahre 1831 hat der polnische Großgrundbesitzer verächtlicher Weise die Revolution losgehoben, weil diese mit dem Westen verbrüderter war, während jener mit dem Osten liebäugelte. Daß im Jahre 1846—48 die Reaktion bei uns für den Osten schwärmte, ist kein Wunder, denn dort herrschte Nikolaus, der nicht nur Kaiser aller Reußen, sondern auch Bezwingler aller Revolutionen sein wollte. Und wer hat den ersten blutigen Stoß dem Aufstande vom Jahre 1863 versetzt, wenn nicht der Marquis Wielopolski, der Freund des Osten und der Schwärmer für den Panslawismus? Und heute noch, angesichts des Kampfes, den Rußland gegen Polen führt, hört nicht unsere Reaktion auf, von der Nothwendigkeit des Zusammengehens mit dem Osten für die Eroberung der türkischen und asiatischen Märkte zu reden.

Und wohin richtete seine Blide das revolutionäre Polen? Nach dem Westen. Ja, das ist eben die ruhmvolle Seite unserer Geschichte, die Seite, die der polnischen Frage ihren internationalen revolutionären Charakter einprägte. Die Träger dieser Geschichte, reiche und demokratische Schlachtkrieger, die „Jasobiner“ vom Ende des achtzehnten Jahrhunderts, die Republikaner vom Jahre 1830, die Krakauer Insurgenten vom Jahre 1846, mit welchen das kommunistische Manifest den Kommunisten das Zusammengehen empfahl, die Nothen vom Jahre 1863, alle diese Kleinadeligen und revolutionären Kämpfer wollten nicht die polnische Sache getrennt von den Interessen der westeuropäischen Revolution sehen. Im Jahre 1848, in welchem der Nationalitätenstreit so viel Schaden der revolutionären Sache anrichtete, in welchem das Slaventhum Westeuropa mit den Jellacis, Windischgräbs, Radetzis und den Nikolaus besetzte, hat die polnische Demokratie, trotz ihrer nationalen Bestrebungen, Treue der Revolution bewahrt. Und zu derselben Zeit, als die fortgeschrittenste polnische Demokratie sogar mit dem revolutionären Rußland eine bittere und zähe Fehde um die östliche Grenze der erhofften polnischen Republik führte, zu derselben Zeit als die polnischen Nothen vom Jahre 1863, wegen derselben Frage mit Dzerzen und Bakunin in einen offenen und unersöhnlichen Streit geriethen, ist es unserer sogar gemäßigten Demokratie der dreißiger Jahre nicht eingfallen, um die westliche Grenze zu seuchen. Dieser Streit, den die polnischen Revolutionäre im Osten führten, kann nicht leichter Hand gemißbilligt werden. Sie verlangten damals ein unabhängiges und starkes Polen, und noch im Jahre 1862 schreibt Engels: „die Wiederherstellung eines unabhängigen starken Polens“

ist (aber) eine Sache, die nicht nur Polen, sondern die uns alle angeht.“ Die Stärke aber Polens, für das man damals kämpfte, wollten die polnischen Revolutionäre dem Osten abzwängen. Und diese Politik war nicht nur eine gesunde polnische, sondern auch eine europäisch-demokratische. Die Revolutionäre jener Zeit haben auf ihrem Banner: „für eure und unsre Freiheit“ geschrieben. Nun, wenn sie nicht nur die ihrige, sondern auch „eure“ Freiheit im Auge hielten, da mußten sie den Feind im Osten sehen, im Westen — den Freund und Mitkämpfer. Mit einem Freund sind ethnographische Stänkereien und Grenzfehden unmöglich. Mit Recht also behauptete unsere alte Demokratie, daß sie sich von politisch-nationalen, und nicht von ethnographisch-nationalen Rücksichten bewegen ließ.

Wenn also unsere Kleinbürgerliche, oder — genauer gesagt — Kleinadelige Demokratie so scharf die Interessen der allgemeinen europäischen Freiheit in den Vordergrund stellen konnte, so können wir getrost vom polnischen Proletariat wenigstens dieselbe Treue für die internationale Solidarität erwarten.

Unsere Kleinadelige Demokratie ist der revolutionären Solidarität immer treu geblieben, trotzdem sie vom bürgerlichen europäischen Liberalismus nicht einmal nur verrathen wurde, also Ursachen zum Mißvergnügen hatte. Dieser Verrath hatte seine Wurzeln im Widerspruche, der dem bürgerlichen Liberalismus immer inne war. Die Sozialdemokratie ist von allen Widersprüchen frei. Glauben Sie denn, daß es die polnischen Sozialisten, welche den Widerspruch schaffen wollen?

Unsere Stammesgenossen in Deutschland haben die Antwort auf diese Frage gegeben. Sie haben es gethan nicht nur als deutsch-polnische Sozialisten, sondern auch als polnische Sozialisten, abgesehen von jeder gegebenen Reichsabgrenzung. In dieser Weise sind sie den besten Ueberlieferungen des alten revolutionären Polens treu geblieben.

Das sind die „geschichtlich gegebenen Tatsachen“, die die Grundründe bilden, warum die polnischen Sozialdemokraten in Deutschland die Loslösung der ehemals polnischen Landestheile in ihr Programm nicht aufnehmen und nicht aufnehmen können.“

Der Kampf gegen die Arbeitersyndikate.

Paris, 18. November.

Das noch rechtzeitig entdeckte Komplott der Regierung gegen die Grubenarbeiter-Syndikate hat, wie vorauszu sehen war, nicht geringen Staub aufgewirbelt. Es ist kaum ein einziges Blatt, das sich nicht mit ihm beschäftigt hätte, nur wenige, die nicht noch immer darauf zurückkommen, und bloß sehr vereinzelte Stimmen, die gleich dem Exminister und Abgeordneten Yves Guyot, dem Chefredakteur des „Sicile“, ihre Schamlosigkeit so weit trieben, den von der „Petite République“ veröffentlichten vertraulichen Bericht des Staatsanwalts von Douai nicht nur gutzuheißen, sondern dessen Uebersetzung durch die That zu fordern. Der berühmte Verfasser der „Tyrannie socialiste“, dem bei den letzten Wahlen das Unglück passirte, von den von ihm „getödteten“ Sozialisten auf Haupt geschlagen zu werden, schreibt nämlich: „Die Veröffentlichung dieses Schriftstückes ist eine Mahnung an die Regierung, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Wenn sie zurückweicht, wenn sie zögert, wenn noch keine Verfolgungen angeordnet sind, giebt sie in Betreff der Verleugung des Pas de Calais und Norddepartements das Geseh von 1884 (Syndikatsgeseh) auf, das sie in dessen gegen die Syndikate der Pariser Arbeitshilfe anrufen hat. Sie erlaubt dann zu sagen, daß das Geseh für sie, je nach der Qualität und Quantität der Personen, mehrere Maße hat. Wenn sie sich vor dieser neuen Herausforderung der Sozialisten beugt, nimmt er in Bezug auf die Herren Basly und Lomenin dieselbe furchtsame Haltung an, die Herr Loubet (Ministerpräsident zur Zeit des Streiks von Carmaux) in Bezug auf Herrn Audin angenommen hatte.“

Wenn also die Grubenarbeiter-Syndikate zur Stunde noch nicht aufgelöst und die Abgeordneten Basly und Lomenin, von denen Ersterer Präsident und Letzterer Generalsekretär des Syndikats von Pas de Calais ist, sich noch nicht hinter Schloß und Riegel befinden, so ist dies, wie man sieht, durchaus nicht Yves Guyot's Schuld, der sein Gift übrigens ganz nutzlos verspricht, da nach der Aufdeckung des Komplotts es ganz einfach Selbstmord wäre, wenn die Regierung dennoch ihren Anschlag zur Ausführung bringen wollte. Die Enttäuschung darüber, daß es als eine äußerst günstige Gelegenheit bezeichnet wurde, die beiden Bergarbeiter-Gewerkschaften in dem gegenwärtigen Moment zu überfallen, wo — wie der Bericht hervorhebt — die bestiegten und entmutigten Arbeiter gegen die in ihren Reihen von den Kohlenkompagnien vorgenommenen Verletzungen, die selbst der staatsanwaltliche Berichterstatter für übertrieben hält, nur schwach protestieren und die darum voraussetzlichen auch nicht energischer zu Gunsten dieser Syndikate protestieren würden, ist eben eine zu große, als daß die Regierung, wenn sie nicht binnen 24 Stunden weggeseht sein will, es wagen sollte, ihre beachtliche Verfolgung der beiden Syndikate gegenwärtig durchzuführen. Die zurechnungsfähigeren Vertreter des Kapitalismus hätten sich darum auch, Herrn Yves Guyot zu folgen, da ihnen der Ministerpräsident Dupuy zu lastbar ist, als daß sie ihn leichtsinnig verlieren möchten. Wo sie darum nicht, wie der „Temps“, ihren Kerger über das mißglückte Komplott ganz zurückdrängen, geben sie ihm bloß in allerlei mißliebigen Betrachtungen über das hier Nebenwichtige fund, wie das von dem Justizminister an den Ministerpräsidenten gerichtete Schriftstück des Douaier Staatsanwalts an die Adresse der „Petite République“ gelangen konnte.

Die Herren dürfen übrigens nicht glauben, daß es mit der Nichtdurchführung des geplanten Attentats schon abgehen sein wird. Die Arbeiter beziehungsweise deren Abgeordneten werden jetzt mehr denn je darauf dringen, daß das Syndikatsgeseh eine gründliche Umänderung erfahre. Da ist vor allem der Art. 2, auf den sich der Staatsanwalt von Douai stützt, um nachzuweisen, daß sowohl das Grubenarbeiter-Syndikat von Pas de Calais wie das des Norddepartements gesetzlich beständen. Diefem Artikel zufolge können alle Personen, die das nämliche Gewerbe, einen gleichartigen Beruf oder solche Berufszweige ausüben, die zur Herstellung bestimmter Produkte mit einander in Zusammenhang stehen, ohne Ermächtigung der Regierung Syndikate bilden. Dieser Artikel klingt recht liberal und wurde auch in den ersten Jahren nach Erlaß des Gesehes, der am 21. März 1884 erfolgte, von den Behörden um so liberaler gehandhabt, als der damalige Minister des Innern unterm 25. August des gleichen Jahres an alle Präfekten ein Rundschreiben richtete, in welchem es ausdrücklich heißt, daß alle etwa auftauchenden Schwierigkeiten stets in dem der Entwicklung der Freiheit günstigsten Sinne zu lösen sind. In der letzteren Zeit aber, wo einzelne Gewerkschaften gewissen

einflußreichen Unternehmungen unangenehm zu werden anfangen, wurde seitens der Behörden ein dem ministeriellen Rundschreiben geradezu entgegengesetzter Standpunkt eingenommen. Anstatt alle etwa auftauchenden Schwierigkeiten in freibeitlichem Sinne zu lösen, d. h. die Gewerkschaftsbildung so viel als möglich zu fördern, suchten sie vielmehr den bestehenden Gewerkschaften unter dem Scheine der Gesehlichkeit die Existenz unmöglich zu machen. So wird sicherlich jeder Unbefangene in dem Artikel 2 des Hauptmerkmal darin finden, daß alle Personen, die ein und dasselbe oder zusammenhängende Gewerbe ausüben, ohne Ermächtigung der Regierung Syndikate bilden können. Die Behörden haben aber allmählig herausgetüftelt, daß sich der ganze Artikel um das Wort ausüben drehe und somit jede Gewerkschaft, die ein Mitglied zählt, das sein Gewerbe, aus welchem Grunde immer, nicht mehr tatsächlich ausübt, gegen das Geseh verstoße. Wird demnach der Gründer einer Gewerkschaft oder ein sonstiger gewerkschaftlich thätiger Arbeiter eben wegen dieser Thätigkeit aus der Arbeit entlassen und findet aus demselben Grunde auch anderwärts keine Beschäftigung, so daß er, um nicht Hungers zu sterben oder zum Verbrecher zu werden, irgend einen Kleinhandel unternimmt, darf er, wenn die Gewerkschaft nicht dem Gesehe verfallen beim aufgelöst werden soll, derselben nicht mehr angehören. Wird nun beispielsweise irgend ein Arbeiter Sekretär seiner Gewerkschaft und hat in dieser Eigenschaft derselben seine ganze Zeit zu widmen, dann läßt er sein Gewerbe natürlich nicht mehr tatsächlich ausüben und macht somit sich und seine Gewerkschaft strafällig. Selbstverständlich darf da ein Gewerkschaftsmitglied, wenn es seiner Gewerkschaft nicht untreu werden will, auch kein Abgeordnetenmandat annehmen, da es in diesem Falle ebenfalls nicht mehr sein Gewerbe ausübt. So sagt denn auch der Staatsanwalt von Douai zum Beweise dafür, daß das Pas de Calais Grubenarbeiter-Syndikat gesetzwidrig bestehe: Es ist offenkundig, daß dieses Syndikat eine große Zahl Personen in sich begreift, die dem Wortlaute des Gesehes nach kein Recht haben, demselben anzugehören. Der Präsident, Herr Basly, hat ehemals in der Grube gearbeitet, ist aber seit 1884 zuerst Schankwirth gewesen, dann Abgeordneter. Dasselbe gilt auch von Herrn Lomenin, der seit 1883 nicht mehr arbeitet und vom Herrn Evrard (Hilfssekretär dieses Syndikats), der seine Berufsthätigkeit seit mehreren Jahren eingestellt hat.“ Desgleichen heißt es von dem Grubenarbeiter-Syndikat des Norddepartements, daß es zwar keine Abgeordneten in seiner Mitte zähle — Abgeordnete zu Mitgliedern zu zählen, scheint demnach zu den erschwerenden Umständen zu gehören — „aber es zählt zu seinen Mitgliedern viele ehemalige Grubenarbeiter, die ihren Beruf nicht mehr ausüben.“

Wenn aber alle Syndikate, die ein Mitglied in ihrer Mitte zählen, das sein Gewerbe nicht mehr tatsächlich ausübt, als ungesetzlich gelten, dann sind sie überhaupt unmöglich gemacht oder — was auf dasselbe herauskommt — zur Bedeutungslosigkeit verdammt. Denn wo wäre eine Gewerkschaft von irgend welcher Bedeutung, deren Geschäftsführung nicht mindestens einer Person bedürfte, die sich ihr ganz und gar zu widmen hat? Und wenn es genügt, einen seinen Beruf nicht mehr ausübenden Arbeiter innerhalb einer Gewerkschaft zu wissen, um diese aufzulösen, dann hängt ja deren Existenz ganz einfach von den Unternehmern ab. Sie brauchen ja dann nur immer diejenigen Arbeiter an die Luft zu setzen, die an der Spitze der ihnen mißliebigen Gewerkschaften stehen und dafür zu sorgen, daß sie auch anderwärts in ihrem Berufe keine Beschäftigung finden, was besonders in jenen Industrien sehr leicht ist, die wie die Bergwerke, Eisens, Glasindustrie, die ganze Verlehrsindustrie etc. sich immer mehr und mehr in den Händen einzelner Aktiengesellschaften konzentriren, so daß also die Arbeiter gerade dort, wo sie, um nicht ganz verfloßt zu werden, der Koalition am meisten bedürfen, ihnen diese unmöglich gemacht würde und sie somit ganz der Willkür ihrer Ausbeuter ausgeliefert wären. So zeigt sich denn der Kampf gegen die Grubenarbeiter-Syndikate als ein Kampf gegen die Arbeitersyndikate überhaupt, und in diesem Kampfe wird und muß die Regierung unterliegen, weil sie da nicht nur die ganze Arbeiterschaft gegen sich hat, sondern auch jene zahlreichen bürgerlichen Elemente, die schon mit Rücksicht auf ihre eigene Position stets auf Seite der Arbeiter stehen, wo es gilt, dem Kapitalismus und seinen Trabanten ein Ziel zu setzen.

Soziale Uebersicht.

An die Delegirten der Gewerkschafts-Kommission.

Gemäß des Beschlusses der Gewerkschafts-Kommission in Sachen der Brauerer Regelung der Maßnahmen in der Vereinsbrauerei Niddorf, theilt die unterzeichnete Kommission mit, daß die Vereinsbrauerei Niddorf — in Vertretung der Direktor — alle Wünsche der Gewerkschafts-Kommission in Erfüllung zu bringen, sich bereitwillig verpflichtet hat. 1. Allen in der Malzerei beschäftigten Arbeitern den auch den gelerntem Brauereiarbeitern überall üblichen Mindestlohn von 120 M. monatlich zugubilligen, sowie überhaupt überall da in dem Betriebe der Brauerei, wo sogenannte ungelernete Arbeiter die Arbeit gelernter verrichten, das Verhältnis in obiger gleicher Weise zu regeln. 2. Daß den Arbeitern der Brauerei in keiner Weise Beschränkungen der Koalitionsfreiheit auferlegt werden.

Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Achtung Kempner! Da Sonntag, den 25. November, Vormittags 10 Uhr, bei Gründer, Köpnickstr. 100, früher Mund, die Delegirtenwahl für die Dreiklasse stattfindet, so ersuche ich die Herren Delegirten, daß sie dafür Sorge tragen, daß die Versammlung stark besucht wird und unsere Liste einen glänzenden Sieg erreicht. Ich war der Meinung, daß die im vergangenen Jahre gewählten Delegirten ihre Pflicht wenigstens insoweit thun würden, indem sie die drei bis vier Versammlungen, die alljährlich stattfinden, besuchen. Wie sehr ich mich getäuscht hatte, sah ich in der Generalversammlung, in der von 100 Delegirten nur 55 anwesend waren. Hoffentlich wählt die Versammlung Kollegen, die es ernster mit ihren Pflichten nehmen.

Arno Winter, Voelckstr. 11.

An die Schlächtergesellen Berlins. Wenn wir mit diesem Aufruf an Euch herantreten, so thun wir dies in der Hoffnung, die Anregung zu einem ernsten Nachdenken über Eure Lage zu geben. Kollegen, brüch mit den Vorurtheilen, die in unseren Kreisen noch herrschen und schließt Euch der gewerkschaftlichen Organisation an. Laßt uns kämpfen gegen die Mängel und Uebelstände in unserem Gewerbe. Denn daß es deren in Unmenge giebt, zeigen die Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie die Stellenvermittlung, die zu einer immer unermesslicheren Last für unsere Berufsgenossen wird. Wenn Ihr nicht wollt, daß der Einzelne mehr und mehr zum willenlosen Werkzeug herabsinkt, so organisiert Euch. Darum, Kollegen, auf zum Kampfe für die gerechte Sache und der Sieg wird unser sein und bleiben. Darum, Kollegen, erscheint zahlreich in der Versammlung am Sonntag, den 26. d. M., Nachmittags 4 1/2 Uhr, in der Reichstags-Abgeordneter A. Webel einen Vortrag halten wird.

*) Zitiert nach dem deutschen Manuskript der Vorrede zur zweiten polnischen Ausgabe des „Kommunistischen Manifests“.

Wichtigkeit ersuchen wir die Genossen, in den Kreisen der Schlichtergerichte belehrend und aufklärend für unsere Sache zu agitieren.

J. A.: Lh. Reslinke, Pringenstr. 17.

Von hohem Interesse ist folgendes Vorkommnis in betreff der Beschäftigung der Arbeiterinnen an Vorabenden von Sonntag und Festtagen. Im Regierungsbezirk Kresberg hatte eine Papierfabrik den Antrag gestellt, es möge ihr gestattet werden, daß Arbeiterinnen, abweichend von der Bestimmung des § 137 Abs. 1 der Gewerbe-Ordnung, an den Vorabenden der Sonntag und Festtage bis 6 Uhr Abends statt bis 5 1/2 Uhr beschäftigt würden. Begründet war dieses Gesuch mit der Thatsache, daß durch die Beendigung der Arbeit um 5 1/2 Uhr nicht allein die Arbeiterinnen, sondern auch die sämtlichen anderen Arbeiter der Fabrik auf's Schwerste getroffen werden, da infolge der Nothwendigkeit, um die genannte Stunde den ganzen Betrieb einzustellen, auch den männlichen Arbeitern große Lohnausfälle erwachsen. Dieses Gesuch ist nun von dem Handelsminister abschlägig beschieden worden, und zwar mit der folgenden Begründung: „... Es ist nicht abzusehen, weshalb die Firma nicht selbst ohne erhebliche Schwierigkeiten in der Lage sein sollte, durch Beendigung der Arbeit auch der erwachsenen Arbeiter an den genannten Tagen um 5 1/2 Uhr Nachmittags die von ihr bezeichneten Unzulänglichkeiten des gegenwärtigen Zustandes zu beseitigen.“ Ob dieser „Arbeiterfreundlichkeit“ vom „grünen Tisch“ aus natürlich großes Gewicht bei den Unternehmern. Die Gründe, welche gegen diesen minimalen Schutz der Arbeiterinnen geltend gemacht werden, sind immer die gleichen und spielen in dem Grunde: Jede halbe Stunde aus der Tretmühle der Arbeit befreit, ist vergeldete Zeit. Ganz recht! Die Arbeiter leben ja nur, um zu arbeiten — nach der Auffassung der Fabrikanten. Der Lohnausfall, so schreibt die „Kölnerin“ bei Besprechung obigen Falles, fördere den Sonntagsgenuss und die Feiertagsstimmung mehr, als wenn Frauen und Mädchen eine halbe Stunde später, also um 6 Uhr nach Hause kämen. Seit wann ist denn die „Kölnische Zeitung“ um die „Feiertagsstimmung“ der Arbeiterinnen so besorgt?

Der Verband der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen Deutschlands hielt am 19. d. Mts. zu Halle a. S. eine Generalversammlung ab. Vertreten waren zehn Vereine. Die 3/4-jährliche Kassenabrechnung ergab eine Einnahme von 2807,15 M. und eine Ausgabe von 1794,82 M. Die Wichtigkeit dieser Abrechnung wurde von den Revisoren Kollegen Montag-Hamburg, Uhlmann-Hamburg und Wilsdorf-Berlin bestätigt. Hiernach wurde Beschluß gefaßt, die flüssigen Gelder, wie bisher, bei der städtischen Sparkasse zu Berlin anzulegen und sicher anzulegen. Verschiedene Anträge und Statutenänderungen wurden genehmigt, sowie der Beschluß gefaßt, daß der nächste Verbandstag zu den Ostersfeiertagen des Jahres 1895 zu Hamburg abgehalten werde, ferner wurde beschlossen, daß dem Verbandsvorstand die Aufgabe gestellt werde, föderalistisch und agitatorisch zu wirken, in den nächstliegenden Städten und Ortschaften in erster Linie Anknüpfungspunkte zur Gründung von Vereinen resp. Filialen zu suchen, ebenso wurden die Vorstände der Vereine in gleicher Weise verpflichtet. In den Verbandsvorstand auf die Dauer von 2 Jahren wurden gewählt Kollege A. Kirchnit als erster Vorsitzender, O. Paschen als Schriftführer, und Wilh. Wagner als Kassierer, zu Revisoren die Kollegen Fr. Montag (Hamburg), S. Uhlmann (Hamburg), S. Scholz (Berlin).

Ueber den Streik der Wiener Bildhauer um die achtstündige Arbeitszeit ist folgendes zu berichten: Bewilligt haben die Forderungen bis heute 120 Holzbildhauer, circa 33 Tischler und Möbelfabrikanten und 80 Baubildhauer-Geschäfte; zusammen 185 Ateliers. Nicht bewilligt haben bis heute ungefähr 25 Geschäfte, welche Gehilfen beschäftigen. Die Meister versuchen vielfach, die Gehilfen damit zu täuschen, daß sie ihnen eine Arbeitsordnung vorlegen, in welcher sie eine neunstündige Arbeitszeit zubilligen inkl. Frühstück- und Vesperpause. Was die Lage bei Porzellan und Holz anbelangt, so ist dieselbe unverändert geblieben, bis auf den Umstand, daß sich der Kollegen eine furchtbare Erbitterung über die Streikbrecher bemächtigt hat, die von Tag zu Tag steigt, und soll es auch bereits zwischen Streikenden und Streikbrechern zu Thätlichkeiten gekommen sein. Der Streik dauert fort, und sind Unterführungen noch immer notwendig.

Lohnkämpfe in Oesterreich. In Wien haben, wie wir vor kurzem mittheilten, sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen mehrerer Branchen die Arbeit niedergelegt. Die Fabrikanten hatten der Lohnkommission gegenüber die Forderungen der Arbeiter zum Theil bewilligt. Sie erboten sich, den männlichen Arbeitern 1 Gulden Lohnzuschlag (2 Gulden waren verlangt worden), den Frauen 50 Kreuzer, anstatt 1 Gulden, wie beantragt, zuzubilligen. In einer Versammlung, in welcher die Lohnkommission den Streikenden die Frage vorlegte, ob sie unter diesen Umständen gewillt seien, die Arbeit wieder aufzunehmen, erklärten namentlich die Arbeiterinnen mit aller Entschiedenheit, den Streik fortzusetzen, bis alle ihre Forderungen bewilligt seien.

Mit aus der Seele dringenden Worten, unter furchtbarer Aufregung, sagten eine Reihe Arbeiterinnen, daß sie weiterstreiken müßten, sie können mit dem Wetzel von 30 Kr. nicht zufrieden sein. Es war erregend, als sie darauf hinwiesen, daß sie um 6 Uhr früh schon ihre Kinder schulpflos verlassen müssen, um sich für die Fabrikanten zu schinden. „Kollegen und Kolleginnen“, rief eine der Rednerinnen aus, „sollen wir nur deshalb arbeiten, um den „Herren“ zu helfen, ihre Säcke zu füllen und Häuser zu bauen, während wir sammt unseren Kindern elend zu Grunde gehen? Sind diese einig, uns zu unterdrücken, dann müssen auch wir einig sein und wenn wir zusammenhalten, wenn niemand seige ist, dann sehen wir alles durch!“ Diese Arbeiterinnen — so schreibt die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ — machten in ihrer Entschlossenheit und ihrem tiefen Ernst einen großen Eindruck auch auf die Männer, die bisher in der Weise nicht das gleiche Maß von Solidaritätgefühl bezeugten.

Amerikanische Truhtunternehmungen. Der gewaltige Eisentrust der Lake Superior Consolidated Iron Mines, hinter welchem die Standard Oil Co. steht, beabsichtigt, ein Eisenstahlwerk anzulegen, das größer und produktionsfähiger werden soll, als selbst die berühmten Carnegie'schen Stahlwerke in Pittsburg und Homestead. Diese Carnegie'schen Stahlwerke haben bekanntlich auch eine traurige Verdrängtheit dadurch erlangt, daß sie gegen ihre streikenden Arbeiter Hinderton'sche Bänder besten.)

Ein neuer Trust ist in Ohio und West Virginia in der Bildung begriffen, und zwar beabsichtigen dieselben sämtliche Fabrikanten von thönernen Abzugsröhren (Seiver Pipes) sich zu einer gemeinsamen Gesellschaft zu vereinigen, die unter den Gesetzen des Staates Ohio mit einem Kapital von 1 000 000 inkorporiert werden soll.

Kapitalistische Entbehrungsöhne. Von der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft war bekanntlich durch einen Prozeß allenthalben festgestellt worden, daß sie an jedem Bergmann, der 24 Arbeitstage arbeitet und in dieser Zeit 7272 Tonnen fördert, die Summe von 212,84 M. verdient, während sie demselben an Schichtlöhnen nur 106,56 M. (ohne alle Abzüge) bezahlt. Daraus geht hervor, daß bei einem monatlichen Reingewinn von 105,78 M. pro Mann die 350 Kohlenhauer des Schachtes „Minister Stein“ durch ihre Arbeit monatlich der Gesellschaft annähernd 87 400 M. Ueberschuß verdienen. Die Gesellschaft besitzt natürlich mehrere Schächte. In der letzten, am 18. November in Berlin stattgehabten Generalversammlung einer Kohlengruben-Gesellschaft, die von 19 Aktionären

besucht war, theilte nun der Vorsitzende, Kommerzienrath Hansmann, mit, daß der Monat Oktober einen Ueberschuß von 400 000 M. ergeben habe. Für die abgelaufenen 10 Monate belaufe sich der Ueberschuß auf 3 Millionen Mark.

Drei Millionen Ueberschuße innerhalb 10 Monaten, das sind 300 000 M. in jedem Monate. Diese gewaltigen Summen fehlen den Tausenden armer Vergelute an ihren kümmerlichen Löhnen, zu deren Erreichung sie Gesundheit und Leben riskiren und auf das Sonnenlicht und die gesunde Luft über Tage verzichten müssen. Diese Summen fallen den wenigen Aktionären in den Schooß, die dafür während des Jahres laun einen Finger krümmen zu machen brauchen.

Den Sozialdemokraten wird immer vorgeworfen, daß sie auf „Theilung“ ausgehen, wer bei dieser Theilung des Ertrages den Ueberschuß erhält, geht aus obigem Bericht hervor. Wie Arbeiter aber behandelt werden, wenn sie versuchen, ihren Antheil um ein Geringes zu erhöhen, davon legen die Vorkommnisse bei den letzten Bergarbeiter-Ausständen bereites Zeugnis ab.

Versammlungen.

Hundert Millionen neue Steuern zur Deckung der Kosten für die in der vorigen Session des Reichstages bewilligte Heeresvermehrung mit besonderer Berücksichtigung der Tabakfabriksteuer, lautete das Thema, welches am Donnerstag Abend in allen sechs Wahlkreisen zur Tagesordnung stand. Im Hinblick auf die sehr ausführlichen Berichte über den Tabakfabrikanten-Kongreß geben wir die Berichte nur in Kürze wieder.

Für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis hatte Genosse Schmalfeld-Bremerhaven das Referat übernommen. Redner erklärte den aufmerksam Zuhörenden in seinem passenden Vortrage das Verderbliche der indirekten Steuern und schilderte die tief einschneidenden Wirkungen der geplanten Tabakfabriksteuer. Am Schluß seiner Rede richtete Redner einen zündenden Appell an die Frauen, unermüdet den Kampf gegen Unterdrücker und Ausbeuter solcher menschenunwürdigen Zustände bis zum endlichen Siege mitzukämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende, Genosse Timm, verlas hierauf folgende Resolution: „Die Versammlung protestirt entschieden gegen die Mehrbelastung des arbeitenden Volkes durch indirekte Steuern und Zölle. Sie ist vielmehr der Ansicht, daß die deutschen Vorkämpfer, welche die Militärvorlage gegen den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes durchgebracht, jetzt die beste Gelegenheit haben, ihr patriotisches Herz zu zeigen und die Mehrbelastung auf sich zu nehmen. Um aber die Klassenunterschiede der bestehenden Gesellschaft und das System der Unterdrückung und Ausbeutung der untersten Schichten zu beseitigen, verpflichten sich die anwesenden Teilnehmer der Versammlung, energisch für die Propaganda der Sozialdemokratie einzutreten.“

Nachdem die Genossen Seiler und Emil Horn im Sinne des Referenten gesprochen, nahm man einstimmig obige Resolution an.

Die Volksversammlung für den zweiten Wahlkreis tagte in Gurth's Konzerthaus, Hasenhaide; sie war von über tausend Personen besucht. Hier referirte der Reichstagsabgeordnete Herbert Stettin über die neuen Steuerpläne der Reichsregierung. Dem lieblichen Strauß derselben entnahm er, um sie besonders dem Lichte seiner Kritik anzusetzen, vor allem die am meisten nach Volks-Auspowernung aussehende, die Tabakfabriksteuer. Nach einer gründlichen Beleuchtung dieses ungerechten Steuerprojektes kennzeichnete er dasselbe als einen Kniff des Systems der Ungerechtigkeit, welches von den Besitzenden und Herrschenden stets den Unterdrückten und Schwachen gegenüber angewandt werde. Nicht nur die einzelnen Erscheinungen desselben seien von der Arbeiterklasse zu bekämpfen, der Sturz seiner selbst, des ganzen Systems, sei und bleibe ihre Hauptaufgabe. (Großer Beifall.) Genosse Junge-Bremerhafen, entrollte hierauf ein trauriges Bild von den Arbeitsverhältnissen in der Tabakindustrie. Weiter theilte er sich noch an der Debatte die Genossen Antia, Hänel, Dastig und Schmitt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung protestirt gegen eine weitere Belastung der Tabakindustrie, sowie gegen das ganze System der indirekten Steuern, welches ein verdrängendes und nur dazu angeht, daß das Volk, speziell die arbeitende Bevölkerung, dem sicheren Ruin entgegenzuführen. Die Versammelten erwarten vom Deutschen Reichstags, daß derselbe der Regierung ein entschiedenes Diktum zurust und den Vertretern derselben klar macht, daß das Volk nicht mehr willens ist, für den Militarismus weitere Opfer zu bringen.“ Es wurde beschloffen, diese Resolution dem Bureau des Reichstages zugehen zu lassen.

Die Volksversammlung für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis tagte in der Refektorie, Kommandantenstr. 57. Wohl an 700 Personen füllten Saal und Gallerien. Das Referat hielt Genosse Stromberg-Hamburg, der sich in trefflicher Weise zu allerseitiger Zufriedenheit seiner Aufgabe entledigte. Die Genossen Gottfried Schulz, Georg Wagner und Pauline Wabnitz äußerten sich ebenfalls im Sinne des Referats über die Kulturwidrigkeit des Militarismus und die Ungerechtigkeit des indirekten Besteuerungssystems, wofür ihnen gleichfalls reichlicher Beifall zu Theil wurde. Nachstehende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme:

Die 2. Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Tabakarbeiter-Stromberg-Hamburg vollkommen einverstanden. Aus der von ihm vorgeführten Statistik geht unzweifelhaft hervor, daß nach Einführung der projektirten Tabakfabriksteuer nicht nur 50-60 000 Tabakarbeiter, sondern bei Hinzurechnung aller einschlägigen Neben- oder verwandten Gewerbe ca. 150 000 Arbeiter und Arbeiterinnen brotlos gemacht und dem Glend preisgegeben werden, da sie infolge des allgemeinen Niederganges der Industrie auch in keinem anderen Gewerbe Beschäftigung finden können. Die Versammlung protestirt ganz energisch gegen alle indirekten Steuern, welche immer nur die arbeitenden und ärmeren Klassen treffen und fordert daher die Vertreter im Reichstags auf, sowohl gegen die beabsichtigte Tabakfabriksteuer, wie überhaupt gegen jede weitere Vermehrung der indirekten Steuern zu stimmen.“

Im vierten Wahlkreis hatten die Genossen, zum Theil mit ihren Frauen, sich in dem großen Saale des Böhmisches Brauhauses versammelt und den weiten Raum bis auf den letzten Pfah gefüllt. Reichstagsabgeordneter Meiß hatte das Referat übernommen. Redner kritisirte in einem beifällig aufgenommenen Vortrage eingehend den Gesetzentwurf, die Schäden desselben sowohl für die Konsumenten, als auch für die in der Tabakindustrie thätigen Arbeiter klarlegend. In der Diskussion gab ein Genosse aus Dresden ein Bild von dem Glend, das schon jetzt unter den Tabakarbeitern in Westfalen und Schlesien herrscht. Ein weiterer Genosse, der aus Westfalen zum Tabakarbeiter-Kongreß herüber gekommen ist, wurde am Schluß seiner sehr mächtig gehaltenen Ausführungen auf Anordnung des überwachenden Polizeikommissars von dem zweiten Polizeikommissar abgeführt. Folgende vom Referenten vorgeschlagene Resolution gelangte hierauf zur Annahme:

„Die heute im Böhmisches Brauhaus von 1500 Personen besuchte Volksversammlung protestirt auf das entschiedenste gegen die geplante Tabakfabriksteuer sowie gegen jede indirekte Besteuerung von Konsumartikeln der großen Massen. Die Einführung der Tabakfabriksteuer würde Tausende von Arbeitern und ihre Familien brotlos machen und dem äberstehen Elend preisgeben. Die Versammlung macht die Sache der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen zu der ihrigen unter Betonung der Solidarität der Interessen.“

Der Vorsitzende bemerkte dann noch bezüglich des abgeleiteten Genossen, er werde das Mißverständnis — denn um ein solches könne es sich nur handeln — aufklären und dafür sorgen, daß der Genosse zu seinem Rechte komme. Nach einem brandenden Hoch auf die Sozialdemokratie ging die Versammlung auseinander.

Die Volksversammlung im 5. Wahlkreis war sehr gut besucht. Reichstags-Abgeordneter Förster kennzeichnete in seiner Rede, der die Versammelten aufmerksam folgten, die Rücksichtslosigkeit des Militarismus, der es nicht einmal für nöthig finde zu erwägen, was mit den durch den amtlicherseits zugestandenem Konsum-Rückgang von 29 pCt. brotlos gewordenen Arbeitern geschehen solle. Wenn die Regierung, so schloß der Redner, es als ihren Beruf erachtet, fortgesetzt Unzufriedenheit zu züchten, so soll es eine Freude sein, in die von ihr gezogenen Furchen den sozialdemokratischen Samen auszustreuen. (Beifall.) Die Diskussion wurde recht lebhaft durch das Eingreifen einiger Delegirten des Tabakarbeiter-Kongresses. Ein Genosse wies mit breiten Worten nach, daß der Ausdruck „der Tabak muß bluten“, nunmehr auf die Arbeiter seine Anwendung finde. Hunderttausende von Personen sollen einem langsameu Dinsten überliefert werden; da werden viele einem schnellen Tode den Vorzug geben. (Stürmischer Beifall.) Folgende Resolution des Genossen Drescher wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit dem Referenten voll und ganz einverstanden und protestirt hiermit ganz entschieden gegen jede weitere Mehrbelastung des Volkes. Die Versammelten erklären ferner das System der indirekten Steuern als ein verwerfliches, das nur dazu angethan ist, das Volk, speziell die arbeitende Bevölkerung, dem sicheren Ruin entgegen zu führen.“

Die Protestversammlung für den 6. Wahlkreis tagte im „Schultzei“ (Giseller) und war von gegen 1800 Personen besucht. Referent war Reichstags-Abgeordneter Mollenhuth. Derselbe beleuchtete einleitend die Grundzüge der glorreichen Bismarck'schen Steuer- und Sozialpolitik, die Besteuerung der „Luziferart“ des Volkes, kam sodann auf den „neuen Kurs“ und die „Steuerreformen“ desselben zu sprechen, verbreitete sich über die neuen Steuerprojekte, deren Rückgrat die Tabakfabriksteuer sei, während die Waisensteuer lediglich als Dekorationsstück diene, bestimmt, den Gläubigern zu erweisen, daß die Steuerlast auf die tragfähigen Schultern gelegt werden solle, in dessen thatsächlich wiederum die breiten Schichten des Volkes zur Ausbringung der vielen Millionen Steuern herangezogen würden, und verbreitete sich in eingehendster Weise über das vorliegende Tabaksteuer-Projekt, welches den Kernpunkt seines Vortrages bildete. Häufig von brausendem Beifall und Ausrufungen tiefster Entrüstung unterbrochen, veranschaulichte der Vortragende die tief einschneidenden volkswirtschaftlichen Schädigungen im Interesse des Militärischen, welche die Folgen des geplanten Gesetzes sein würden, wies ferner auf die Konsequenzen in sittlicher Beziehung hin und legte dar, wie sehr das Volk Ursache habe, gegen das vorliegende Steuerprojekt mit aller Kraft und Macht zu protestiren. In der dem Vortrage sich anschließenden Diskussion nahmen mehrere Delegirte des hier tagenden Tabakarbeiter-Kongresses das Wort, um in ergreifender Weise ihrerseits das bereits herrschende Glend unter der Arbeiterschaft der Tabakindustrie zu schildern, welches durch die Tabakfabriksteuer noch vergrößert werden solle, und aufzufordern zu einem schreienden Proteste nicht allein gegen die Tabakfabriksteuer, sondern gegen jede Mehrbelastung des Volkes in irgend welcher Form, gegen alle indirekten Steuern, gegen den Militarismus und Kapitalismus. Das Ergebnis der Verhandlungen war die einstimmige Annahme nachstehender Resolution:

„Die heute im Lokale „Zum Schultzei“ tagende öffentliche Volksversammlung des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises erklärt: In Erwägung, daß die von den verbündeten Regierungen in Vorschlag gebrachten Steuerprojekte zur Deckung der Kosten für die neueste Heeresvermehrung ausschließlich wieder von den breiten Schichten des Volkes getragen werden müssen, protestirt die Volksversammlung ganz entschieden gegen jede weitere Vermehrung der indirekten Steuern, insbesondere gegen jede Mehrbelastung des Volkes, und verpflichtet den Deutschen Reichstag, allen derartigen Steuerplänen seine Zustimmung zu versagen.“

Im Anschluß hieran erging an alle Parteigenossen die Mahnung, sich gewerkschaftlich wie politisch zu organisiren.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis tagte am 21. November. Nachdem die Versammlung das Andenken der beiden verstorbenen Mitglieder Genossen Paul Pasche und Emil Gerke in der üblichen Weise geehrt hatte, sprach Genosse S. Schmalfeld aus Bremerhaven über die schädlichen Wirkungen der indirekten Steuern. — In der Diskussion nahm Dr. Heymann das Wort. Sodann theilte der Vorsitzende mit, daß die nächste Versammlung in vierzehn Tagen im Osten stattfinden soll. Genosse Welsig berichtete, daß gemäß dem Beschlusse des letzten Parteitages sich die Landmannschaft der Schlesier am letzten Sonntag aufgelöst hat. Er forderte die Genossen anderer Landmannschafts-Vereine auf, das Gleiche zu thun. Redner wünschte, daß der Wahlverein Sektionen bilde, um mehr leisten zu können. Der Vorsitzende stellte demnach weitere Erörterung der Angelegenheit in Aussicht.

Der Wahlverein im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis hatte in seiner letzten Versammlung am 21. November, meist geschäftlich zu verhandeln. Genosse M. Schulz erstattete den Kassenbericht für das Vierteljahr Juli-September, wonach die Einnahme, inkl. eines Bestandes von 221,55 M., 384,22 M. betrug. Ausgaben waren 276,85 M., so daß also ein Bestand von 257,77 M. verbleibt. Ein Antrag des Genossen Klingenberg, nur politisch und gewerkschaftlich organisirte Personen in den Vorstand zu wählen, wurde mit knapper Majorität abgelehnt. In den Vorstand wurden hierauf berufen die Genossen: Müller 1., Wäcker 2. Vorsitzender; Weber 1., Puhiger 2. Schriftführer; Schulz 1., Sawitz 2. Kassierer. Revisoren sind: Lindeke, Lärge und Ojst. Die Bezirksführer, von denen ein Theil neu gewählt wurde, sind um vier vermehrt, so daß jetzt 28 derselben im Kreise thätig sind.

Die Handwerker, Packer und Berufsgenossen hatten am 22. November eine öffentliche Versammlung. Der Vertrauensmann Wolke theilte mit, daß am kommenden Sonntag, den 26. November, wieder zwei öffentliche Versammlungen mit nachfolgendem geistlichen Beisammensein stattfinden. Genosse Wolf Hoffmann setzte seinen in der früheren Versammlung begonnenen Vortrag über die zehn Gebote fort. In der Diskussion erwähnte Genosse Kahler die Kollegen, die auch nicht auf dem Boden des heutigen Christenthums stehen, ihren Kindern zu Liebe auch mit der Form zu brechen und auf der Landstraße auszuscheiden. Frau Lange forderte die anwesenden Männer zum Anschluß an den Verband der Geschäftsdienner, Packer und Berufsgenossen und die Frauen zum Eintritt in den Frauen- und Mädchen-Bildungsverein auf. Nach einem Schlussworte des Genossen Hoffmann stimmte die Versammlung einstimmig einer Resolution zu, in der sie sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte. Am nächsten Punkt der Tagesordnung verlas ein Kollege das Gutachten der Berliner Kaufmannschaft auf die Anfrage des Polizeipräsidenten bezüglich der Ausdehnung der Geschäftszeit an den Weihnachtstagen und den beiden Sonntagen vorher. Der Vorstand des Verbandes der Handwerker, Packer und Berufsgenossen hat hierzu dem Polizeipräsidenten gleichfalls ein Gutachten abgegeben, wonach es vollständig genügen würde, wenn am letzten Sonntag vor Weihnachten die Geschäfte von 7 bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 6 Uhr Nachmittags geöffnet, ferner die Lebensmittel-Geschäfte auch am

Achtung! Grünau. Achtung!
Öffentliche Versammlung
des Lese- und Diskutirkubs „Lassalle“
 am Sonntag, den 26. November cr., Nachmittags 3 Uhr,
 in Saale des Herrn Becker.
 Tagesordnung:
 Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Tzschell über: „Die Sozialdemokratie und ihre Forderungen“. — Diskussion. — Verschiedenes. 423/8
 Gäste sehr willkommen.
Der Vorstand.

Gr. öffentl. Glasarbeiter-Versammlung
 Sonntag, den 26. November, Nachmittags 3 Uhr,
 in der Gräflich Reichschach'schen Brauerei in Stralan.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Genossen Fritz Hansen über: „Luther und seine Zeit“.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 427/15
Der Vertrauensmann.

Metzner's Korbwaren-Fabrik,
 Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilszahlung gestattet. 500 Mark zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. **F. Metzner.**

Jede Uhr 3852L
 zu repariren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pfg.** (außer Bruch). Keine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 M. an. Neue silb. Cylinder-Memontoirs, 6 Steine, von 14 M. an, do. 10 Steine, von 16 M. an, goldene Damen-Memontoirs, 14 Karat Gold v. 24 M. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen.
E. Rother & Stolz, Geschäft: Andreasstr. 62. Chausseestr. 78. Uhrmacher.

Echt Stonsdorfer Likör
 4 Liter 1,20, 5 Liter 1,50, 10 Liter 10,—, 50 Liter 47,50, 100 Liter 90,—, 440M
Eugen Neumann & Co.
 6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8

Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin.
 Ganze Anstaltungen Küchenmöbel in grosser in Mahagoni und Nussbaum. Auswahl empfiehlt
Julius Apelt, Sebastianstr. 20
 Reelle Waare. Prompte Bedienung. (früher 27/28). 5089L*

Ernst Quester's Musikinstrumenten-Geschäft,
 Gr. Frankfurterstr. 15, empfiehlt Harmonikas, Saiten und andere Musikinstrumente zu Fabrikpreisen. Verleih-Institut für Memophons, Herophons. Reparatur-Werkstatt sämmtl. Instrumente. 5098L*

Grösstes Manufactur- u. Modenwaaren-Verkaufshaus des Nordens
Max Lehmann

Reinickendorferstr. 22. Berlin N., Reinickendorferstr. 22.
 nahe der Wiesenstrasse. Haltestelle der Pferdebahn.
Spezialität: Damen-Kleiderstoffe.
 Großes Lager in Herbst- u. Wintersachen. Fabrik-Niederlage v. Teppichen, Gardinen, Tischdecken. **Damen- u. Mädchen-Mäntelfabrik.**
 Ferner empfehle zum Weihnachtseste zu bedeutend herabgesetzten Preisen mein großes Lager in Pelz- und Krimmer-Muffen, Cachenez, Tricotagen, Wäsche, Unterröcke, Schürzen, Schirme, wollene Strickwesten, Schulterkragen, Corsets, Tücher, Schlaf- u. Reisedecken.
Feste Preise. Franko-Versand über ganz Deutschland.
 Muster gratis und franko. 5191L*

A. Bodlaender's Getreide- und Mehl-Handlung
 Köpnickstr. 113
 verkauft zu Engros-Preisen in anerkannt vorzüglichen und erprobten Qualitäten 5164L*

Weizen- und Roggen-Mehle
 Kleinstmehl, Hülsenfrüchte, Konserven, Kolonialwaaren u. Meins Fischen-Mehle halte ich zum bevorstehenden Feste besonders empfohlen.

DANN'S Special-Drucker-Magazin
 Neanderstrasse 38 5190L*
 empfiehlt Artikel zur Trauer.
 Bitte genau auf Firma zu achten.

DANN'S 5180L*
Putz-, Weiss- und Modewaaren-Magazin
 Neanderstrasse 38
 bietet ganz besonders Gelegenheit in Pelz- und Krimmer-Muffen, Cachenez, wollene Kapotten u. Tücher, Schürzen, Corsets u. Strümpfe. Große Auswahl in Gloufen, Unterröcken und Brinkleidern.
 Bitte genau auf Firma zu achten.

Arnold Lange, 181.
 Brunnenstrasse neue Haus-Nr. 181.
 Filz- u. Seidenhüte mit Kontrollmarken.
 Großes Lager in Damen- und Herren-Regenschirmen, Muffen, Woas, Pelzkragen, Pelzmänteln. Billige Preise.

Freunden und Bekannten empfehle mein Lager in 5177L*
Roh-Tabak
 aller in- u. ausländischer Sorten in guter Auswahl zu billigsten Preisen.
H. Herholz Berlin N., Brunnenstrasse 188.

Pelzsachen jeden Genres.
 Damen-Muffen v. 1,50 an, Kinder-Muffen v. 1,00 an.
Garett's für Mädchen u. Knaben.
 Herren-Kragon u. Mützen
Hüte nur mit Kontrollmarke.
 Schirme, Handschuhe, Hosenträger, Kravatten u. s. w.
Otto Gerholdt, Dresdenerstrasse Nr. 2 (am Rottbuscher Platz). 5128L*

Neu! Patent-Bithern (neu verbessert). Thatsächl. von jed. in 1 Stunde nach der vorz. Schule, ohne Lehrer und ohne Notenanzeige, erlernb. Größe 56x36 cm, 22 Saiten, hochfein und haltbar gearb., Tonwundervoll (Pracht-Instrument). Preis nur 6 M. mit Schule u. all. Zubehör. Preisl. grat. u. franko. 5572M
O. C. F. Mithor, Instrumenten-Fabrik, Hannover.

Punsch, Glühwein, Rum, Cognac.
 Alle Sorten Weine, sowie sämtliche Spirituosen zu Engrospreisen.
Franz Beyer, Chausseestr. 103.

65 Herren-65
 und **Knaben-Garderobe.**
 Nach beendeter Engros-Saison verkaufe die Bestände an Winter-Paletots von 11 M. an, Jaquet-Anzügen von 15 M. an, Rock-Anzügen von 22 M. an, Hohenzollern-Mänteln v. 38 M. an, Knaben-Anzügen in allen Größen, Knaben-Mänteln in allen Größen.
 Ein Posten Hosen, haltbare Stoffe, von 4,25 M. an. 4977L*
Anfertigung nach Maass bei tadellosem Stg.
M. Abraham, 1. Etage Oranienstr. 65, 1. Etage zwischen Moritzpl. u. Kommandantenstrasse. 65

65 Herren-65
 Marken- u. quittiren von **Partei-Beiträgen**
 empfiehlt allen Genossen die Quittungsmarken und Kautschuk-Stempelfabrik von **Conrad Müller,** Fährndik-Gröppig.
 Preisliste gratis und franko.
Alle Uhren 8530L werden sauber und sorgfältig reparirt unter Garantie des Gutgehens für **1,50 Mark** (außer Bruch) bei **W. Winkler,** Berlin N., Reinickendorferstr. 20, gegenüber der Dankes-Kirche. Lager aller Arten Uhren, Uhrketten

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
 Berlin SW., Benth-Strasse 2.

Folgende in unserem Verlage erschienenen
Gesetzes-Ausgaben
 empfehlen wir zur Anschaffung:

Kranken-Versicherungs-Gesetz vom 15. Juni 1883 in der Fassung der Novelle vom 10. April 1892. Mit erläuternden Anmerkungen, einem Anhange, enthaltend: die Ausdehnung der Unfall- und Kranken-Versicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen und das Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen und alphabetischem Sachregister. — Taschenformat. — Eleg. cart. 285 Seiten. **M. 1,20**

Gesetz, betr. die Gewerbegerichte. Vom 29. Juli 1890. Mit erläuternden Anmerkungen, einer Uebersicht des Inhalts des Gesetzes und alphabetischem Sachreg. — Taschenf. — Eleg. cart. 96 S. **M. 0,50**

Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich vom 21. Juni 1899 in der Fassung des Reichs-Gesetzes vom 1. Juli 1883 und unter Berücksichtigung der durch die Gesetze vom 8. Dezember 1884, 23. April 1886, 6. Juli 1887 und 1. Juni 1891 eingeführten Änderungen. Mit erläuternden Anmerkungen und ausführlichem Sachregister. Zweite, durch die Ausführungs-Bestimmungen des Bundesraths vermehrte Auflage. — Taschenformat. — Eleg. cart. 308 Seiten. **M. 1,—**

Verfassung des Deutschen Reichs nebst Wahlgesetz für den Reichstag und Wahlreglement. — Taschenf. — Eleg. cart. 64 S. **M. 0,30**

Die Invaliditäts- u. Altersversicherung der Arbeiter nach dem Reichs-Gesetz vom 22. Juni 1889 kurz und übersichtlich dargestellt. Zum Handgebrauch für alle bei der Ausführung des Gesetzes Beteiligten. Mit ausführlichem Sachregister und den Uebergangs-Bestimmungen des Gesetzes. 68 S. Brosch. **M. 0,25**

Das Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland, in ausführlichen Erläuterungen zum Preussischen Vereinsgesetz vom 11. März 1850 und einer Uebersicht des Vereins- und Versammlungsrechts nach den reichsgesetzlichen und landesrechtlichen Vorschriften. Mit einem Anhange, enthaltend: eine Zusammenstellung des Textes der in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Bestimmungen über Vereins- und Versammlungsrecht und alphabetischem Sachregister. VIII u. 210 Seiten, 8°. Preis eleg. geb. **M. 2,50** in braunen Wäbelerband gebunden **M. 3,—**
 Unentbehrlich für die Vorstände der politischen Vereine und Gewerkschaften in allen deutschen Bundesstaaten.

Als Leitfaden für Arbeiter auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes ist folgende Broschüre empfehlenswerth:
Anleitung zur Benutzung des Vereins- und Versammlungsrechtes in Deutschland. Herausgegeben von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. 96 Seiten geb. **M. 0,30**

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
 Bei Aufträgen von Auswärts ersuchen wir höflich um gleichzeitige Einzahlung des dafür entfallenden Betrages. (Porto extra.)



Solidarität. Schuhe und Stiefel
 mit Kontrollmarke sind in folgenden Geschäften zu haben:
 C. Geier, Oranienstr. 202,
 J. Anders, Gerichtstr. 82,
 S. Mitschke, Kasanien-Allee 68,
 S. Terze, Ritterstr. 114,
 H. Path, Waldstr. 37, Moabit,
 G. Bödel, Forsterstr. 5,
 J. Müller, Bergmannstr. 15.
Deutsche Schuhfabrik in Erfurt.

Musik-
 Instrumente wie Zithern, Geigen, Gitarren, Mandolinen u. s. w. Grösstes Lager Harmonikas jeder Grösse. Spieldosen zum Drehen und selbstspielend (alle mit Arbeiter-Liedern), Schweizer Werke. Herophons, Aristons u. s. w. 5105L
 Lausitzerstr. 51, Aug. Kessler, Lausitzerstr. 51.

Elegante Winter-Paletots
 in allen Farben und nur realen Stoffen, sauber und gut in eigener Werkstatt gearbeitet, empf. zu billigsten Preisen
J. Baruch, zwischen Moritzplatz und Brandenburgerstr.
 Bestellungen nach Maass werden in kürzester Zeit angefertigt.
Anzüge.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.
 Ausstattungen in Mahagoni u. Nussbaum; Küchenmöbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco. Berlin S.O., Rappinstraße 25.

Damen- und Mädchenmäntel-Fabrik von Siegf. Lazarus
 Eckladen. Oranienstrasse 29. Eckladen.
 Grösste Auswahl in eleganten Herbstmänteln, Paletots, Wintermänteln, Rädern etc. zu allerbilligsten Preisen.
 Winterjaquets schon von 7 Mark an. 4852L*

Möbel-Magazin. Fr. Janitzkow, Polsterwaaren. Eigene Tischlerei. NW., Thurmstr. 45. Eigene Werkstatt. 4830L*